Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Günther Schreiber
Neuformierung der CDU

Dr. Oswald A. Kohut
Neue Wege der Deutschland-Politik

Prof. Dr. Helge Pross
Notizen zur gegenwärtigen Situation der Familie

Prof. Dr. Max Steenbeck
Wissenschaft und Gesellschaft

Heinrich Böll
Literatur – human, sozial

Einzelpreis 3,– DM **XI. Jahrgang** **Februar 2 1966**

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Januar 1966 89

Kommentare und Berichte

Im dritten Anlauf Lücke (Hans Heinz Holz) 92

Kontinuität in Indien (Dr. H. H.) 96

Falsche Nibelungentreue (Stefan Reisner) 98

Dr. Günther Schreiber, Neuformierung der CDU 99

Dr. Oswald A. Kohut, Neue Wege der Deutschland-Politik 105

Horst Heiden, Im Schatten der EWG-Krise 109

Jochen Willke, Stirbt die Pressefreiheit aus? 113

Friedhelm Baukloh, Ludwig Erhard — Ein Porträt (II) 118

Prof. Dr. Helge Pross,
Notizen zur gegenwärtigen Situation der Familie 128

Prof. Dr. Max Steenbeck, Wissenschaft und Gesellschaft 135

Heinrich Böll, Literatur — human, sozial 145

Fernseh-Spalte

Fernsehen oder TV-Lesezirkel? (E. H. Wahl) 156

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Logik 157

Gewissensfrage 157

Erklärung (Oberst i. GenSt. a. D. Bogislav v. Bonin) 157

Eine so pittoreske kleine Stadt . . . (Maurice Denuzière) 157

Bücher

Deutschlands eigene Situation (Harold Rasch) 158

„Eine Wirtschaftspolitik, die keine war" (Harold Rasch) 159

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 160

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zum Ostermarsch 1966 163

Mainzer Theologen zur Notstandsgesetzgebung 165

Wortlaut der Deklaration von Taschkent 167

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | Februar 1966 | Heft 2

Chronik des Monats Januar 1966

1. 1. — DDR. Die Neujahrsbotschaft des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht enthält folgende Vorschläge zur Deutschlandpolitik an den Bundestag: Beide deutschen Staaten (1) verzichten auf jegliche Atomrüstung, (2) anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa, (3) nehmen „im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit" diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. des Warschauer Paktes auf, (4) erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung, (5) verzichten auf Maßnahmen, die „den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, z. B. atomare Rüstung, Notstandsgesetzgebung usw.", und (6) treten in Verhandlungen zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen ein. — Am 22. 1. erläutert Außenminister Winzer vor der Presse den Text eines allen europäischen Regierungen übermittelten Memorandums über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

3.—15. 1. — Havanna-Konferenz. In der kubanischen Hauptstadt treten 500 Delegierte aus Afrika, Asien und Lateinamerika zu einer „Solidaritätskonferenz antiimperialistischer Kräfte" zusammen. Es wird die Einrichtung eines ständigen Sekretariats mit vorläufigem Sitz in Havanna beschlossen. Über die endgültige Organisationsform soll eine weitere „Dreikontinentekonferenz" im Jahre 1968 in Kairo entscheiden.

4.—10. 1. — Indien/Pakistan. Auf Einladung der sowjetischen Regierung und in Anwesenheit von Ministerpräsident Kossygin treffen in Taschkent (Usbekistan) der Präsident von Pakistan Ayub Khan und der indische Ministerpräsident Shastri zusammen. Am letzten Tag der Konferenz wird eine Neun-Punkte-Erklärung unterzeichnet, in der sich beide Länder verpflichten, alle Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege beizulegen, die beiderseitigen Truppen auf die Stellungen vom August 1965 zurückzunehmen und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates zu unterlassen (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

7. 1. — Vietnam. Eine sowjetische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Parteisekretärs Scheljepin beginnt Verhandlungen in Hanoi. Scheljepin, der auf dem Hin- und Rückflug in Peking Station macht, erklärt auf einer Kundgebung

am 12. 1.: „Wenn die amerikanischen Imperialisten ... mit aggressiven Aktionen in Vietnam nicht aufhören, bringt ihnen die Zukunft noch stärkere Vergeltung". — Am 20. 1. befürwortet UN-Generalsekretär U Thant die Einbeziehung der Volksrepublik China und der Südvietnamesischen Befreiungsfront in künftige Friedensgespräche. Die Regierung Südvietnams müsse entsprechend umgebildet werden. U Thant appelliert an die USA, die Bombenangriffe auf Nordvietnam nicht wieder aufzunehmen. — Am 29. 1. bekräftigt Präsident Ho Chi Minh in einem Brief an 60 Regierungen nochmals die Forderung nach „bedingungslosem Abzug der Amerikaner aus Südvietnam". — Am 31. 1. gibt Präsident Johnson Befehl zur erneuten Bombardierung nordvietnamesischen Territoriums. Die Vereinigten Staaten beantragen gleichzeitig die Einberufung des UN-Sicherheitsrates.

8. 1. — Frankreich. Staatspräsident de Gaulle tritt offiziell seine zweite Amtsperiode an und beauftragt den bisherigen Regierungschef Pompidou wiederum mit der Kabinettsbildung. Zu den wichtigsten Änderungen in der neuen Regierung gehören die Übernahme des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen durch den früheren Ministerpräsidenten Debré und des Landwirtschaftsministeriums durch Edgar Faure.

9. 1. — Polen. Die Regierung verweigert dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Wyszynski, eine Reise nach Rom. Ein entsprechendes Kommuniqué nimmt Bezug auf die Botschaft des Klerus an die deutschen Bischöfe, die „schädliche Formulierungen enthält und den Interessen des polnischen Staates zuwiderläuft". Der Kardinal habe die Regierung bisher nur unzutreffend unterrichtet und ihr außerdem die Originalfassung der Botschaft noch immer nicht vorgelegt.

— USA. Präsident Johnson unterbreitet dem Kongreß die jährliche „Botschaft über die Lage der Nation" und entwickelt darin die Ziele seiner Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik. Johnson begründet ausführlich die amerikanische Politik in Vietnam.

10. 1. — CDU / CSU. Der Vorstand der Bundestagsfraktion wendet sich einstimmig gegen die in verschiedenen Kreisen diskutierten Möglichkeiten einer großen Koalition zwischen Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten und die Bildung einer „Allparteienregierung".

12. 1. — Bundestag. Im Verlauf einer außenpolitischen Debatte gibt Bundesaußenminister Schröder bekannt, die Regierung habe beschlossen, einen Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Innenministers zu bilden, der die Möglichkeiten zur Hilfeleistung in Vietnam untersuchen werde. Die Entsendung eines Lazarettschiffes sei ein „glücklicher und guter Gedanke". Schröder äußert sich außerdem zur Frage der NATO-Reform und zu den bevorstehenden Verhandlungen innerhalb der EWG. — Am 14. 1. behandelt das Parlament die Große Strafrechtsreform. Die SPD-Fraktion bringt einen Entwurf zur Neuformulierung der aus dem Jahre 1951 stammenden Staatsschutzbestimmungen ein.

— Frankreich / Sowjetunion. In Paris wird nach einer Unterredung zwischen Sowjetbotschafter Sorin und General de Gaulle eine Reise des Präsidenten in die UdSSR für den Sommer dieses Jahres angekündigt.

15. 1. — Afrika. Teile der Armee beteiligen sich an einem Putsch gegen die Regierung der Föderation Nigeria. Premierminister Balewa wird an einen unbekannten Ort entführt und ermordet. Nach der Suspendierung einiger Verfassungsbestimmungen übernimmt ein Militärkabinett unter General Ironsi, dem Kommandanten der Regierungstruppen, die Staatsgewalt. — Am 22. 12. hatten in Dahomey, am 1. 1. in der Zentralafrikanischen Republik und am 4. 1. in Obervolta Militärs die Zivilregierungen abgelöst.

— Mongolei / Sowjetunion. Während eines Besuches von Parteichef Breshnew in Ulan Bator schließen beide Staaten einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand". Artikel 5 des Abkommens verpflichtet die Partner zur Kooperation auf dem Gebiet der Verteidigung und zur Konsultation „in den wichtigsten internationalen Problemen, die die Interessen beider Länder oder die Interessen des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit berühren".

17. 1. — Spanien. Ein amerikanisches Militärflugzeug vom Typ B-52 stürzt vor der südspanischen Küste ins Meer. An Bord der Maschine befindet sich „nicht scharf gemachte atomare Munition". Trotz des mas-

siven Einsatzes von Militär und Technikern kann eine der Atombomben bis Ende des Monats noch nicht geborgen werden. Die Regierung in Madrid untersagt den der NATO unterstellten und mit Kernwaffen ausgerüsteten strategischen Luftstreitkräften das Überfliegen spanischen Territoriums.

17.—18. 1. — E W G. Auf einer außerordentlichen Ministerratssitzung in Luxemburg, die in Abwesenheit der Mitglieder der EWG-Kommission stattfindet, trägt Außenminister Couve de Murville die Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Mitarbeit Frankreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor. Eine Einigung müsse spätestens in der letzten Januar-Woche erfolgen. — Am 29.—30. 1. kommt auf einer weiteren Konferenz zunächst ein Kompromiß zustande. Die französische Regierung erklärt sich bereit, wieder einen Vertreter nach Brüssel zu entsenden. Das Weiterbestehen der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der umstrittenen Mehrheitsentscheidungen (Frankreich fordert bei der Erörterung „sehr wichtiger Interessen" Einstimmigkeit) wird in einem Kommuniqué ausdrücklich festgestellt.

19. 1. — I n d i e n. Die regierende Kongreßpartei wählt mit großer Mehrheit Frau Indira Gandhi, eine Tochter Mahatma Gandhis, zum Nachfolger des am 11. 1. in Taschkent verstorbenen Ministerpräsidenten Shastri. Frau Gandhi erklärt nach der Wahl, sie werde die bisherige Politik Indiens fortsetzen und insbesondere die in Taschkent getroffene Vereinbarung mit Pakistan erfüllen.

20. 1. — I t a l i e n. Überraschend wird die Regierung Moro im Parlament bei der Abstimmung über ein Gesetz betreffend staatliche Kindergärten in die Minderheit versetzt. Nach der Demission des Kabinetts erhält Moro am 25. 1. erneut den Auftrag zur Bildung einer „Regierung des Linken Zentrums".

— F r a n k r e i c h / M a r o k k o. Der Pariser Untersuchungsrichter Zollinger erläßt einen internationalen Haftbefehl gegen den marokkanischen Innenminister General Oufkir und zwei der ihm unterstellten Sicherheitsoffiziere. Oufkir wird beschuldigt, mit Wissen und Unterstützung französischer Dienststellen den marokkanischen Oppositionsführer Ben Barka aus seinem Exil in Frankreich entführt und möglicherweise getötet zu haben. Präsident de Gaulle verfügt die sofortige Amtsenthebung des Chefs des Informations- und Gegenspionagedienstes. Zu den Konsequenzen gehört weiter die Rückberufung ihres Botschafters aus Rabat.

24. 1. — R h o d e s i e n. Premierminister Wilson entwickelt vor dem Unterhaus einen „Stufenplan" zur Wiederherstellung der britischen Souveränität über Rhodesien. Diesem Ziel sollten auch die erwogenen verschärften wirtschaftlichen Sanktionen dienen.

25.—27. 1. — „S p i e g e l - A f f ä r e". Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich in Karlsruhe mit dem Antrag des „Spiegel"-Verlages, die Polizei- und Justizaktion gegen die Redaktionsräume des Nachrichtenmagazins in Hamburg vom 26. Oktober 1962 in allen Punkten für verfassungswidrig zu erklären. Das Gericht vernimmt zahlreiche Zeugen, darunter den früheren Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Hopf, und setzt nach Beendigung der mündlichen Verhandlung die Urteilsverkündung auf den 27. April fest.

27. 1. — A b r ü s t u n g. Am Genfer Sitz der Vereinten Nationen beginnt eine neue Verhandlungsrunde der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz. Den Delegationen liegen verschiedene Dokumente und die Resolutionen der UN-Vollversammlung zur Tagesordnung vor (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen", Heft 1/1966, 5. 82 f.).

28. 1. — G r o ß b r i t a n n i e n. Durch den Erfolg bei der Nachwahl in Nord-Hull kann die Labour-Party ihre Mehrheit im Unterhaus stabilisieren. Der unerwartet hohe Vorsprung des Labourkandidaten gibt Anlaß zu neuen Vermutungen über eine Vorverlegung der Parlamentswahlen auf einen für Premierminister Wilson günstigen Zeitpunkt im Frühjahr.

31. 1. — B e l g i e n. Bei Zusammenstößen zwischen Bergleuten, die gegen die geplante Stillegung ihrer Gruben demonstrieren, und der Gendarmerie, werden zwei Arbeiter durch Schüsse getötet und mehr als 25 Personen verletzt. Der Gouverneur der Provinz Limburg erhält nach einer Nachtsitzung des Kabinetts in Brüssel die Ermächtigung, den Ausnahmezustand zu verhängen und alle Kundgebungen und Ansammlungen zu verbieten.

Im dritten Anlauf Lücke

Nachgerade haben sich die Notstandsgesetze als männermordend erwiesen. Zwei Innenminister, von Amts wegen Hüter des Grundgesetzes, sind schon bei dem Versuch, eben dieses Grundgesetz auf den Kopf zu stellen, verschlissen worden; ein dritter soll nun daran sein Glück und seine Geschicklichkeit erproben.

Täuschen wir uns nicht: der scheinbar konziliante Lücke mit den guten Verbindungen zum Parteivorstand der SPD ist nicht ohne Grund zum Innenminister des Kabinetts Erhard gemacht worden; und schwer wiegende Argumente seiner Parteifreunde müssen es gewesen sein, die ihn schließlich dazu bewogen haben, seinen anfänglichen Widerstand gegen die Übernahme des undankbaren und unpopulären Ressorts aufzugeben und sich Pflichten aufbürden zu lassen, die seinen Aufstieg zur Partei- und Staatsspitze wohl sehr leicht hindern könnten, ihm allerdings auch eine steile Karriere verheißen, wenn er die Erwartungen seiner Parteifreunde zu erfüllen vermag.

Sechzehn Jahre, die ersten des neu gegründeten Staatsgebildes der Bundesrepublik, hat die CDU die mehr oder weniger unumschränkte Macht inne. Zeitweilig konnte sie mit absoluter Mehrheit, sonst stets mit einem erdrückenden Übergewicht innerhalb der Koalition mit dem bürgerlichen Partner regieren. Was sechzehn Jahre Herrschaftsausübung in einem im Aufbau befindlichen Staate bedeuten, kann kaum ermessen werden. Auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens sind Weichen gestellt worden, die gesellschaftliche und politische Struktur des Landes ist durch die Interessen und durch die Ideologie der Kreise weitgehend bestimmt worden, die von der CDU vertreten werden. Vieles, was nicht eigentlich dem Staate, sondern der herrschenden Partei des Staates zugehört, ist inzwischen so selbstverständlich geworden, daß es auch von einer anderen Partei nicht ohne weiteres abgeschafft werden könnte. Ja, bis weit in die Opposition hinein haben sich gewisse Denkklischees der CDU durchgesetzt. Die Stabilität einer langdauernden Herrschaftsperiode hat die für ein demokratisches Staatswesen unerläßliche Dynamik des kontradiktorischen Für und Wider, die vitale Unruhe parlamentarischer Konflikte lahmgelegt und eine politische Stagnation herbeigeführt, die der Bundesrepublik oft eher das Gepräge eines Einparteienstaates als einer parlamentarischen Demokratie gibt.

Gewiß ist ein solcher Zustand bequem für diejenigen, die die Macht ausüben. Zeitweilig, das heißt unter den Bedingungen wachsenden Wohlstands, mag er auch den Beherrschten bequem erscheinen, denen die Sorge um die res publica, die Anteilnahme am öffentlichen Leben abgenommen wird, für die sich Politik allenfalls in der Lektüre der Tageszeitung erschöpft. Über längere Fristen hinweg wird sich jedoch zeigen, daß Mängel in der Konzeption, die nicht durch einen Regierungswechsel aufgefangen und ausgeglichen werden, sich im Laufe der Entwicklung potenzieren und zu spürbaren Störungen in den Funktionen des Staates und der Wirtschaft führen. Dann entsteht Unruhe unter dem Volk, die Sicherheit der stabilen Machtposition der Regierenden gerät in Gefahr.

In einer solchen Situation wird die Stabilität, nach den klassischen Gepflogenheiten der Staatsführung, durch Oppression nach innen oder durch Expansion nach außen (oder durch beides) erhal-

ten. Das heißt: innerhalb des Staates werden die verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien für den einzelnen Bürger beschnitten, über die Grenzen hinaus tritt der Staat mit machtpolitischem Gewicht auf, um sich Gebietszuwachs, Absatzmärkte oder Einflußzonen zu sichern und so interne Krisenerscheinungen auszugleichen. Solange es noch genügend „weiße Flecken" auf der Landkarte gab, war dieses Verfahren relativ ungefährlich, obgleich es auch dann über kurz oder lang zu nationalen Konkurrenzkämpfen kommen mußte. Die „klassischen" Kriege des 18. und 19. Jahrhunderts bis hin zum Ersten Weltkrieg sind auf diese Weise entstanden. Mit der Aufteilung des Erdballs jedoch wurde die Situation anders; nun mußten innere Instabilitäten, ohne durch koloniale Expansion abgeleitet werden zu können, unmittelbar zu äußeren Konflikten führen, die Großmächte mußten aufeinanderprallen, sobald eine von ihnen zu einer expansiven Außenpolitik überging. So entstand der Zweite Weltkrieg als Folge einer nach außen gewendeten Krise der deutschen Wirtschaft. Der Mechanismus des „Dritten Reichs" zeigt deutlich, wie Unterdrückung nach innen und Eroberung nach außen als Mittel zur Meisterung der Krise eingesetzt wurden. (Natürlich hat die Spielart des deutschen Faschismus, der Nationalsozialismus, noch besondere Quellen, die durch die allgemeinen Regeln einer imperialistischen Krisenpolitik allein nicht erklärt werden; für unseren Zusammenhang kommt es jedoch nur auf die generellen Gesichtspunkte an.)

Die Regierungserklärung Bundeskanzler Erhards hat klar ausgesprochen, daß die Bundesregierung die Periode des Wohlstandszuwachses für abgeschlossen hält. Sie hält die ökonomische Stabilität der Bundesrepublik nicht mehr für automatisch gegeben, stabilisierende Maßnahmen seien notwendig. Die Konzeption des Bundeskanzlers läuft darauf hinaus, daß die breiten Schichten der Bundesrepublik erhebliche finanzielle und sozialpolitische Einschränkungen zu Gunsten der großen Konzerne in Kauf nehmen sollen, damit diese an politischer Hegemonie und wirtschaftlicher Expansion interessierten Kreise ihr Programm durchsetzen können. Ein solches Einschränkungsprogramm zieht jedoch nach sich, daß es zu Interessenkollisionen innerhalb des Staates kommen wird. Die Zeit des konfliktarmen öffentlichen Lebens ist dann vorbei, eine Wiederbelebung der sich in kämpferischen Antagonismen entfaltenden Demokratie wird möglich. Damit endet der bequeme Zustand unwidersprochener Machtausübung für die herrschende Partei und die von ihr vertretenen Kreise. Die Spielregeln der demokratischen Verfassung könnten sich nun plötzlich gegen diejenigen wenden, die sich ihrer bisher zu eigenem Nutzen bestens bedient haben. Der Ruf nach zusätzlichen Machtmitteln in der Hand der Regierung wird erhoben, um die Stabilität der Herrschaftsausübung zu garantieren. Der Zusammenhang, der in der Regierungserklärung Bundeskanzler Erhards zwischen seinen Maßhalte-Appellen, seiner Verkündung der „Formierten Gesellschaft", seiner Forderung nach wirtschaftlicher Expansion, seiner Beharrung auf nicht realisierbaren außenpolitischen Rechtsansprüchen und dem Bestehen auf der Verabschiedung verfassungsändernder Notstandsgesetze hergestellt ist, rückt den Gesamtkomplex bundesrepublikanischer Politik ins helle Tageslicht: was bisher immer verschwiegen worden war — nämlich der Sinn der Notstandsgesetzgebung als eines machtpolitischen Instruments, das die Möglichkeit schafft, das öffentliche Leben total zu militarisieren, die Opposition jederzeit zu unterdrücken und alle Bereiche der Gesellschaft im Interesse der Großindustrie zu formieren — liegt nun offen.

Der erste Entwurf einer Notstandsgesetzgebung, der von dem damaligen Bundesinnenminister Schröder vorgelegt wurde, enthielt noch ziemlich un-

verhüllt alle Elemente zu einer innenpolitischen Oppression. Er war, wenn man so will, zu „aufrichtig", um nicht von den Bedrohten sofort durchschaut zu werden. Das klare und unerbittliche Nein der Gewerkschaften und das ebenso unnachgiebige Nein der SPD brachten diesen Entwurf zu Fall. Schröder war jedoch durch diese Vorlage so stark kompromittiert, daß er eine Neufassung nicht gut hätte vertreten können, ohne sofort Mißtrauen und Widerspruch hervorzurufen.

Diese Aufgabe fiel dann seinem Nachfolger Hermann Höcherl zu, von dem man gehofft haben mochte, daß er eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit durch Verlagerung der Akzente auf das Problem der nationalen Sicherheit zustande brächte. Denn inzwischen war ja die SPD auf einen Kurs eingeschwenkt, der in allen „nationalen Fragen" eine enge Zusammenarbeit mit der CDU anstrebte und so die Regierungsfähigkeit der Partei unter Beweis stellen wollte. Vielleicht hätte dieser Appell an die „nationalen Gemeinsamkeiten" — mit dem Vorwand der Bedrohung aus dem Osten und dem unzutreffenden Argument der Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte — auch Erfolg gehabt, wäre nicht die Öffentlichkeit durch das Vorgehen der Regierungsorgane in der Spiegelaffaire wachsam geworden. Ein Bundesinnenminister, der sich nach eigenem Eingeständnis ein wenig außerhalb der Legalität zu bewegen bereit war, bot natürlich keine Gewähr für den demokratischen Geist einer Notstandsgesetzgebung, deren Wortlaut schon so vieldeutig formuliert war, daß damit ein Abbau aller verfassungsmäßigen Freiheiten möglich geworden wäre. Der Widerstand der Gewerkschaften und der politisch erwachten Intelligenz formierte sich. Und wenn auch der Slogan von der nationalen Sicherheit insoweit „zog", als eine Reihe höchst fragwürdiger Luftschutzgesetze die Zustimmung der SPD fanden, so blieb doch das eigentliche Notstandsgesetz, nämlich die Verfassungsänderung, unverwirklicht; selbst die kompromißbereiten und notstandsfreudigen Kreise der SPD-Führung konnten sich über die ablehnende Haltung der großen Mehrheit der Mitgliederschaft und vor allem auch der Gewerkschaften nicht hinwegsetzen. So blieb also auch der Höcherlsche Entwurf stecken.

Wie wenig ernst es der Bundesregierung mit dem „nationalen Sicherheitsbedürfnis" war, erwies sich dann sehr rasch nach den Bundestagswahlen. Die kostspieligen Luftschutzgesetze, von denen man gesagt hatte, daß ihre sofortige Verwirklichung unabdingbar für den Schutz der Zivilbevölkerung sei, wurden, ohne mit der Wimper zu zukken, bei den Einsparungen des neuen Bundeshaushalts geopfert und auf die lange Bank geschoben. Dieser Vorgang zeigt deutlich, daß es der Bundesregierung gar nicht auf wirksame Schutz- und Defensivmaßnahmen ankommt (über deren Wert man wohl geteilter Meinung sein kann, die aber immerhin bei der Verabschiedung der Gesetze prätendiert worden waren); vielmehr sollte der Gesamtkomplex der verfassungsändernden und einfachen Notstandsgesetze die Voraussetzungen für eine totale Herrschaft der amtierenden Regierungspartei schaffen. Diese Gesetze sind entworfen als ein Mittel der Oppression nach innen und zur Vorbereitung wirtschaftlicher und politischer Expansionen nach außen.

Es geht bei diesen Gesetzen also um nichts weniger als um die potentielle Aufhebung des Grundgesetzes. Nachdem man dazu die Zustimmung der SPD mit parlamentarischen und politischen Finessen nicht einhandeln konte, bleibt als ultima ratio das Angebot der Großen Koalition. Daß ein Teil der SPD-Führung auf die Teilhabe an der Regierungsgewalt drängt, ist bekannt. Daß eine tatsächliche Aufnahme der SPD ins Kabinett diesem Flügel der SPD-Führung Auftrieb geben würde,

darf vorausgesetzt werden; denn natürlich ist das Streben, aus der sechzehn Jahre langen Isolierung in der Opposition endlich auszubrechen, auch bei der Parteimitgliedschaft vorhanden, wenn auch mit dem Wunsch nach einer Änderung des politischen Kurses der Regierung verbunden. Für die CDU stellt sich mithin das Problem so: wie kann die SPD durch das Versprechen der Regierungsbeteiligung zu einer vorgängigen Zustimmung zu den verfassungsändernden Notstandsregelungen gebracht werden? Sicher wird man die SPD nicht ins Kabinett aufnehmen wollen, ehe sie den Notstandsgesetzen zugestimmt hat, weil man sonst mit Milderungen an den jetzigen Entwürfen rechnen müßte, die den Zweck dieser Verfassungsänderungen aufheben würden. Zudem kann der Bundeskanzler für sein Programm einer Formierten Gesellschaft auf keinen Fall wohl mit der Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen, wenn man von Wehner, Erler und Schmidt hier einmal absieht. Es müssen also zunächst die Grundsteine der Formierten Gesellschaft gelegt werden, bevor eine Große Koalition in Frage kommt, die dann gewisse Entwicklungen nicht mehr rückgängig machen könnte. Innerhalb dieser Frist gilt es nun, die SPD für den Gedanken der Großen Koalition so reif zu machen, daß sie dann bereit ist, als Preis der Regierungsbeteiligung die Notstandsgesetzgebung in Kauf zu nehmen.

Für diese Strategie bedurfte es eines neuen Feldherrn, Der Mann, der dieses Spiel zu spielen hat, muß aus dem Führungskreis der CDU kommen, muß persönliches Ansehen bei der Opposition genießen, muß ein geschickter Verhandlungspartner und darf durch die bisherigen Notstandsauseinandersetzungen nicht kompromittiert sein. Einen solchen Mann fand die CDU in dem damaligen Wohnungsbauminister Lücke, dem es gelungen war, die unpopulären Mietpreiserhöhungen durchzusetzen, ohne dabei den guten Kontakt mit der SPD zu verlieren, der schon einmal Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition mit der SPD geführt hatte und der bisher in Sachen Notstand noch nicht exponiert worden war. Daß eben dieser Minister Lücke auch als einer der möglichen Anwärter auf den Posten des Parteivorsitzenden der CDU in Frage kommt, erhöht nur seinen Rang als Gesprächspartner. So setzt in der dritten Notstandsrunde die CDU einen ihrer prominentesten und geschicktesten Männer ein, um die SPD endlich zu sich herüberzuziehen.

So war denn auch die erste Erklärung, die der neu ernannte Innenminister Lücke abgab, der Notstandsgesetzgebung gewidmet. Er sagte, daß er den Entwurf zu einer Verfassungsänderung nur verabschiedungsreif dem Bundestag vorlegen wolle. Verabschiedungsreif — das bedeutet doch, daß die Bedenken der SPD vor der Vorlage im Bundestag aus dem Wege geräumt sein sollen, daß also die SPD, sobald die Entwürfe ins Stadium öffentlicher Beratungen kommen, bereits ihren Konsens gegeben haben muß. Das bedeutet: noch mehr als bisher werden die entscheidenden Verhandlungen über den Fortbestand der Demokratie in der Bundesrepublik hinter verschlossenen Türen geführt werden; noch mehr als bisher wird nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern vor allem auch die Mitgliedschaft der Parteien von den Erwägungen der Parteiführer, von der Koalitionsstrategie der Parteivorstände ausgeschlossen sein; noch mehr als bisher wird man versuchen, eine der institutionellen Stützen der deutschen Demokratie, die Gewerkschaften, von einer Einflußnahme auf die umwälzendsten Beschlüsse fernzuhalten, die seit der Gründung der Bundesrepublik gefaßt werden sollen. Verabschiedungsreif — das heißt, daß die zwei, drei oder zehn Mitglieder der Bundestagsausschüsse für die gesamte Fraktion sprechen und entscheiden sollen, ohne daß rechtzeitig, nämlich im Verhandlungsstadium, noch interne Beratungen der Parteiinstanzen,

noch Meinungsbildung auf der unteren Parteiebene, noch gar eine öffentliche Diskussion des gesamten Volkes stattfinden kann; weil nämlich niemand wissen wird, was eigentlich ausgemacht ist und was nicht, weil niemand den Wortlaut der Gesetze kennen wird, die über sein weiteres staatsbürgerliches Geschick entscheiden. Die Geheime Kabinettspolitik hinter verschlossenen Türen, schon lange genug in Sachen Notstand betrieben, soll zum Prinzip erhoben werden. Wie konziliant klingt nicht das Wort: verabschiedungsreif; meint nicht der unbefangene Zuhörer, da solle nun also wirklich auf den Partner gehört, sein Einwand berücksichtigt werden? Dahinter steht in Wirklichkeit die unter der freundlichen Oberfläche der Worte verborgene Absicht, die Öffentlichkeit zu überfahren, die Warner zu überspielen, hinter den Kulissen die grundlegenden Geschäfte des Staatswesens auszuhandeln. Nicht die schneidige Art Gerhard Schröders, nicht das bayerische Gepolter Hermann Höcherls, die rheinische Gewandtheit des neuen Bundesinnenministers soll es nun schaffen: die Opposition so zu betören, daß sie ihr eigenes Todesurteil unterschreibt, um der Illusion einer scheinbaren Teilhabe an der Macht willen. Wachsamkeit ist nötiger denn je.

Die Öffentlichkeit muß darauf bestehen, daß die Geheimberatungen über die verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung sofort beendet werden. Sie muß darauf bestehen, daß sie über den Verlauf und den Inhalt der Gespräche zwischen Regierung und SPD-Führung ausführlich unterrichtet wird. Sie muß darauf bestehen, daß ihre Stimme von den Mitgliedern der Legislative gehört wird. Die Mainzer Theologen haben kürzlich in einer Erklärung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages (vgl. Seite 165 in diesem Heft) zum Ausdruck gebracht, was die Öffentlichkeit im Interesse der Demokratie vom Gesetzgeber fordert und fordern muß: Annullierung der bereits verabschiedeten sogenannten einfachen Notstandsgesetze und Zurückziehung der Gesetzesvorlagen für eine Notstandsverfassung.

Hans Heinz Holz

Kontinuität in Indien

Mit einer überwältigenden Mehrheit von mehr als zwei Drittel der Stimmen ist die Tochter Jawaharlal Nehrus, Frau Indira Gandhi, zur Führerin der Kongreßpartei im Parlament und damit zur neuen Ministerpräsidentin des indischen Bundesstaats gewählt worden. Von Europa her, das mit den internen Parteiungen des Landes nicht vertraut ist, mag darin — und das heißt: in der Bestätigung des Nehrukurses der Neutralität und Vermittlertätigkeit in weltweitem Maßstab — keine Besonderheit zu erkennen sein. Tatsächlich ist jedoch mit der Wahl Frau Gandhis eine wichtige Entscheidung gefallen, die keineswegs von vornherein sicher feststand. Daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", unrealistisch zwar, aber doch wohl gezielt, kurz vor der Abstimmung dem Verteidigungsminister Chavan die größten Chancen gab, deutet darauf hin, daß die USA (und in ihrem Schlepptau die Bundesrepublik) aus militärischen, politischen und industriellen Interessen einen Rechtsruck begrüßt hätten und hinter den Kulissen in Neu-Delhi alles versuchten, einen Mann der harten Linie durchzubringen; wie wohl hätte diesen Kreisen ein unter Chavan mit westlicher Hilfe atomar aufrüstendes Indien getan! Das entschiedene Votum für Frau Gandhi, primär natürlich aus Gründen interner indischer Politik entsprungen, darf auch als eine Absage an solche Einflußnahmen betrachtet werden.

Schon vor 19 Monaten, nach dem Tode Nehrus, war es zu einer Kraftprobe zwischen dem neutralistischen und dem prowestlichen Flügel der Kongreßpartei gekommen. Das plötzliche Ableben des Pandit erschien den nationalistischen, militaristischen und eine engere Verflechtung mit dem westlichen Kapital anstrebenden Teilen des indischen Großbürgertums als eine Chance, das Staatssteuer herumzuwerfen. Unter Hinweis auf den Konflikt mit China wurde der Ruf nach Atomwaffen erhoben; die von Nehru in seinen letzten Lebenstagen angebahnte Versöhnung mit dem Scheich Abdullah von Kaschmir wurde sabotiert. Erst nach einer Kampfwahl konnte im zweiten Wahlgang Lal Bahadur Shastri als Kandidat des Ausgleichs die Mehrheit erringen. Was dieser kleine, stille, im Auftreten bescheidene, persönlich anspruchslose Mann dann politisch für Indien geleistet hat, verdient höchste Bewunderung. In kurzer Zeit konnte er die traditionelle Neutralitätspolitik Nehrus stabilisieren, konnte sich offen zur Tätigkeit des Friedensrates bekennen (was nicht einmal Nehru trotz seiner oft ausgedrückten Sympathien so deutlich getan hatte) und unerschütterlich die Verlockung der atomaren Aufrüstung zurückweisen. In den Monaten der schweren Hungersnot des Herbstes 1964, während der gleichzeitig ausbrechenden Unruhen zwischen Moslems und Hindus, die im Osten des Landes zu blutigen Ausschreitungen führten und in deren Verlauf Zehntausende von Hindu-Flüchtlingen aus Pakistan herüberkamen, war Shastri der ruhende Pol des Staates. Wer damals mit ihm sprach, spürte aus jedem seiner Worte die tiefe Betroffenheit über das menschliche Unglück, spürte das Mitergriffensein vom individuellen Leid.

Was es für diesen Mann, für diesen dezidierten Vertreter einer Friedenspolitik bedeutet haben muß, der Verwicklung in den Konflikt mit Pakistan nicht entgehen zu können, wie ihn jede vergeudete Rupie, die Indien so dringend für den Aufbau seiner Wirtschaft braucht, geschmerzt haben mag, das können wohl nur seine Vertrauten ermessen. Der jähe Erschöpfungstod, der mit der Erleichterung über das endlich errungene Abkommen von Taschkent im Augenblick der Entspannung nach der Überanstrengung eintrat, legt Zeugnis von der Last der Verantwortung ab, die ein in Jahrzehnten der Not und des Befreiungskampfes ausgelaugter Organismus nicht mehr ertrug. Doch über seinen Tod hinaus wirkte Lal Bahadurs Autorität. Niemand wagte ernsthaft anzutasten, was er, der Freund und Schüler Nehrus, als Weg vorgezeichnet hatte: die Fortsetzung der Politik des Pandit.

Die Wahl Frau Gandhis bekräftigt diese Kontinuität. Nicht nur genießt sie das Ansehen, die Tochter und Mitstreiterin des fast göttlich verehrten Staatsgründers zu sein; nicht nur gehört sie noch zur Generation derer, die den Freiheitskampf miterlebt und erlitten haben: sie hat sich auch als umsichtige, erfahrene Politikerin bewährt und manchen Sturm im Parlament und auf internationalem Parkett hinter sich gebracht. In einer Sitzung des indischen Oberhauses erlebte ich, wie sie Interventionen beantwortete: mit Material ausgezeichnet ausgestattet, präzis, verbindlich, solange es möglich war, scharf, sobald es nötig schien; ohne überflüssige Worte, sachlich und bestimmt. Ihre Überlegenheit war unverkennbar. Englische Kenner sagen nicht zu Unrecht mit ironischer Übertreibung, sie sei der einzige Mann im Kabinett. Viele Jahre der Tätigkeit in der Sozialarbeit machen sie hellhörig für das vordringlichste Problem Indiens: Armut und Unterentwicklung. Zweifellos ist sie, neben Krishna Menon, die stärkste Persönlichkeit in der indischen Politik; anders als jener aber ist sie geschmeidig und undoktrinär. Wenn irgendjemand, so wird gewiß sie das Erbe der Gandhi, Nehru und Shastri verwalten und mehren können.

Dr. H. H.

Falsche Nibelungen-Treue

Bisher zahlte die Bundesregierung nur für den Krieg in Vietnam und schwieg. Seit Bundeskanzler Erhard jedoch in Washington seine Scham über die „schwache Hilfe" der Bundesregierung (er sagte „des deutschen Volkes"), für den „Freiheitskampf" in Vietnam formulierte, wünscht des Kanzlers Partei, das deutsche Volk auch ideologisch besser auszurichten: bereits in den Kreisverbänden wird jetzt um ein größeres Verständnis für die amerikanische Politik in Südostasien geworben. Die Entsendung eines unter bundesdeutscher Flagge fahrenden Lazarettschiffes soll den Krieg auch unter Bundesbürgern, für die das Kriegsgeschehen weit ab liegt und die das blutige Engagement der Amerikaner für nicht recht sinnvoll halten, populär machen. In militärischen Kreisen Bonns ist offen zu hören, daß man es bedauere, kein bundesdeutsches Expeditionskorps nach Vietnam schicken zu können. Die psychologischen Widerstände in der Bevölkerung wären leider zu groß — an die Arbeit also, diese abzubauen. Ist erst einmal ein Schiff mit deutschen Krankenschwestern und Ärzten im Golf von Tonking, wird sich auch eine Gelegenheit finden, es vor den Kommunisten zu beschützen. Die Erfahrungen eines Soldaten im Guerilla-Krieg Vietnams, heißt es, seien unbezahlbar.

Die Bundesregierung läßt sich offensichtlich von dem Mißverständnis leiten, die Bündnistreue verpflichte sie, auch die Fehler ihrer Partner gutzuheißen, von dem Glauben, Treue sei ein Begriff aus der Nibelungenzeit, unverändert überkommen und heute noch gültig wie 1914. So vorbehaltlos, so uneingeschränkt hat sich kein europäischer Staat hinter die amerikanische Politik in Südostasien gestellt — zu diesem Zeitpunkt, da das amerikanische Volk tief beunruhigt ist von der Aussicht auf einen langen Krieg, da Kongreß und Repräsentantenhaus quer durch die Fraktionen gespalten sind. In Bonn hingegen ist die SPD mit der Regierung völlig einer Meinung: der Kommunismus müsse, wenn nicht hier, so in Vietnam geschlagen werden. Natürlich wissen Erler, Brandt und Genossen genau, daß es in Vietnam gar nicht um den Kommunismus geht, sondern um eine militärisch-strategische Position gegenüber China. Sie tun aber alles, um das Modellbild vom Kampf der freien Welt um das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Volkes auszumalen. Schon allein diese Klischees aus dem Milieu der Bild-Zeitung des Springer-Verlages, der den Witwen amerikanischer Krieger Nachbildungen der Berliner Freiheitsglocke schenken ließ, zeigen, daß es den bundesdeutschen Parteien überhaupt nicht darum geht, ein diplomatisches Ziel in Asien zu verfolgen. An keiner der diplomatischen Bemühungen, den Frieden wiederherzustellen, zwischen den streitenden Parteien einen Ausgleich zu finden, ist die Bundesrepublik beteiligt. Die Parteien in Bonn leiden vielmehr offensichtlich unter dem Trauma, der deutsch-französische Vertrag, der sich als Mißerfolg herausgestellt hat, habe die deutsch - amerikanischen Beziehungen derart belastet, daß nur noch ein eilfertiges Andienen die bundesdeutsche Position in Washington retten könne.

Den ausländischen Beobachter der bundesrepublikanischen Szene muß es sehr beunruhigen, mit welcher Selbstverständlichkeit die öffentliche Meinung das Argument, allein Gewalt, allein der Krieg gewährleiste eine Lösung des Konflikt in Südostasien, akzeptiert. Die bundesdeutschen Propagandisten eines stärkeren amerikanischen Engagements mit bundesdeutscher Beteiligung finden sich erfreut in einen Zustand des Kalten Krieges zurückversetzt, auch ohne Goldwater, in dem sie sich zu bewegen wissen. Die Zeiten schwierigerer Kennedy-Politik, die immer vom Geruch der Nachgiebigkeit behaftet war, sind liquidiert. Man weiß wieder wofür man ist. Stefan Reisner

Dr. Günther Schreiber

Neuformierung der CDU

Ein Politiker hat jahrelang ein Amt angestrebt, zu dem er sich wie kein Zweiter prädestiniert fühlte. Das Amt eines Parteivorsitzenden. Ihm war bewußt, daß er sich dieses Amt erdienen mußte. Durch eine lange ruhmlose Bewährungszeit als Geschäftsführer im Schatten des alten Parteivorsitzenden. Er schlug Ministerämter aus, immer den Blick auf dieses Ziel gerichtet. Dann endlich erreichte der Parteipatriarch das gesegnete Alter von neunzig Jahren und mußte auf das Drängen der Parteigremien das Amt zur Verfügung stellen. Der Tag X war gekommen.

Das aber machte den langjährigen Stellvertreter krank. Aus dem Sanatorium schrieb er an den Uralten einen Brief, in dem er erläuterte, welche Gedanken ihn bewogen hatten, das Amt doch nicht anzutreten. Es waren recht unpolitische Gründe von menschlicher Eingängigkeit: Ein Parteivorsitzender hat kaum noch Zeit für Frau und Kinder. Und außerdem: er kann auch nicht mit ungeteilter Energie seinem Beruf nachgehen. Denn Parteivorsitzender ist eine Beschäftigung, die einen Menschen ganz ausfüllt, zumal, wenn es sich um die Regierungspartei handelt.

Unsere Presse ist auf solche Argumentation durch die Aufbereitung von Fakten als stories — nach amerikanischem Vorbild — seit längerem geeicht. So konnte es denn nicht Wunder nehmen, daß Josef Hermann Dufhues mit seinem Verzicht auf den Parteivorsitz der CDU keine schlechte Presse hatte. Handelte er nicht im Grunde, wie es die meisten Bundesbürger tun: Beruf und Familie haben Vorrang vor politischem Engagement, mit dem man doch nur in unerfreuliche Händel verwickelt wird? Und wenn jemand, wie Dufhues, mehrfaches Aufsichtsratsmitglied und wohldotierter Industrieanwalt im Ruhrgebiet ist, was braucht er da den Ärger und das wechselhafte Geschick eines Politikers von Profession auf sich zu nehmen? Er wählte die Freiheit, schließlich, kraft populärer Einsicht.

Hier haben wir ein Beispiel für den Anschlag auf die öffentliche Meinungsbildung, der in einer kolportagehaften Privatisierung politischer Vorgänge wohlverborgen ist. Nicht nur, daß in der deutschen Presse (und im Fernsehen) eine Reihe von wichtigen außenpolitischen Fakten kaum Erwähnung finden, weil sie die internationale Position und die Interessen der Politik Bonns nicht im günstigen Licht erscheinen lassen — auch innenpolitisch werden die entscheidenden Schachzüge, an denen die Opposition als Eingeweihter mitbeteiligt ist, mehr und mehr durch sentimentale Stilisierungen verfälscht. Der Industrieanwalt, der nicht Adenauers Nachfolger werden möchte, weil sonst seine Familie zu kurz kommt, ist solch ein Märchen für aufgeklärte Bundesbürger.

Vielmehr wurde im Fall Dufhues der Arm spürbar, der dirigiert. Es hatte in der CDU, als die Tage von Adenauers Macht gezählt waren, sich eine Fronde gebildet, die auf den Stil des „Alten" nicht verzichten wollte, die das patriarchalische Herrschaftssystem verewigt zu sehen wünschte und die Erhard mißtraute. Zu dieser Fronde gehörten die christdemokratischen Abgeordneten des Mittelstandes,

geschart um Paul Lücke, gehörten viele der ehemaligen Zentrumsabgeordneten, die mit „Papa" Krone dem Wirtschaftsliberalismus nicht grün sind, und auch ein Flügel deutschnationaler Protestanten um Gerstenmaier. Sie alle fragten so besorgt wie eine Schlagzeile in Gerstenmaiers „Christ und Welt": „Was wird aus Adenauers CDU?" Sie mochten nicht die Union der Christdemokraten dem Kalkül und dem auf „Verstädterung" drängenden Reformwillen der Großindustrie überantworten. Sie wünschten, daß das alte System, jeder sozialen und wirtschaftlichen Gruppe ein Häppchen zukommen zu lassen, wenn der außenpolitische und militärpolitische consensus gewahrt blieb, weiterhin diese Union heterogener Honoratioren-Interessen zusammenhalten solle. Aber die gesamtpolitischen Voraussetzungen dazu sind entschwunden. Die Industrie drängt auf eine „nationale Leistungsgemeinschaft", auf eine „Formierte Gesellschaft" und damit auch auf eine Vereinheitlichung der CDU. Denn was sich zunächst einmal formieren muß, das ist doch die Regierungspartei selbst. Sie muß eine Ausrichtung erfahren, die keinen innerparteilichen Interessengegensatz mehr erlaubt. Das nationalpolitische Interesse, die Bundesrepublik als Großmacht zu etablieren, muß gegenüber allen internen Absprachen der einzelnen Parteiflügel durchgesetzt werden. Die CDU soll, am „Ende der Nachkriegszeit", das Erhard bereits proklamiert hat, dastehen wie ein Mann. Geschlossen, gerüstet, zur „freiwilligen Einsicht" in den Zwang, zum Gehorsam bereit.

Diese Konzeption erlaubte keinen „Gegenkanzler" als Parteivorsitzenden. Adenauer hatte man aus optischen Gründen das Amt nicht gleich entwinden können, als er als Kanzler abdanken mußte. Nun, nachdem der Brain Trust um Erhard, der von der deutschen Industrie und ihren Beratern gestellt wird, das Kanzleramt, auch auf Grund des Wahlausgangs, fest in der Hand hat, schlug die Stunde für eine neue Personalunion zwischen Kanzleramt und Regierungspartei. Der „Volkskanzler" als Parteivorsitzender — ein logisches Ziel. Volkskanzler, Volksparteivorsitzender — wer dagegen ist, wer in strikter Opposition dagegen argumentiert, der kann doch kein verantwortungsbewußter Volksgenosse sein. Die Überwindung der Parteiendemokratie durch das Volkskanzlertum setzt den Volkskanzler als Parteivorsitzenden voraus.

Einer solchen Konzeption stand freilich das erworbene, erdiente Anrecht von Dufhues auf den Parteivorsitz im Wege. Doch diese Hürde zu nehmen war keine allzuschwere Aufgabe. Die Industrie findet immer Mittel und Wege, auch goldene Brücken, um einen ihrer Anwälte umzustimmen und abzufinden. Treue um Treue — das zahlt sich auf die Dauer besser aus als blinder Ehrgeiz. Dufhues mußte aus Gründen, die wichtiger waren als seine Person, Erhard weichen. Er wird eine andere wichtige Schlüsselposition allerdings beibehalten, die sich auch vielfältig mit seinem Beruf in Verbindung denken läßt. Er bleibt Manager des Wirtschaftsrates der CDU, des direkten Hebels, mit dem maßgebliche CDU-nahe Wirtschaftskreise auf die Bundespolitik Einfluß ausüben. Jeder Parteivorsitzende der CDU muß sich mit dieser „organisierten Lobby" in der Partei — (eine Kennzeichnung aus dem Munde von Hans Katzer, als er noch „die SPD links überholen" zu wollen vorgab und nicht schon Erhards Arbeitsminister des sozialen Ausgleichs war) einigermaßen arrangieren. Außerdem befehligt Dufhues weiterhin den Landesverband Westfalen der CDU, der in Kooperation mit dem Landesverband Rheinland das Gewicht der Ruhrindustrie in der CDU bevorzugt zum Tragen bringt. Der Verzicht von Dufhues bezieht sich also nur auf die Vorderbühne. Im Hintergrund kann er seinen Auftraggebern um so intensiver dienen. (U. a. auf dem Felde der Meinungspolitik. Dufhues ist der Kandidat der CDU für das Amt des Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, falls die Wahlen in Nordrhein-

Westfalen im Juli im Rundfunkrat die CDU-Mehrheit noch schärfer profilieren sollten. Was das bedeutet, ist aus seinen Vorgeplänkeln mit den „Linksintellektuellen der Gruppe 47" zu erahnen.)

Gewiß hat der „Bayernkurier" so unrecht nicht, der in einem ungezeichneten, offensichtlich vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß konzipierten Leitartikel zu dem Führungsproblem der Schwesterpartei kühl bemerkt, Dufhues habe offensichtlich nicht das absolute Format zum Parteivorsitzenden. Er ist eine Figur, der man kein populäres Image geben kann. Er ist trocken, ein wenig provinziell linkisch und ohne Ausstrahlung in der Öffentlichkeit, in seinen Argumenten der kalte Taktiker, den man im Hintergrund glänzend verwenden kann, aber der keine Herzen zu betören vermag, er hat keinerlei Charme. Solche Kontakthemmungen gegenüber der Öffentlichkeit geben in einer Zeit, in der die Macht sich telegen verkaufen möchte, damit ihr der kleine Mann, vom Anschein eingewiegt, nichts Böses zutraut, in der Waagschale der Eignung ein beachtliches Gewicht ab.

Aber die zwingende Notwendigkeit, auf Erhard auch als Parteivorsitzenden zu setzen — übrigens eine alte Forderung der industrienahen Presse vom „Handelsblatt" bis zur Frankfurter Allgemeinen — ergab sich noch aus einem anderen reparaturbedürftigen Dilemma. Es ist dem breiteren Publikum wohlvertraut als der Kampf zwischen den Befürwortern einer „großen" und einer „kleinen" Koalition. Zu den Befürwortern der „großen" Koalition zählt Adenauer, seit er dem Prozeß seiner Entmachtung unterworfen wurde. Verzweifelt variierte er Wellington: „Ich wollte, es wäre Abend, oder der Wehner käme in die Regierung." Aber der Wehner wollte zwar, doch konnte nicht. Sein Reformkurs zur Entselbständigung der SPD, sein Versuch, aus der SPD die beste CDU zu machen, ist bei der Industrie und ihrer Lobby immer dem Mißtrauen begegnet, man werde diese Partei doch nie ganz in den Griff bekommen, und die Partei selbst hat zweimal gescheut, als Wehner sie beinahe über die entscheidenden Hürden gejagt hätte. Sie weigerte sich, 1962 Wehners Gespräche mit Adenauer zu honorieren und sich Adenauer als Altersstütze anzubieten in einer großen Koalition nach der „Spiegel"-Affäre. Sie wich auch vor dem Veto der Arbeitnehmerschaft gegen die Notstandsgesetze zurück und stimmte dieser Anpassung an den autoritären Staat, der Absetzung der Demokratie vorerst nicht zu. Gleichviel, es gibt Erben Adenauers, die auch gegenüber der kleinen Koalition auf drei Positionen pochen, welche der CDU nicht verlustig gehen dürfen, wenn sie im Regiment bleiben will: Das ist die Beteiligung des katholischen Klerus an der Macht, eine effektive machtpolitische Einfügung des Mittelstandes in das System der industrieförmig formierten Gesellschaft und speziell die Berücksichtigung der Landwirtschaft, an deren derzeitiger Struktur sowohl Klerus wie Mittelstandspolitiker elementar interessiert sind.

Schon lange haben Erhards Ratgeber gegrübelt, wie man einen Staat und eine Regierungspartei, die einer Politik der militanten Expansion verhaftet sind, mit den Wünschen jener mittelständischen Schichten in Kongruenz bringen könnte, die doch aller Erfahrung nach erst den rechten Kitt für den autoritären Staat abgeben, der an die Stelle der Demokratie treten soll. Nun hat man den Stein der Weisen anscheinend gefunden. Das katholisch-autoritäre Element wird organisatorisch und ideologisch in der Parteispitze der CDU neu installiert. Man gibt Erhard zwei geschäftsführende Sekretäre zur Seite, die faktisch die Parteiarbeit leisten. Die Rolle des Organisators möchte die Industrie am liebsten dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Grundmann anlasten, einem kleiner karierten Barzel, aber von ähnlicher Geschmeidigkeit. Doch ist Grundmann wegen seiner Schlüsselposition als Vorsitzender der CDU-Rheinland nicht abkömmlich, so

daß man auf den eben so wendigen rheinpfälzischen CDU-Manager Kohl oder einen anderen katholischen Exponenten der jungen Generation zurückgreifen wird. Das ideologische Band zwischen Industrieinstitut und Kölner Dom soll Bruno Heck knüpfen, der schon als Parteisekretär unter Kanzler Adenauer einschlägige Erfahrung sammelte, bevor er die klerikale Pfründe des Familienministeriums von Wuermeling übernahm. Der ehemalige Studienrat Heck ist wie geschaffen für diese Position. An seinem strammen Verhältnis zur kirchlichen Hierarchie ist so wenig Zweifel erlaubt wie an seiner Fähigkeit, die er vordem in der Parteiarbeit bewies, kirchliche und industrielle Standpunkte weich zu synchronisieren. Auf dem Felde der Familienpolitik hat er es recht geschickt verstanden, industriellen Wünschen mehr entgegenzukommen — als etwa der starr klerikale Wuermeling — ohne die stets anderweitig entschädigten klerikalen Interessen gegen sich aufzubringen. Die Harmonie zwischen diesen beiden Säulen eines neudeutschen autoritären Staatsgebildes aber ist ein Erfordernis, auf das die CDU nicht verzichten kann, wenn sie das Potential ihrer Stammwähler zusammenhalten will in der Union der festen Hand.

Damit wird dann auch der Streit zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" in der Union sich in Luft auflösen. Diese scheinbar so dramatischen Fronten waren schon immer mehr innen- als außenpolitische Gegensätze. „Gaullist" war vielfach nichts anderes als das Etikett der autoritären Gesinnung und die wird in ihren klerikalen Untertönen nun mit den deutschnationalen Tendenzen um Schröder zusammengeheckt. Strauß ist schon auf Erhardkurs eingeschwenkt. Und Lücke hat zu erkennen gegeben, daß er nicht gegen Erhard um den Parteivorsitz zu kandidieren gedenkt. Ein Mann, in dem sich das Ressentiment gegen die Industrievorherrschaft breitschultrig und kompakt verdichten könnte, wenn auch weniger unter „gaullistischem" Feldzeichen als dem der „großen Koalition". Lücke hat indes eine Aufgabe übernommen, die ihn sich selbst gegenüber in seiner Wichtigkeit genug bestätigt. Er soll mit der SPD die Notstandsverfassung unter Dach bringen und zu diesem Zweck die Antinotstandsfront der Gewerkschaften spalten. Bei Leber und Kluncker — Bau, Steine, Erden und ÖTV — erhofft er sich erste Einbrüche. Schließlich meint er, auch noch die entschiedensten Demokraten in der Gewerkschaftsfront herumzukriegen. Im Verein mit Katzer lockt er mit dem Argument, er werde schon dem gewerkschaftsfeindlichen Erhard im Kabinett Paroli bieten. Er werde den Einfluß der Gewerkschaften im Staate, auch im Notstandsstaate, zu sichern verstehen. Das Gerücht vom im tiefsten Herzen antikapitalistischen Christsozialen Lücke, der insgeheim weiterbaut an der großen Koalition, wobei man ihm natürlich Erfolge in der Notstands-Verabschiedung gönnen muß, das ist einer der raffiniertesten Bluffs, über welche die Erben Adenauers verfügen. Als Lücke sich den betont sozialen und leicht managementfeindlichen Zug des über die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Konzernen ehrlich besorgten Kleinbürgers zulegte, da hatte er das nötig. Denn seine Politik als Wohnungsbauminister war so wenig sozial, war so kaltschnäuzig einseitig auf das Eigentümerinteresse ausgerichtet, daß er zur Ablenkung und zur erfolgreichen Beschwichtigung der SPD sich schon als der heimliche Geburtshelfer der großen Koalition maskieren mußte, um nicht der völligen politischen Demaskierung anheimzufallen. Heute ist Lücke dabei, Notstandsplanung und Raumordnung unter einen Hut zu bringen, deshalb nahm er die Zuständigkeit für die Raumordnung aus dem Wohnungsbauministerium mit in das Innenministerium, wo sie polizeistaatlich exakter vonstatten gehen kann. Daß ein Mann wie Johannes Gross als Berater sowohl zum Erhardteam der Formierten Gesellschaft wie zum Lücketeam der Notstands- und Raumordnung und

der „freundschaftlichen Gespräche mit SPD und Gewerkschaften" zählt, zeigt doch, wie Lücke sich einfügt in das Bild einer vereinheitlichten CDU. Nicht ausgeschlossen ist, daß er letzten Endes doch noch persönlich die organisatorische Parteiausrichtung — neben dem Ideologen Heck — übernimmt. Das hängt davon ab, ob man die organisatorische Parteireform der CDU mit starker oder eher mit leichter Hand zu betreiben gedenkt. Klar ist jedenfalls, daß die Mitgliedschaft in der CDU nach neuen Prinzipien überprüft und erstmals systematisch aufgebaut werden soll. Schwerpunkt wird darauf liegen, in der Jungen Union alles zu sammeln, was sich für einen formierten Erhardstaat als neue „Elite" eignet. Aus Verwaltung, Industrieführungsnachwuchs, kirchlichen Verbänden, autoritären Studentenbünden. Das alles wird zum Eintritt in die Union animiert. Der Wirtschaftsrat der Union, der im Februar schon seine erste gemeinsame Tagung mit der Jungen Union durchführte, will bei der Mitgliederwerbung verstärkt Einfluß nehmen, und auch aus dem klerikalen Bereich ist Zuzug angemeldet worden.

Die Neuformierung der CDU vollzieht sich, wie man zusammenfassend feststellen kann, nach folgenden Leitprinzipien:

1. Nachdem sich bereits im Dezember 1963, als Folge der Übernahme der Kanzlerschaft durch Erhard, in der CDU ein Wirtschaftsrat bildete, der die Kräfte der an einer expansiven Bonner Politik interessierten Industrie erstmals politisch zusammenfaßte — wobei übrigens für die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat nicht die persönliche CDU-Mitgliedschaft des Unternehmers oder leitenden Managers notwendig ist (einige Mitglieder gehören auch der FDP an, andere sind parteilos) — hat die Konzentration der wirtschaftlichen Interessen führender Konzerne und Banken — von Abs bis Flick — in der CDU nunmehr auch zu einem neuen Organisationsplan dieser Kreise für die Gesamtpartei geführt. Da Erhard als Kanzler ohnehin der Exponent dieser Industriekreise ist, und der mit ihnen verbundenen Banken, so ist es nur logisch, wenn ihn diese Kreise jetzt auch als Parteivorsitzenden inthronisieren möchten, um damit die zentrale Kontrolle über den Parteiapparat in der Hand zu haben. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat in einem Leitartikel von Alfred Rapp diesen Gedankengang klar herausgestellt, indem sie feststellte, der Parteivorsitzende dürfe kein „Gegenkanzler" sein, dürfe sich nicht von anderen Interessen leiten lassen als denen, für die Erhard in der Union repräsentativ ist.

2. Die Industrie arrangiert sich, sichtbar über die Parteireform der CDU, auf neuer Basis mit den klerikalen und mittelständisch-autoritären Kräften, die sie als „Masse" für den Anspruch, Volkspartei zu sein, braucht und die für die funktionale Durchführung der Gesellschaftsformierung unerläßlich sind. Darum werden Erhard voraussichtlich zwei katholische Sekretäre der CDU zur Seite gestellt bei der Parteiarbeit. Ein Sekretär wird den Neuaufbau der Organisation betreiben. Ein anderer Parteisekretär, vermutlich Heck, wird sich um die ideologische Neubegründung des hohen „C" in der CDU zu kümmern haben. Das ist keine leichte Aufgabe. Denn nach dem Konzil und angesichts der bisher auch in der Bundesrepublik von der katholischen Kirche unterstützten Politik der breiten Eigentumsstreuung und der Befürwortung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer bedeutet das Einschwenken auf Erhard einen Kurs, bei dem das C weder mit Christlich noch mit Catholisch, im Zentrumssinne, sondern nur mit Conservativ zu dechiffrieren ist. Die ideologische Absicherung des auf neue Fundamente gestellten Bündnisses klerikaler Kräfte mit der Industrie kann also nur im Geiste Pius XII. erfolgen und zwar mit Betonung autoritärer „Ordnungselemente" in der Gesellschaftspolitik. Das wird mit einer Abrundung der Privilegien der kirchlichen Institutionen zu

entgelten sein. Allerdings wird die innerkatholische Diskussion nach dem Konzil eine schwere Belastung für dieses neue Bündnis sein. Denn schon heute zeichnet sich ab, daß wesentliche katholische Theologen, die auf dem Gebiet der Soziallehre und der Moraltheologie (Verurteilung des Atomkrieges und des Wettrüstens) der neuen Haltung des Vatikans folgen, deshalb ablehnend der Anpassungsneigung von Bischöfen und Kardinälen gegenüberstehen. Rom oder Bonn — das ist die Frage für den deutschen Katholizismus. Hinzu kommen die Erfahrungen aus der Diskussion um eine ähnlich autoritäre Entscheidung von Bischöfen und Kardinälen 1933, die auch den mündigen Laien heute in ihrer Problematik weithin bewußt sind.

3. Im Vertrauen auf die weiterwirkenden autoritär-antidemokratischen Ressentiments in mittelständischen, obrigkeitlich orientierten Schichten soll die CDU in ihrer Neuformierung einerseits der Ausdruck der neuen Führungselite sein, die großindustriell geprägt ist und den Klerus sowie Repräsentanten des Mittelstandes miteinbezieht (letztere vornehmlich über den antigewerkschaftlichen Affekt!). Andererseits soll die CDU eine neue Untertanenmoral entwickeln, das „Strammstehen aus höherer Einsicht", und die „nationale Leistungsgemeinschaft" als Kaderpartei organisieren und ideologisieren. Die CDU wurde unter Adenauer als Wähler- und Honoratiorenpartei verstanden. Unter Führung der Kräfte, die Erhard repräsentiert, soll sie dem neuen deutschen Großmachtstreben als Apparat, in dem die Führungselite samt ihrem Funktionärskorps mittlerer und unterer Vertrauensleute und Amtswalter erfaßt ist, zur größtmöglichen geschlossenen Effektivität verhelfen. Das alles ist nur erreichbar über einen weitgehenden Abbau der im Grundgesetz verankerten demokratischen Struktur der Bundesrepublik. Darum braucht die CDU als Regierungs- und Staatspartei die Notstandsverfassung als Machtmittel. Darum gräbt sich jede demokratische Opposition ihr eigenes Grab, die ihr dazu mitverhilft.

Steht dieser Formierung der CDU eine Gruppierung der Kräfte gegenüber, welche die plurale Demokratie in der Bundesrepublik verteidigen, die Notstandsverfassung abwehren, die Meinungsfreiheit befestigen oder wiederherstellen möchten? Die oppositionelle Alternative in der SPD, wie sie sich etwa beim schleswig-holsteinischen Landesparteitag spontan Bahn brach, die liberal-humanitäre Alternative, die auch in der FDP noch virulent ist, die nicht mehr aufzuhaltende breite Diskussion über Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Wirtschaft, all das sind Zeichen, daß die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik nicht bereit sind, ihre Bürgerrechte der autoritär manipulierten Herrschaft von Volkskanzler und Volkspartei-Führer widerstandslos zu opfern. Immer mehr verbreitet sich das Bewußtsein: Die Union der festen Hand will den Prozeß einer sich in Freiheit entfaltenden Demokratie verhindern. Insofern verdient die Umstrukturierung in der Führungsspitze der CDU die Aufmerksamkeit aller Demokraten. Denn damit wird ein „Modell für die Zukunft" geschaffen, wie Egon Klepsch, der Sprecher der Jungen Union, treffend bemerkt. Dieses Modell aber darf nicht identisch mit der (Notstands-)Verfassung des Staates werden.

Dr. Oswald A. Kohut

Neue Wege der Deutschland-Politik

I.

In den vergangenen Wochen rauschte es so sehr im deutschen Blätterwald, daß man meinen mochte, es wehe ein frischer Wind. Das „Spiegel"-Gespräch mit dem Bundesvertriebenenminister Johann Baptist Gradl, die gereizte Reaktion Wenzel Jakschs, Präsident des Bundes der Vertriebenen und SPD-Bundestagsabgeordneter, ungehaltene Stimmen in der CDU/CSU und die divergierenden Äußerungen der Fraktionssprecher anläßlich der Ausschuß-Sitzungen in Berlin erweckten den Eindruck, als beginne nun wirklich eine inhaltliche Diskussion über neue Wege der Deutschland-Politik. Was ist aber wirklich geschehen? Beginnen wir bei dem Auslöser, dem „Spiegel"-Gespräch mit Minister Gradl. In den Ausführungen des Ministers gibt es nur einen einzigen Satz, der von dem sonst üblichen offiziellen Sprachgebrauch in Wiedervereinigungs- und Grenzfragen abweicht. Ich zitiere diesen Satz: „Aber was wir dabei haben wollen, ist doch die Sicherheit, daß Opfer, die wir anbieten oder bringen, auch wirklich honoriert werden. Wenn man was auf den Tisch legt, ob das also der Verzicht auf eine bestimmte Waffenart oder der Verzicht auf irgendein Stück ostdeutschen Landes ist, um Beispiele zu nennen, oder ob das eine große wirtschaftliche Leistung ist, wie kompakte Industrieausrüstungen oder was weiß ich, dann muß man wissen, ob und wie sich das auszahlt."

Alles, was Herr Gradl sonst sagte, ist die Wiederholung des seit Jahren bekannten Standpunktes der Bundesregierung: Rechtsanspruch auf die Einheit Deutschlands innerhalb der Grenzen von 1937, Forderung freier Wahlen als Voraussetzung der Entspannung in Mitteleuropa. Gewiß, die Diktion ist ein wenig anders geworden, sozusagen unschärfer an den Rändern, so daß man das eine oder andere heraushören mag, wenn man will. Aber handfest ist doch lediglich dieser Satz von den Opfern. Eine große schweizerische Tageszeitung bemerkt dazu ironisch: „Der ausländische Beobachter wird sich die Frage stellen, ob Gradl nicht opfern will, was er gar nicht besitzt; denn sowohl der angedeutete Verzicht auf ‚eine bestimmte Waffengattung' (lies Atom-Waffen) wie auch der mögliche Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze, die seit zwanzig Jahren ‚unter polnischer Verwaltung' stehen, dürften im Gespräch mit dem Osten keine wirklichen Trumpfkarten mehr darstellen ... So wirkt bei nüchterner Betrachtung die Liste von Verzichten, die Gradl anbietet, zwar weniger illusionär als die bis vor kurzem verfochtene ‚Politik der Stärke', aber es bleibt doch wohl eine kühne, allzukühne Hoffnung (um nicht zu sagen Illusion), wenn Gradl meint, Trumpfkarten in der Hand zu haben." Dabei hat Minister Gradl gar nicht von einem Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie gesprochen, sondern nur von irgendeinem Stück deutschen Landes — und später sagte er ganz klar, daß eine Versöhnungsgrenze mit Polen nicht die Oder-Neiße-Grenze sein solle, daß er also von Polen Gebietsrückgaben erwartet, wenn wohl auch nicht in dem Umfang der Grenzen von 1937. Die polnischen Kommentare zeigten, daß man in

Warschau auch diese verminderten Restitutionswünsche als deutschen Revanchismus betrachtet. Und fast ist das ebenso, als hätte Frankreich nach 1871 das halbe Elsaß-Lothringen zurückgefordert.

So erfreulich es ist, wenn überhaupt im Hinblick auf einen zukünftigen Friedensvertrag von Verhandlungsobjekten gesprochen wird, so falsch ist doch der Ansatz Minister Gradls politisch. Kurz nach Kriegsende hätte man vielleicht noch über die endgültige Grenzziehung in Mitteleuropa sprechen können. Mehr als zwanzig Jahre danach kann ein Friedensvertrag den neuen Nachkriegs-statusquo nicht mehr herstellen, sondern nur noch feststellen. Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen: Polen, die in Breslau und Schweidnitz und Glogau als Vaterstadt und Heimat großgeworden sind, Schlesier und Ostpreußen, die in München und Kaiserslautern und Dortmund geboren wurden und zur Schule gingen. Jedes weitere Jahr verschiebt die Perspektive ein Stückchen mehr — das ist einfach ein menschliches und primär gar kein nationales oder politisches Problem. Politisch wird es erst dann, wenn nun ein polnischer Ministerpräsident diese junge Generation wieder wie die ihrer Väter entwurzeln sollte, wenn ein deutscher Kanzler Millionen junger Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung, aus ihrem Freundes- und angeheirateten Familienkreis heraus-, von ihrer Arbeitsstätte wegreißen und repatriieren wollte — repatriieren in ein Vaterland, das ja gar nicht das ihre, sondern nur das ihrer Eltern oder Großeltern ist. Dieser Aspekt zeigt, wie schwer und leidvoll für viele es sein würde, den territorialen Status quo nach so langer Zeit noch zu ändern; er zeigt, daß es — Recht oder Unrecht — tatsächlich ein Erdauern des Bestehenden gibt, so wie das Bürgerliche Recht einen Anspruch aus Ersitzung kennt (§§ 900 und 937 ff. BGB).

II.

Die Lösung der Deutschland-Frage kann und darf nicht vorrangig von der Regelung der Grenzfragen abhängig gemacht werden, wenn überhaupt eine Lösung angestrebt wird. Denn es ist unrealistisch, eine Änderung des territorialen Status quo in Europa für möglich zu halten. Vielmehr sollten wir anstreben, zunächst einen gesamtdeutschen Zusammenhang über eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung zu schaffen, in deren Rahmen auch ein deutscher Friedensvertrag stehen könnte. Daß uns zur Annäherung zwischen den beiden Deutschland (wenn wir hier einmal von der Möglichkeit des direkten Gesprächs mit Ostberlin absehen wollen), nur noch der Weg über eine europäische Friedensordnung bleibt, scheint allmählich in unser politisches Bewußtsein zu dringen; jedenfalls scheint das auch Minister Gradl einzusehen: „Ich glaube, daß die Entscheidung über eine Friedensordnung in der Mitte Europas — und darum geht es bei der Wiedervereinigung — eine Antwort auf viele Fragen bringen muß, die sich zugleich stellen."

Die Elemente einer solchen Friedensordnung sind in zahlreichen früheren Vorschlägen und Entwürfen aus West und Ost längst dargelegt worden, so daß eine ausreichend breite Diskussionsgrundlage für konkrete Erwägungen durchaus besteht; diese Elemente schließen ein:

1. Schaffung einer atomwaffenfreien, rüstungsbeschränkten Zone in Europa.

2. Errichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems durch Nichtangriffsvereinbarungen der europäischen Staaten und durch Abbau der Militärblöcke.

3. Garantie der Weltmächte und der UNO für die Integrität der am europäischen Sicherheitssystem beteiligten Staaten und für den Status quo in Europa.

4. Engere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Staaten des europäischen Sicherheitssystems.

5. Vereinbarung der an dem europäischen Sicherheitssystem beteiligten Staaten über eine interne Finanz- und Kreditpolitik sowie über den allmählichen Abbau der Zollschranken; Erleichterungen des Reiseverkehrs.

6. Im Rahmen des europäischen Sicherheitssystems besondere Vereinbarungen über die Förderung des innerdeutschen Handels und der innerdeutschen Beziehungen.

7. Kooperation bei der Übernahme großer Aufbauprogramme in den Entwicklungsländern.

8. Schaffung beratender und planender gesamteuropäischer Gremien für gemeinsame Aufgaben.

Daß dieses entspannte Europa zugleich ein Sicherheits- und Freundschaftsfaktor für die Weltmächte USA und Sowjetunion und eine wichtige Stütze für die Entwicklungsländer wäre, braucht nicht eigens betont zu werden. Auch könnte sich hier in engem Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung eine echte Koexistenz und Kooperation verschiedener Wirtschafts- und Sozialsysteme bewähren.

III.

Damit komme ich zurück zur Deutschlandfrage. Wenn wir von der Voraussetzung ausgehen, daß eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands zunächst in lockerer Kooperation später auch in gebundeneren Formen nur im Zusammenhang eines europäischen Sicherheitssystems und einer europäischen Friedensordnung möglich ist, so ist damit zugleich gesagt, daß ohne eine solche Annäherung auch eine stabile Befriedung Europas nicht verwirklicht werden kann. Im Dezemberheft 1965 dieser Zeitschrift habe ich angeregt, der Vorschlag zu einer europäischen Sicherheitskonferenz möge von der Bundesrepublik ausgehen. Es sieht nicht so aus, als ob wir von der gegenwärtigen Bundesregierung eine solche Initiative erwarten dürften. Indessen müssen wir zum mindesten darauf bestehen, daß sie sich einer solchen Initiative, wenn sie zum Beispiel von neutraler Seite käme — etwa von Schweden oder Finnland —, nicht widersetzt. Im Rahmen einer solchen Konferenz würden Vertreter beider deutschen Staaten zwanglos zusammenkommen und miteinander sprechen können; die Bundesregierung hätte so ohne Prestigeverlust eine Chance, endlich ihren eigenen Schatten zu überspringen und die verhängnisvolle Weigerung, von der Existenz der DDR diplomatisch Kenntnis zu nehmen, sang- und klanglos unter dem Tisch verschwinden zu lassen. Denn diese Weigerung hat uns bisher jeder Möglichkeit beraubt, in der Deutschlandfrage einen Schritt weiter zu kommen.

Gewiß bestehen schwere psychologische Hemmungen, mit der Regierung in Ostberlin direkte Verhandlungen aufzunehmen. Darum wäre der Umweg einer internationalen Konferenz, die die Sprecher beider deutscher Staaten zueinander führt und an deren endgültigem vertraglichem Ergebnis beide Deutschland als voll

verantwortliche Vertragsteilnehmer beteiligt sind, vielleicht der einfachste Weg zu einer Annäherung. Erwächst aus einem europäischen Sicherheitssystem im Laufe der Zeit dann eine umgreifende europäische Friedensordnung im Sinne der oben aufgezeigten Kooperation, so sind daran beide Deutschland gleichmäßig beteiligt — und der Abbau der zwischen ihnen bestehenden Schranken vollzöge sich im Rahmen eines gesamteuropäischen Annäherungsprozesses. Ein engeres Zusammenwachsen der sprachlich und kulturell verbundenen Staatsgebilde im Osten und Westen Deutschlands ergäbe sich wie von selbst, wenn im Rahmen eines engeren wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs innerhalb Gesamteuropas diese nationale Zusammengehörigkeit deutlicher hervorträte. Wesentlich ist einfach dies, daß keiner der beiden Teile Deutschlands das Mißtrauen hat, der andere wolle ihn unterhöhlen oder annektieren. Denn solange ein solcher gegenseitiger Verdacht besteht, werden die psychologischen und tatsächlichen Schranken nicht abgebaut werden können. Vertrauen aber wird nicht spontan gewonnen, es braucht dazu äußere Stützen und Garantien. Als erstes ist es darum notwendig, daß die Bundesregierung auf Atomwaffen in jeder Form verzichtet und ihre Notstandspolitik ad acta legt. Denn beides, Atomwaffen und Notstandsgesetze, zerstört den letzten Funken Hoffnung in der Wiedervereinigungsfrage und blockiert jeden Fortschritt in der Frage der europäischen Sicherheit.

Es ist heute leichter, eine Annäherung zwischen den verfeindeten deutschen Staaten herbeizuführen, wenn zunächst durch Abrüstungs- und Nichtangriffsvereinbarungen bei unterstützender Mitwirkung internationaler Institutionen die Furcht der Deutschen voreinander gebannt wird. Der Abschluß eines europäischen Sicherheitsvertrags unter Einschluß der beiden Deutschland, garantiert durch die Großmächte, bietet sich darum als ein für alle Beteiligten befriedigender erster Schritt auf diesem Wege an. Innerhalb eines solchen Sicherheitssystems braucht man weder in Bonn noch in Ostberlin Furcht vor der Aggressivität des anderen zu haben, man kann mit dem Vertragspartner eines solchen Systems leichter sprechen, man kann im Rahmen einer solchen Koordination auf internationaler Ebene die selbstverständlichen Schritte unbefangener tun. Gewiß ist es kein Ruhmesblatt deutscher Geschichte, wenn Deutsche mit Deutschen durch die Vermittlung Fremder sprechen müssen; doch ehe wir in der Sackgasse verharren, in die wir geraten sind, ist ein solch kläglich anmutender Ausweg vorzuziehen.

Aber selbst dazu muß die Bundesregierung ein wenig die Tonart ändern, in der sie zu sprechen gewohnt ist. Erst im Januar dieses Jahres hat Staatssekretär Carl Krautwig in einem Kommentar über RIAS-Berlin kategorisch erklärt: „Es gibt keine zwei deutschen Staaten. Weil das so ist, kann Herr Ulbricht für eine deutsche Regierung kein Verhandlungspartner sein." Nun, bei innerdeutschen Gesprächen über Passierscheinabkommen und Handelsaustausch mag dieser Standpunkt gerade noch aufrecht zu erhalten sein, obwohl die Welt unserem schon notorischen Starrsinn mit immer stärkerem Kopfschütteln begegnet. Auf internationaler Ebene jedoch, wenn es um den Abschluß eines gesamteuropäischen Sicherheitsabkommens geht, wird die Bundesregierung nicht darum herumkommen, die Regierung der DDR als Verhandlungspartner anzuerkennen. Solange sie das nicht tut, gibt es keine europäische Friedensordnung, denn die DDR liegt nun einmal innerhalb des betroffenen Gebiets, und niemand als ihre Regierung — möge sie nun frei gewählt sein oder nicht, möge sie anerkannt sein oder nicht — kann für sie verbindliche Abmachungen treffen. Irgendwann werden wir uns also einmal bequemen müssen, die Vertreter der DDR auf internationaler Ebene als gleichberechtigt mitsprechende Partner zu akzeptieren. Wenn Herr Krautwig sagt: „Die Anerkennung der Sowjetzone wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht

auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes", so ist das einfach eine Selbsttäuschung. Die Nichtanerkennung hat uns seit 17 Jahren der Wiedervereinigung um keinen Zentimeter näher gebracht; im Gegenteil, es sind daraus im Laufe der Jahre nur immer neue Hemmnisse für die Einheit Deutschlands entstanden, die beiden Teile sind institutionell und bewußtseinsmäßig immer weiter auseinandergewachsen. Eine Revision der bisherigen Linie wäre längst an der Zeit; warum sollte sie nicht am leichtesten im Rahmen einer europäischen Friedens- und Sicherheitskonferenz vorzunehmen sein?

Horst Heiden

Im Schatten der EWG-Krise

Das Echo auf die Luxemburger Tagung des EWG-Ministerrats erweckt den Eindruck, als ob das Verhandlungsergebnis sehr unterschiedliche Interpretationen zuließe. Diese Vielfalt der Deutungen findet sich nicht allein in den Pressekommentaren. Auch die beteiligten Regierungen selbst ziehen aus den Vereinbarungen von Luxemburg voneinander abweichende, nicht selten gar einander widersprechende Folgerungen. Während etwa Bundesaußenminister Schröder einen Erfolg seiner Verhandlungsführung registrierte, die sich hart am Text der Römischen Verträge orientierte, verlautet aus Paris, daß nunmehr für Frankreich die Voraussetzungen geschaffen seien, seine nationalen Interessen wahren und dennoch weiterhin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören zu können. Eine bemerkenswerte Erklärung, wenn man bedenkt, was die französische Regierung bislang als Voraussetzung für die weitere Mitarbeit in der Gemeinschaft verlangt hatte: die Nichtanwendung jener Vertragsbestimmung über die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen anstelle des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat und eine weitgehende Entmachtung der EWG-Kommission.

In Sachen Hallstein-Kommission hat der französische Verhandlungsführer Couve de Murville einen beachtlichen Teilerfolg erzielt. Die selbstherrliche Aktivität der Kommission, durch die sich vor allem der französische Staatspräsident nicht ohne Grund provoziert fühlte, ist durch eine Art Voraus-Veto eingeschränkt worden. Künftig ist die Kommission gehalten, wichtige Vorlagen an den Ministerrat zuerst mit den nationalen Regierungen zu beraten und abzustimmen. Diese Vereinbarungen ändern zwar formal das vertraglich fixierte Vorschlagsrecht der Kommission nicht, sie sorgen in der Praxis jedoch dafür, daß Einwände einzelner Regierungen von vornherein berücksichtigt werden müssen. Rein protokollarisch drückt sich diese Rückstufung darin aus, daß neuernannte EWG-Botschafter ihr Beglaubigungsschreiben in Zukunft nicht mehr allein dem Präsidenten der Kommission, sondern nun auch einem Vertreter des Ministerrats überreichen. Dar-

auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes", so ist das einfach eine Selbsttäuschung. Die Nichtanerkennung hat uns seit 17 Jahren der Wiedervereinigung um keinen Zentimeter näher gebracht; im Gegenteil, es sind daraus im Laufe der Jahre nur immer neue Hemmnisse für die Einheit Deutschlands entstanden, die beiden Teile sind institutionell und bewußtseinsmäßig immer weiter auseinandergewachsen. Eine Revision der bisherigen Linie wäre längst an der Zeit; warum sollte sie nicht am leichtesten im Rahmen einer europäischen Friedens- und Sicherheitskonferenz vorzunehmen sein?

Horst Heiden

Im Schatten der EWG-Krise

Das Echo auf die Luxemburger Tagung des EWG-Ministerrats erweckt den Eindruck, als ob das Verhandlungsergebnis sehr unterschiedliche Interpretationen zuließe. Diese Vielfalt der Deutungen findet sich nicht allein in den Pressekommentaren. Auch die beteiligten Regierungen selbst ziehen aus den Vereinbarungen von Luxemburg voneinander abweichende, nicht selten gar einander widersprechende Folgerungen. Während etwa Bundesaußenminister Schröder einen Erfolg seiner Verhandlungsführung registrierte, die sich hart am Text der Römischen Verträge orientierte, verlautet aus Paris, daß nunmehr für Frankreich die Voraussetzungen geschaffen seien, seine nationalen Interessen wahren und dennoch weiterhin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören zu können. Eine bemerkenswerte Erklärung, wenn man bedenkt, was die französische Regierung bislang als Voraussetzung für die weitere Mitarbeit in der Gemeinschaft verlangt hatte: die Nichtanwendung jener Vertragsbestimmung über die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen anstelle des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat und eine weitgehende Entmachtung der EWG-Kommission.

In Sachen Hallstein-Kommission hat der französische Verhandlungsführer Couve de Murville einen beachtlichen Teilerfolg erzielt. Die selbstherrliche Aktivität der Kommission, durch die sich vor allem der französische Staatspräsident nicht ohne Grund provoziert fühlte, ist durch eine Art Voraus-Veto eingeschränkt worden. Künftig ist die Kommission gehalten, wichtige Vorlagen an den Ministerrat zuerst mit den nationalen Regierungen zu beraten und abzustimmen. Diese Vereinbarungen ändern zwar formal das vertraglich fixierte Vorschlagsrecht der Kommission nicht, sie sorgen in der Praxis jedoch dafür, daß Einwände einzelner Regierungen von vornherein berücksichtigt werden müssen. Rein protokollarisch drückt sich diese Rückstufung darin aus, daß neuernannte EWG-Botschafter ihr Beglaubigungsschreiben in Zukunft nicht mehr allein dem Präsidenten der Kommission, sondern nun auch einem Vertreter des Ministerrats überreichen. Dar-

über hinaus sind die Tage der Kommission in ihrer bisherigen Form ohnehin gezählt. Frankreich fordert die Fusion der drei europäischen Gemeinschaften EWG, Euratom und Montanunion bis zum 30. Juni dieses Jahres. Ein Zusammenschluß macht die Bildung eines neuen Spitzengremiums notwendig. Es ist fraglich, ob Prof. Hallstein der in Aussicht genommenen Vierzehner-Kommission angehören wird.

Die Hauptsorge de Gaulles galt der Ablösung des Einstimmigkeitsprinzips bei den Entscheidungen des Ministerrats. Die Römischen Verträge sehen die Einführung der Mehrheitsbeschlüsse mit dem ursprünglich für den 1. Januar 1966 konzipierten Übergang der Gemeinschaft in ihre dritte und letzte Entwicklungsphase vor. Rechtzeitig hat de Gaulle klargemacht, daß er sich dieser Vertragsbestimmung nicht beugen wird. In seiner Pressekonferenz vom 9. September 1965 kündigte er Widerstand dagegen an, „daß man Frankreich in jeder wirtschaftlichen und folglich auch sozialen, ja oft sogar politischen Frage etwas aufzwingen könnte".

In Luxemburg hat es in dieser Frage keine Einigung gegeben. Die anderen fünf EWG-Partner zeigten sich zu einer Änderung des Vertragstextes nicht bereit. Das offizielle Verhandlungsdokument registriert die Unvereinbarkeit der Standpunkte: „Die sechs Delegationen stellen fest, daß in der Frage, was geschehen sollte, falls die Verständigung (über ein einstimmiges Einvernehmen) nicht vollständig zum Ziel führt, weiterhin unterschiedliche Meinungen bestehen."

Dieser Passus widerspiegelt das Dilemma, in dem sich die Gemeinschaft auch nach Luxemburg befindet. Bei wichtigen Fragen von nationalem Interesse — und der Arbeitsplan der EWG für die nächsten Monate enthält eine ganze Reihe von Aufgaben dieser Kategorie — kann es jederzeit zu einer neuerlichen Blockierung der Zusammenarbeit kommen. Ein Zustand, den ein niederländischer Abgeordneter mit der Feststellung, die Wirtschaftsgemeinschaft agiere auf einer Zeitbombe, treffend charakterisierte.

Es soll hier nicht die magnetische Wirkung unterschätzt werden, die auf alle Mitglieder der EWG im wirtschaftlichen Bereich wirkt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß ihre bisherige Zusammenarbeit in der Wirtschaftsgemeinschaft ein hohes Maß an gegenseitiger Abhängigkeit geschaffen hat. Für jedes der Mitglieder wäre ein Ausbrechen aus dem Block mit sehr ernsten Folgen verbunden. Sicher ist hier auch der Grund dafür zu suchen, daß Frankreich trotz schwerwiegender Bedenken seinen sieben Monate währenden Boykott der EWG-Gremien abgebrochen hat. Die wirtschaftliche Klammer ist stark. Sie ist aber nicht stark genug, um jene harmonische Entwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft zu garantieren, von der in den Römischen Verträgen die Rede ist. Im Gegenteil: Für die Entwicklung der EWG gilt, daß mit dem Betreten immer höherer Integrationsstufen der Interessengegensatz zwischen den Staaten offenkundiger, das Bestreben einzelner Mitglieder, der Gemeinschaft ihren Stempel aufzudrücken, immer deutlicher wird.

Die Regierungen der sechs Staaten haben seit den Gründungsverhandlungen darüber gewacht, daß die Interessen ihrer maßgeblichen Wirtschaftskreise optimal berücksichtigt wurden. De Gaulle beklagt, daß die Regierungen der Vierten Republik sich nur sehr unzureichend durchgesetzt haben. In seiner bereits zitierten Pressekonferenz stellte er fest: „Die drei Verträge, welche die Montanunion, Euratom und den Gemeinsamen Markt bilden, wurden vor dem Wiederaufstieg Frankreichs von 1958 abgeschlossen. Diese drei Verträge berücksichtigen daher vor allem das, was die anderen forderten." Nicht ohne Erfolg war de Gaulle in

den vergangenen Jahren bemüht, diese Situation zugunsten Frankreichs zu ändern. Die Position der großen französischen Konzerne auf dem Markt der Gemeinschaft hat sich gefestigt; der auf eine schnelle Erweiterung ihrer Absatzmärkte angewiesenen Landwirtschaft Frankreichs versprach der Staatschef die baldige Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes. In Luxemburg ist dieses Problem, an dem sich Mitte des vorigen Jahres die offene Krise der EWG entzündet hatte, mit Vorrang auf die Arbeitsliste gesetzt worden.

Dennoch fühlt sich de Gaulle durch die expansive Politik der stärksten Macht in der EWG bedrängt. Das große Wirtschaftspotential der Bundesrepublik, die starke Stellung deutscher Großfirmen auf dem Markt der Sechsergemeinschaft erscheint ihm um so bedrohlicher, als durch die enge Verflechtung der deutschen und der amerikanischen Wirtschaft die Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie in der Tat stark beeinträchtigt wird. Dieser ökonomischen Verfilzung entspricht im politischen Bereich die enge Bindung Bonns an Washington. Es spricht für das nüchterne Urteilsvermögen des französischen Staatschefs, daß er früh erkannt hat, wie stark eine amerikanisch beeinflußte Vormachtstellung der Bundesrepublik in der EWG die nationale Souveränität Frankreichs, seine wirtschaftliche und seine außenpolitische Position, einschränken würde. Der Boykott der EWG durch Frankreich, der auf der atlantischen Ebene begleitet wurde von einer schrittweisen Distanzierung von der NATO, war eine ernste Warnung vor einer Fortsetzung dieses Kurses.

Hatte diese Warnung den gewünschten Erfolg? Die Konferenz von Luxemburg hat erkennen lassen, daß die entscheidenden Gegensätze nach wie vor weiterbestehen. Zwar ist das Interesse aller Seiten, die wirtschaftlichen Vorteile der Gemeinschaft zu nutzen und die bewährten Formen der Zusammenarbeit nicht verkümmern zu lassen, unverkennbar. Nicht minder deutlich aber zeichnet sich die Unvereinbarkeit der Vorstellungen über Inhalt und Form einer weitergehenden politischen Integration ab. Hier ist der weiteren Entwicklung vorerst ein fester Riegel vorgeschoben. Nachdem de Gaulles Hoffnungen auf Lösung des engen Verhältnisses Bonn—Washington, die in der Vorbereitungszeit des deutsch-französischen Freundschaftspaktes in Blüte standen, durch die Haltung der Bundesregierung enttäuscht worden sind, verwirft Paris jeden Gedanken an eine Verschmelzung der westeuropäischen Staaten. Im Zuge des auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene ausgetragenen Konkurrenzkampfes gegen das Machtstreben der USA und der Bundesrepublik ist zudem in Paris eine Interpretation des Europa-Begriffes entwickelt worden, die sich von der in der Bundesregierung vorherrschenden Meinung stark unterscheidet. Geht man in Bonn von einem eng an die USA gebundenen westeuropäischen Block aus, der die führende Rolle des wirtschaftlich mächtigsten und auch militärisch nach Großmachtattributen strebenden bundesdeutschen Mitglieds anerkennt, so hat de Gaulle zur Stärkung der französischen Position die Ausschaltung der Amerikaner und eine gewisse Öffnung nach Osten in sein Konzept aufgenommen.

Paris praktiziert den sozialistischen Staaten gegenüber eine vergleichsweise aufgeschlossene Politik. Hier wird de Gaulles Absicht erkennbar, „eine konstruktive Verständigung vom Atlantik bis zum Ural" zu fördern, um dem ganzen Europa wieder eine gemeinsame politische Funktion zu geben. Auch bei einer realistischen Einschätzung der tiefgreifenden Gegensätze zwischen den gesellschaftspolitisch verschieden orientierten europäischen Staaten, wird man die Möglichkeit einer für alle nützlichen Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet und vor allem auch auf dem Felde der Sicherheitspolitik nicht leugnen

können. Es ist eine Tatsache, daß de Gaulles initiative Politik gegenüber Staaten des Ostens Frankreichs außenpolitische Position innerhalb des Westens verstärkt hat. Paris wird diesen Gewinn nicht verspielen, indem es sich auf die kleineuropäische Konzeption der Bundesregierung zurückzieht.

An dieser Schwelle enden zur Zeit alle Vorstöße zu einem politischen Ausbau der EWG. Und hier läßt auch das Verhandlungsergebnis der Luxemburger Ministerratstagung nur eine Auslegung zu. Die Verhandlungspartner haben sie mit dem Eingeständnis, sich über zentrale Fragen der politischen Struktur der Gemeinschaft nicht einigen zu können, selbst in prägnanter Form formuliert.

Obgleich sie sich derzeit in den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht oder nur schwach repräsentiert finden, machen sich progressive politische Kreise in den EWG-Ländern Gedanken darüber, wie die Wirtschaftsgemeinschaft aus ihrer Stagnation befreit werden kann. Die Erkenntnis drängt sich auf, daß das nur dann gelingen kann, wenn der EWG eine neue, positive politische Aufgabe gestellt wird. Nicht die wirtschafts- und handelspolitische Abkapselung von anderen Ländern, die systematische, stetig verschärfte Diskriminierung von Staaten, die der EWG nicht angehören, sollte nach den Befürwortern einer Reform die Praxis der Gemeinschaft sein. Statt dessen soll eine freie Entfaltung des Handels auch zu den Staaten des Ostens auf dem Programm der EWG stehen. Die Wirtschaftsgemeinschaft, die in ihrer derzeitigen Form eine ausgeprägte Korporation der monopolistischen Unternehmensgruppen und der Hochfinanz darstellt, soll mit einem starken sozialen Inhalt ausgefüllt werden. Das kann nicht allein über eine endlich notwendige Respektierung der Verbraucherinteressen erreicht werden, sondern muß gleichzeitig durch eine institutionelle Verankerung der Gewerkschaften in der Gemeinschaft garantiert sein. Eine unerläßliche Voraussetzung für eine Reform der EWG ist schließlich die Schaffung eines wirksamen, mit realen Vollmachten ausgestatteten parlamentarischen Kontrollorgans der Gemeinschaft.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß Überlegungen und Forderungen dieser Art in der Bundesrepublik noch besonders schwach entwickelt sind. Das liegt vor allem an der Konformität der offiziellen sozialdemokratischen Europa-Politik mit der Regierungsmeinung und an der auffälligen Zurückhaltung der Gewerkschaften in dieser Frage. In anderen EWG-Staaten, etwa in Italien oder Frankreich, wird die Diskussion über eine demokratische Reform der Wirtschaftsgemeinschaft weit intensiver geführt. In der Bundesrepublik sollte man die offenkundige Krise der EWG zum Anlaß nehmen, um sich an diesen notwendigen und für uns wichtigen Beratungen stärker als bisher zu beteiligen.

Jochen Willke

Stirbt die Pressefreiheit aus?

Zwischen Selbstzensur und Sprachregelung: Vorteile und Gefahren der Konzentration im Zeitungsgewerbe

Ein angesehener Publizist, grau geworden im Einsammeln bitterer Erfahrungen, mehr dem konservativen als liberalen Lager zuzurechnen, hat kürzlich geäußert, in der Bundesrepublik sei die Pressefreiheit nur noch eine Sache von fünfzig reichen Leuten, die sich in den Besitz der großen Verlage teilen. Sie nämlich bestimmen, was gedruckt und was nicht gedruckt werden darf. Das ist gewiß eine harte Feststellung, und wenn sie, wörtlich genommen, im Detail auch nicht zutrifft, so zeigt sie doch die Tendenz an, die die Entwicklung unseres Pressewesens kennzeichnet. Es ist der unaufhaltsame Zug zur Konzentration, wie er seit einigen Jahren typisch ist für alle Zweige der Wirtschaft, Konzentration in Verbindung mit der Anhäufung von Macht.

Nur wer die Augen vor der Wirklichkeit verschließt oder wer die Konsequenzen einer solchen Entwicklung verharmlosen möchte, wird leugnen wollen, daß sich hier ganz zweifellos — nicht im Grundsätzlichen, wohl aber in der täglichen Praxis — eine Einschränkung, ja sogar eine Bedrohung der Presse- und Meinungsfreiheit anbahnen kann. Denn in vielen Fällen ist Pressefreiheit heute schon nichts anderes als „Verlegerfreiheit", das heißt, nicht die für den Inhalt der Zeitung verantwortlich zeichnenden Redakteure, sondern die Besitzer der Zeitung entscheiden in letzter Instanz, wie der Leitartikel zu schreiben ist und ob eine Meldung kritischer Natur veröffentlicht wird oder nicht. Um wieviel mehr wäre Pressefreiheit ausschließlich Verlegerfreiheit, wenn in Zukunft einige wenige Konzernleitungen einem Heer von angestellten Journalisten vorschreiben würden, was sie zu tun und was sie zu lassen haben. Man möge das nicht falsch verstehen: Das soll keineswegs ein Werturteil gegen die Verleger oder eine Polemik gegen sie sein. Diese Behauptung gilt lediglich der Offenlegung eines oft verschwiegenen Tatbestandes: daß die Pressefreiheit nicht mehr nur an zwei, sondern an drei Fronten verteidigt werden muß, gegen den Staat, gegen ihre Selbstverstümmelung durch die Journalisten und gegen die Folgen der wirtschaftlichen Konzentration. Davon ist im Bilderbuch der Demokratie freilich nicht die Rede.

Die Sorge um die Pressefreiheit ist also von vielen Gesichtspunkten aus berechtigt, und sie sollte ausnahmslos uns alle beschäftigen. Denn wo das freie Wort stirbt, kann die Demokratie nicht leben.

Viel zu wenig Information

Wenden wir uns zunächst der aktuellen Frage zu, wie es in der Bundesrepublik gegenwärtig um die Meinungs- und Pressefreiheit bestellt ist, wohlgemerkt um ihre praktische Seite. Das geht nicht ohne diese Vorbemerkung: Im Verkehr zwischen Journalisten und Administration gilt es weithin als unschicklich, ja man nennt es „naseweis", einem Regierungs- oder Behördenchef zu wider-

sprechen, ihm unbequeme Auskünfte abzuverlangen und Nein zu sagen, wenn die anderen Ja sagen. Dagegen gehört es zum journalistischen Wohlverhalten, unangenehme oder unerfreuliche Tatsachen — wie bei einer Familienfeier — unausgesprochen zu lassen. Aus Angst vor Unannehmlichkeiten und vor persönlichen Nackenschlägen wird nur zu oft freiwillig auf die Ausübung der Meinungsfreiheit verzichtet, innerhalb wie außerhalb der Presse. Zivilcourage ist Mangelware. Um nicht anzuecken, bleiben viele schon wieder schweigsam, wo sie reden oder schreiben müßten.

Und nun zum ersten Punkt: Werden wir durch die Zeitungen im Sinne der Pressefreiheit ausreichend, sachlich und objektiv informiert, oder sind die Nachrichten politisch zweckgebunden formuliert, ideologisch gefärbt, unvollständig, freiwillig vorzensiert? Mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß es rühmliche Ausnahmen gibt, möchte ich ganz allgemein behaupten, unsere Informierung durch Presse und Radio ist bei wesentlichen Vorgängen nicht bloß unzureichend und ungenau, sondern in der Tat ideologisch verzerrt und zuweilen mehr politische Propaganda als objektive Unterrichtung. Vorbild an zuverlässiger und gediegener Information ist immer noch die Londoner Presse.

So berichten selbst unsere größeren Tageszeitungen über den Krieg in Vietnam fast ausschließlich nach amerikanischen Quellen (AP und UPI). Die Gegenseite kommt nur ganz selten und nie direkt zu Wort. In der „Neuen Zürcher Zeitung" dagegen werden — ähnlich wie in London — außer den US-Agenturen auch britische, sowjetische und chinesische Äußerungen im Wortlaut zitiert. Über die Schüsse zu Weihnachten an der Berliner Mauer wurde überwiegend im Propagandastil berichtet, aus Nachricht wurde in unseren Blättern Polemik, Emotionen verdrängten die nüchterne Schilderung des Vorgangs. Meldungen aus dem Ostblock sind fast immer mit der „Anti-Ideologie" gekoppelt und daher oft ohne eigentlichen Nachrichtenwert. Im Sinne des Ostens positive Ereignisse werden bei uns nur nach polemischer Abwertung veröffentlicht. Hier werden nicht von staatlichen Stellen, sondern von den Journalisten in den Redaktionen auf Grund gängiger Vorurteile Meldungen so zurechtfrisiert, daß sie als sachliche Information nicht mehr in Frage kommen. Es sei wiederholt: Rühmliche Ausnahmen vervollständigen das Bild, können es aber nicht aufhellen.

Die Folge dieser Art von Nachrichtenbearbeitung: Ein einseitig und nur mangelhaft über das Weltgeschehen informiertes Volk.

Furcht vor heiklen Themen

Der zweite Punkt dieser Inventur betrifft die weit verbreitete Scheu, in den Zeitungen Themen aufzugreifen, die beim Leser Anstoß erregen könnten, die den Inserenten womöglich nicht gefallen oder Streit mit Behörden einbringen, die also über das Konventionelle hinausgehen. Durch diese Scheu kam der „Spiegel" mit zu seinem Erfolg: Jahrelang brauchte er nur jene Themen anzupacken, zu denen den Zeitungen der Mut fehlte. Die Illustrierten befolgen dieses Rezept noch heute. Wo zum Beispiel blieb in der Tagespresse der sachliche, aufklärende Artikel über die seltsamen Wege unserer Diplomatie? Etwa über die verschlungenen Hintergründe auswärtiger Personalpolitik? Über den Fall Alexander Török oder über die illegalen Ikonenkäufe des westdeutschen Botschafters in Moskau? Wo gibt es in den Blättern, die der Sozialdemokratie nahestehen, eine Auseinandersetzung über Wenzel Jaksch und dessen höchst anfechtbaren Flüchtlings-Nationalismus? Wo werden in den überparteilichen — nach dem Firmenschild: unab-

hängigen — Zeitungen die oft recht egoistischen Ziele der großen Verbände dargelegt? Wo wird in die krassen Unzulänglichkeiten unseres privaten und öffentlichen Versicherungswesens hineingeleuchtet? Wo?

Selbstverständlich wird in den Redaktionsstuben und Redaktionskonferenzen über solche oder ähnliche Themen diskutiert, es wird sogar ihre Berechtigung anerkannt. Aber meist erscheinen sie dann doch nicht. Die Angst vor zusätzlichem Ärger dämmt den Zorn der Journalisten ein, er verleitet zur Selbstzensur und schafft im Endergebnis strenge Kataloge freiwilliger Tabus. Die Pressefreiheit verkümmert, weil sie nicht genutzt wird.

Ein besonderes Kapitel ist in diesem Zusammenhang die Arbeit der Bonner Korrespondenten. Warum ist ihre Berichterstattung oft so farblos, warum so uninteressant? Unterhält man sich persönlich mit ihnen, dann stellt man fest, daß sie viel mehr wissen, als sie in ihren Artikeln schreiben. Denn auch sie unterwerfen sich der Selbstzensur, und diese besteht in der Weglassung kritischer Tatsachen ebenso wie in der Abschwächung oder in schamhaft undeutlichen Verklausulierungen. Einmal gibt es finanzielle Abhängigkeiten vom Bundespresseamt (Kennwort: Titel 300), dann fürchten viele von ihnen, bei allzu offener Schreibweise oder profilierter Opposition wichtige amtliche Informationsquellen zu verlieren, ferner fühlen sich manche dazu verpflichtet, als bevorzugte Mitwisser politischer Intimitäten, „dem Volk" eben nicht alles mitzuteilen, was in der „Führung" erörtert wird. So kommt es, daß wichtige Vorgänge der Bonner Politik des öfteren zuerst in der Auslandspresse behandelt werden.

Weder verboten, noch erlaubt

Die Frage nach der praktischen Seite unserer Pressefreiheit mündet in die Frage, wie weit man in der Bundesrepublik nun tatsächlich seine Meinung frei äußern kann. Die Antwort darauf läßt sich nicht verallgemeinern, sie hängt vom einzelnen Fall ab. Hart und offen zu schreiben, ist nicht verboten. Doch so paradox es klingt: Was nicht verboten ist, ist noch lange nicht erlaubt. Da sich im Pressewesen eines demokratischen Staates öffentliche Aufgabe, Gemeininteresse und privates Geschäft ständig begegnen, kommt es eben immer wieder zu geschäftlicher Rücksichtnahme, die dem öffentlichen Auftrag zuwiderläuft: zur Rücksicht gegenüber Lesern, Inserenten, Geschäftspartnern. Und damit zum Verzicht auf ein verbrieftes Recht.

Ein krasses Beispiel sei hier erwähnt. Es ist relativ ungefährlich, die Regierung, eine Behörde oder einen Politiker anzugreifen. Weit mehr Ärger zieht sich der Journalist zu, der einen der mächtigen Interessenverbände angeht. Aber wehe, eine Zeitung, die weder zur SPD, noch zur Gewerkschaft gehört, erörtert die Grundelemente der Sozial- und Gesellschaftspolitik und kommt dabei zu Ergebnissen, die der herrschenden Ansicht widersprechen! Sie schafft sich einflußreiche Todfeinde. Bei der Wirtschaft und bei manchen Großinserenten erregen schon weit harmlosere Artikel als Rolf Hochhuths Pamphlet über den modernen Klassenkampf Anstoß, Ablehnung und Gegenaktionen. Nennen wir die Stichworte: Mitbestimmung oder Demokratisierung der Wirtschaft. Hier setzt sich die Lobby bis in die Redaktionen und Anzeigenabteilungen fort. Der Anzeigenkunde ist ein mächtiger Mann: Zwischen 60 und 70 Prozent der Kosten einer Zeitung werden aus dem Anzeigengeschäft gedeckt, allein die Anzeigen sichern die Rentabilität des Unternehmens.

Wodurch also ist die Pressefreiheit gegenwärtig bei uns gefährdet und welche Kräfte wirken auf sie ein?

Erstens bemühen sich Regierung und Staatsverwaltung um einschränkende Gesetze und Verordnungen, beispielsweise bei der geplanten Notstandsverfassung. Zweitens versuchen die Verbände — zum Beispiel die Grüne Front, der Bundesverband der deutschen Industrie, die Flüchtlingsorganisationen — direkt oder indirekt Druck auf die Presse auszuüben. Drittens formieren sich in allen Parteien, im Bundestag und in den Landesparlamenten politische Zirkel, die in der Pressefreiheit nicht ein notwendiges Grundrecht, sondern ein lästiges Übel sehen, das tunlichst abgeschafft werden sollte.

Hinzu kommt die Gefährdung der Pressefreiheit von innen, durch die Presse selbst. Die schon mehrfach erwähnte Eigenzensur der Journalisten wird zur Selbstverstümmelung der Pressefreiheit. Wirtschaftliche Gesichtspunkte treten an die Stelle von beruflichen Prinzipien. Ein neuer Typ des Journalisten entwickelt sich: der des tüchtigen und flotten Managers, der mit Nachrichten handelt und Schlagzeilen verkauft. Der Leitartikler fragt sich nicht mehr, was muß ich schreiben, sondern was kann, was darf ich schreiben. Die Redaktionen verlieren ihre Individualität, sie werden „ausgerichtet" auf das Gängige. Aus dem Verleger wird — von Ausnahmen abgesehen — ein Nur-Geschäftsmann, ein marktwirtschaftlicher Produzent, aus dem „öffentlichen Auftrag" ein Feigenblatt zur Verdeckung eigennütziger Interessen. Die Publizistik gerät in die Abhängigkeit von rein ökonomischen Entscheidungen.

Meinungsfreiheit eine Geldfrage

Das ist die Situation, wie der kritische Zeitgenosse sie sieht. Trotzdem möchte er seine Argumente nicht als Polemik, sondern als Analyse aufgefaßt wissen. Denn nachdem die Zeitung im demokratischen Staat ein nach geschäftlichen Methoden organisiertes Unternehmen ist, nachdem sie also den Gewinn braucht, um unabhängig bestehen zu können, muß sie zwangsläufig auch geschäftliche Interessen berücksichtigen. Nur — wo liegt nun die Grenze zwischen publizistischer Verantwortung und Geschäftstüchtigkeit? Und wann ist es soweit, daß die Pressefreiheit durch Macht- und Geldstreben gefährdet wird? Die jüngste Entwicklung im Pressewesen, die Konzentration, zwingt uns hier zu neuen Überlegungen und wahrscheinlich zu einer vollständigen Revision veralteter liberaler Anschauungen.

Um Irrtümern vorzubeugen: Nicht darum geht es, Zusammenschlüsse von Verlagen zu verhindern und die Konzentrationsbewegung zu bekämpfen. Das käme einem Ritt gegen Windmühlen gleich. Die Ausweitung der Wirtschaftsräume, Rationalisierung und Automation fordern geradezu die Konzentration heraus. Sondern es geht um die Abwendung der Gefahren, die wirtschaftliche Zusammenschlüsse mit sich bringen, also auf dem Gebiet der Presse darum, daß Konzentration die Verfügungsgewalt über die Pressefreiheit nicht auf ein paar mit Geld gesegnete Leute beschränken darf. Mit anderen Worten: Pressefreiheit darf eben nicht nur zu einer Sache von fünfzig oder vierzig oder einem Dutzend reicher Männer werden. Für uns alle heißt die sehr nüchterne Aufgabe der kommenden Jahre: Wie kann man verhindern, daß aus den Journalisten Befehlsempfänger von mehr oder weniger anonymen Konzernleitungen oder Konzernchefs werden, die nur noch das schreiben, was zehn oder zwölf Leute bestimmen? Ohne die Konzentration aufzuhalten, müssen wir nach neuen Sicherungen der Pressefreiheit suchen.

In England, wo es ähnliche Probleme gibt, denkt man an gesetzliche Beschränkungen: Kein Verleger soll seinen Zeitungsbesitz über eine genau festgelegte Auflagengrenze hinaus erweitern dürfen. Das wäre eine relativ simple Lösung, nach meinen Erfahrungen keine sehr glückliche. Ich möchte hier das in den Ohren deutscher Unternehmer so ominöse Wort „Mitbestimmung" zur Debatte stellen. Wäre es denkbar und wäre es möglich, Pressekonzerne im Sinne der „Mitbestimmungs-Industrie" zu organisieren, allerdings einer verbesserten und individuelleren Mitbestimmung, als sie bisher praktiziert wird?

Der deutsche Presserat hat vor wenigen Monaten das Thema „Konzentration" aufgegriffen und eine Materialsammlung eingeleitet. Erst wenn das Ergebnis dieser Arbeit vorliegt, also nicht vor Herbst 1966, wird man imstande sein, anhand exakter Unterlagen die Verflechtung von Konzentration und gefährdeter Pressefreiheit darzulegen. Vielleicht sollte dabei schon heute auf eine weitverbreitete Vereinfachung hingewiesen werden: Wo der Begriff „Konzentration" auftaucht, fällt der Name Axel Springer. Sicher, er wurde zur Schornsteinmarke dieser Bewegung. Aber er fand inzwischen viele Nachahmer.

Diskussion ohne Schärfe

Der Springer-Konzern kontrolliert ungefähr 40 Prozent der vergleichbaren Umsätze an den Kiosken. Damit ist außer seiner wirtschaftlichen Kraft seine publizistische und politische Macht hinreichend charakterisiert, zumal da es sich bei der Mehrzahl seiner Verlagsobjekte um Zeitungen und meinungsmachende Zeitschriften handelt. Konzern und Konzernherr — „Pressezar Axel Cäsar" — werden wegen dieser Machtkonzentration immer wieder angegriffen, und nicht immer mit sachlichen Argumenten. Das dürfte mit ein Grund dafür sein, warum die Diskussion über die Konzernbildung so persönliche Züge annahm und von vielen Mißgünstigen als Privatfeldzug gegen Springer mißverstanden wird. Aber je leidenschaftsloser wir über den Hamburger Modellfall reden, desto besser ist das für eine allgemeine Lösung über Springer hinaus. Nur dies ist unsere Aufgabe.

Entscheidend stellt sich allein die Frage, wer im Hause Springer darüber bestimmt, was veröffentlicht werden darf und was nicht. Anders ausgedrückt: Wie frei sind die Redaktionen in ihrer Arbeit, die Chefredakteure, die Leitartikler, die Kommentatoren, die Nachrichtenredakteure? Gibt es zentrale Anweisungen für sie, sogenannte „Sprachregelungen", und wenn ja, von wem kommen sie? Beherrscht der Besitzer des Verlages die Redaktionen, wie behauptet wird, lenkt er sie und bremst er sie, wendet er sich tatsächlich mit Instruktionen an sie — dann wäre allerdings die Schlußfolgerung in Sachen Presse -und Meinungsfreiheit vernichtend. Denn dann müßten wir feststellen: Ein einziger Mann bestimmt über 40 Prozent der an den Kiosken angebotenen Meinung und Information. Wohl nur eine schonungslose Befragung der Springerschen Redaktionsangestellten bis hinauf zur Spitze könnte darüber Klarheit schaffen. Sie wäre ein idealer Beitrag für die Arbeit des Presserats und für die Beantwortung unserer Frage.

Wie auch immer: Die Gefahr ist da und sollte nicht geleugnet werden. Wo der Besitzer einer Zeitung oder eines Zeitungskonzerns sich das Recht nimmt, nicht nur Richtung und Tendenz, sondern auch die Details der redaktionellen Tätigkeit festzusetzen und zu überwachen, wo er darüber hinaus — was menschlich verständlich ist — im Konfliktsfall die Interessen der Zeitung dem öffentlichen Auftrag überordnet, sind unsere bisherigen Maßstäbe reformbedürftig. Die Journalisten sollen von dieser Betrachtung nicht ausgenommen sein: Mancher Chefredakteur versteht unter Pressefreiheit nur seine eigene Meinungsfreiheit und

gibt materiellen Überlegungen den Vorzug, wie es in der heutigen Zeit allgemein üblich ist. Darum braucht die Pressefreiheit neue und sehr praktische Sicherungen, wenn sie uns nicht verlorengehen soll. Diese können der modernen Gesellschaft entsprechend nur in Gesetzen und Kontrollinstanzen bestehen.

Eine Vielfalt von Meinungen

Vermutlich werden wir, um die Pressefreiheit zu retten, Abschied nehmen müssen von dieser oder jener liebgewordenen Vorstellung aus liberalen Tagen. Wer eine Zeitung herausgibt und damit eine öffentliche Aufgabe übernimmt, wird sich gewissen Einschränkungen der Gewerbefreiheit zu unterwerfen haben, die für einen Kohlenhändler nicht erforderlich sind. Und je unübersichtlicher Querverbindungen und Fusionen im Pressewesen werden, desto mehr Offenlegung der Besitzverhältnisse und desto mehr Kontrolle wird notwendig sein. Wie diese Neuordnung, damit eine Vielfalt von Meinungen erhalten bleibt, zu bewerkstelligen wäre — darüber müssen wir diskutieren. Und darüber sollten auch diejenigen diskutieren, deren Besitz davon betroffen ist: die Verleger. Jedenfalls ist es ein Widerspruch in sich, wenn in einem modernen Industriestaat, der sich sozial, demokratisch und Rechtsstaat nennt, die Ausnutzung der Pressefreiheit, die Bestimmung über die publizistischen Mittel, abhängig wird vom Bankkonto, das heißt in den Händen einiger weniger besitzender Leute oder Verbände liegt. Im Sinne der modernen Gesellschaft kann das keine Pressefreiheit sein.

Das Problem, das sich hier nach vorn schiebt, ist nicht leicht zu lösen. Aber die Schwierigkeit einer Lösung darf die Lösung nicht unmöglich machen. Schließlich geht es um eines der wichtigsten Grundrechte unserer Verfassung. Was Karl Jaspers über die Freiheit sagt, gilt auch für die Pressefreiheit: „Notwendig ist die Sorge aller, denn sie ist das kostbarste, nie von selber zufallende, nicht automatisch sich erhaltende Gut."

Friedhelm Baukloh

Ludwig Erhard - Ein Porträt (II)

Als nach der ersten Bundestagswahl vom 14. August 1949 für die CDU/CSU sich die Koalitionsfrage stellte, gab der Kölner Bankier und Bundestagsabgeordnete Dr. Robert Pferdmenges, mit dem Adenauer bis zu dessen Tode alle wichtigen Entscheidungen abzustimmen pflegte, dem CDU-Vorsitzenden den Rat, auf der Ernennung von Ludwig Erhard zum Wirtschaftsminister zu bestehen. Damit schließe sich jede Form von Planwirtschaft automatisch aus und folglich jede Möglichkeit eines Zusammengehens von Christdemokraten und Sozialdemokraten. Pferdmenges hat aufgezeichnet, was Adenauer bei der entscheidenden Kon-

ferenz des Parteivorstandes und der Landesvorsitzenden der CDU am 21. August 1949 in seinem Rhöndorfer Heim zur Koalitionsfrage sagte: „Ich weiß, hier in unserem Kreis sind viele der Meinung, daß eine Koalition mit der SPD die beste Lösung wäre. Ich halte das für falsch. Unsere Partei ist mit der Parole der sozialen Marktwirtschaft in den Wahlkampf gegangen, und die Mehrheit der Wähler hat sich für die soziale Marktwirtschaft und damit gegen die sozialistische Planwirtschaft entschieden. Bilden wir jetzt eine gemeinsame Regierung mit der SPD, so sind wir zu Kompromissen genötigt, die dem Willen unserer Wähler widersprechen und den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen".[1]) Die bei Adenauer versammelten Parteiführer waren geteilter Ansicht. Ungefähr die Hälfte waren gegen Adenauer und Pferdmenges. Der Führer des linken Flügels der Union, Karl Arnold, verwies auf das Ahlener Programm der CDU, das eine Vergesellschaftung der Großindustrie vorsah. Adenauer entgegnete brüsk, Programme hätten keinen Ewigkeitswert. Der soziale Katholizismus erhielt an diesem Tag eine Abfuhr von Adenauer, die ihn hinfort in den Unions-Parteien zu einer Statistenrolle verurteilen sollte. Es sei eine entscheidende Machtfrage für die CDU, argumentierte Adenauer, nicht zuzulassen, daß ein Sozialdemokrat Wirtschaftsminister werde, was bei einer Großen Koalition drohe. Der Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft erlaube auch keinen sozialdemokratischen Staatssekretär. „Dann kommt der Karren nicht von der Stelle".[2]) Ludwig Erhard brauche in der Wirtschaftspolitik freie Hand. Die mittelständischen Vorstandsmitglieder neigten, von Adenauers später noch oft bewährter Freund-Feind-Manier beschworen, schließlich dem Parteivorsitzenden zu. Sie gaben den Ausschlag dafür, daß Ludwig Erhard das Wirtschaftsministerium zugeteilt erhielt und daß auf dieser Entscheidung eine Koalition von CDU/CSU, FDP und DP aufgebaut wurde.

Wie auch bei den anderen wichtigen Daten seiner Karriere wurde über Erhards Funktion im Kampf der Interessenten verfügt, ohne daß er gefragt wurde. Erhard war zu der Versammlung in Rhöndorf nicht eingeladen worden, da er weder zum Parteivorstand gehörte noch zu den Landesvorsitzenden zählte.

Er hatte ursprünglich mit der Idee gespielt, der FDP beizutreten. Doch in einer Zusammenkunft bei dem damaligen FDP-Vorsitzenden und späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss in Stuttgart riet ihm Heuss noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl von 1949: „Wir sind schon liberal genug. Sie sollten in die CDU eintreten, um auch sie zu liberalisieren".[3]) Die Furcht vor Konsequenzen des Ahlener CDU-Programms hatte die Industrielobby in der FDP bewogen, Erhard der CDU anzubieten. Für seine dortige Verwendung als Wirtschaftsminister sorgte dann Pferdmenges bei Adenauer. Erhard schob nicht, sondern wurde geschoben.

„Mich hat ... im letzten doch keine Partei gekürt", schreibt Erhard zu seiner „Berufung" zum Wirtschaftsminister. Er nennt nicht die deutschen Wirtschaftskreise, die ihn in den Sattel hoben, sondern stellt seine Laufbahn in einen größeren Zusammenhang: „Um der Gerechtigkeit willen darf ich es nicht verschweigen, daß ich — scherzhaft gesagt — eine amerikanische Entdeckung bin und daß ich ohne die Unterstützung von dieser Seite die Währungs- und Wirtschaftsreform auf freiheitlicher Grundlage nicht hätte durchführen und durchstehen können. Nur mit einer gewissen Scheu wage ich die Frage zu stellen, ob es in einem parlamenta-

[1]) Zitiert nach: Michael K. Caro, Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln-Berlin 1965, S. 115.
[2]) Caro, a.a.O., S. 117.
[3]) Jess M. Lukomski, Ludwig Erhard — der Mensch und der Politiker, Düsseldorf — Wien 1965, S. 109.

risch-demokratischen System möglich oder auch nur denkbar gewesen wäre, eine in das gesellschaftliche und soziale Leben so tief einschneidende Maßnahme, wie es die Währungsreform 1948 war, zu vollziehen".[4]) Erhard deutet damit an, daß mit der Währungsreform, die einseitig die unternehmerische Expansionskraft förderte, ohne daß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Sozialprodukt entsprechend zunahm, eine Lösung durchgeführt wurde, die im Interesse der USA im Rahmen des begonnenen Kalten Krieges lag. Diese Lösung, die nicht auf demokratischer Grundlage gefunden war, und — wie Erhard einräumt — auch demokratisch keine Mehrheit gefunden hätte — sollte nun durch die Koalition Adenauers politisch und wirtschaftlich konsolidiert werden. So macht Erhard deutlich, daß Adenauers Entscheidung für den Wirtschaftsminister Erhard nach außenpolitischen und strategischen Gesichtspunkten der vorgezeigten, in der Währungsreform praktizierten, amerikanischen politischen Leitlinie folgte. Die gewünschte Konsequenz aus dieser Entscheidung zog Erhard mit der Feststellung: „Das westliche Militärbündnis ist auch wirtschaftlich notwendig".[5]) Denn ihm war schon frühzeitig klar gemacht worden, daß der Preis für die wirtschaftliche Expansion im Militärbündnis zu entrichten sein würde, und so war er denn stets ein entschiedener Bejaher der Politik der Wiederaufrüstung. Bereits im Oktober 1950 erklärte er auf dem CDU-Parteitag in Goslar: „Doch kehren wir zu den Tagesereignissen und den drängenden aktuellen Problemen zurück, wie sie sich in der Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung Europas widerspiegeln. Wie man auch die Frage beurteilen mag, ob wir an solchen Aufgaben teilhaben sollen oder wollen, können, dürfen oder müssen, so hängt unser deutsches Schicksal doch von einer wirksamen Verteidigung Europas ab und es ist Recht, Pflicht und Aufgabe zugleich, einen bestimmten Teil unserer gesellschaftlichen Arbeit solchen Zielen zu widmen. Wir wollen deshalb daran festhalten, daß das beste Mitte zur Verteidigung des Friedens darin besteht, für die friedlichen Zwecke der menschlichen und sozialen Wohlfahrt zu arbeiten, aber uns dabei gleichwohl bewußt sein, daß, wie jedes demokratische Land, so auch Deutschland bereit sein muß, für die gemeinsame Aufgabe der Verteidigung Opfer auf sich zu nehmen".[6])

Dabei war es das Fehlen einer eigenen Rüstungsproduktion, das der Wirtschaft der Bundesrepublik in der Koreakrise 1950 eine Steigerung des Exportvolumens von 75% einbrachte. Dabei konnte ein großer Teil der durch den Krieg verlorenen Positionen auf dem Weltmarkt zurückgewonnen werden. Die Hauptkonkurrenten konnten durch ihr Rüstungsengagement in Korea die Nachfrage nach vielen Investitionsgütern nicht befriedigen. Hier erzielte die Wirtschaft der Bundesrepublik ihre für die weitere Entwicklung wichtigsten Gewinne.

Diese neu gewonnene Wirtschaftskraft galt es — gemäß dem Kurs der Politik von Adenauer, Pferdmenges und Erhard — so bald wie möglich dem westlichen Militärbündnis zur Verfügung zu stellen. Allerdings durfte dadurch die Exportoffensive nicht gefährdet werden. Kostspielige Investitionen für den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie sollte die Wirtschaft nicht leisten, solange sie noch um neue Märkte rang. So erklärte Erhard 1951 gegenüber der Warnung, ein deutscher Beitrag zum Militärbündnis werde den erzielten Gewinn wieder aufzehren und der expandierenden Wirtschaft inmitten ihrer Entfaltung schwerwiegende Einschränkungen auferlegen: „Die Unterschiede bestehen darin, daß

[4]) Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf — Wien — Frankfurt/M. 1962, S. 8.
[5]) Rundfunkansprache Ludwig Erhards am 2. 3. 1955.
[6]) Ludwig Erhard, Kühle Köpfe — starke Herzen, Rede auf dem Bundesparteitag der CDU in Goslar, 22. 10. 1950.

die einen ihren Verteidigungsbeitrag durch eine Austerity-Politik leisten zu müssen glauben, während in unserer deutschen Situation ein Opfer solcher Art unerträglich sein würde; es müßte uns in soziales Elend zurückstoßen. Unsere Produktion müßte schrumpfen, das deutsche Volkseinkommen geschmälert werden. Aus diesem Grunde wenden und wehren wir uns auch gegen eine solche Politik; wir werden dagegen alles tun, um unseren Verteidigungsbeitrag aus den Ergebnissen einer expandierenden Wirtschaft aufzubringen".[7])

Wie das zu geschehen hatte, dafür fanden Erhards Ratgeber aus der Wirtschaft ein probates Mittel. Die Aufrüstung sollte zunächst ausschließlich über die Steuer finanziert werden. Nur solcher Rüstungsbedarf sollte in der Bundesrepublik hergestellt werden, für den freie Kapazitäten vorhanden waren, vornehmlich Uniformen, Nachrichtengeräte, Schiffe. Alles andere wollte man, nach dem Eintritt in die NATO 1955, bei den Verbündeten kaufen, womit man auch deren noch vorhandene Abneigung gegen die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik zu überwinden hoffte. Forschungs- und Entwicklungsaufträge sollten dagegen an deutsche Stellen vergeben werden, da diese Arbeiten laut Erhard „über ihre spezifische rüstungswissenschaftliche Zielsetzung hinaus für jede moderne Volkswirtschaft unverzichtbaren Wert besitzen".[8])

In einer Rede vor dem Schweizer Institut für Auslandsforschung in Zürich 1952 ging Erhard auf die damalige Diskussion um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ein. Offen artikulierte er den Führungsanspruch, den die Bundesrepublik auf Grund ihrer erstarkten Wirtschaft und im Vertrauen auf ihre Unentbehrlichkeit im Kalten Krieg als Alliierter der USA in Europa anmeldete. Er machte damit den militanten Charakter der wirtschaftlichen Erstarkung klar: „Wir stehen vorbehaltlos zu der Idee der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, deren Aufgabe, ja mehr noch, deren Pflicht es ist, die Kraft zu entfalten, die uns ein freies Leben sichert. Und gerade wir, die wir unmittelbar an der Nahtstelle zum Bolschewismus leben, von wo aus das kollektivistische Gift täglich hereinträufelt und die ständige Gefahr der Unterhöhlung und Unterminierung gegeben ist — wir müssen uns in starker Haltung die geistige und seelische Widerstandskraft bewahren. Wir müssen die Unterschiede in bezug auf die menschliche Freiheit und die materielle Lebensführung hüben und drüben für jeden einzelnen so über alle Maßen deutlich werden lassen, daß er immun und gefeit ist gegen alle Gefahren, die uns bedrohen wollen. Das ist, so glaube ich, eine Leistung, mit der wir, historisch gesehen, vieles wieder versöhnen können. Daß Deutschland auf diesem gefährlichen Vorposten diese starke Kraft entfaltet und damit einen Schutzwall vor Europa gelegt hat, kann von allen freien Völkern dieses Kontinents nicht übersehen werden ... Aber wir wollen nicht in soziale Not zurückfallen ... wir wollen die Opfer nicht bringen durch Verzichte und Einschränkungen, sondern dadurch, daß wir uns noch einmal auf unsere Kraft besinnen und die volle deutsche Leistungskraft zu mobilisieren suchen. „Das ist das Rezept, das ich als das für die deutsche Wirtschaft gemäße erachte".[9])

Ein strammer militanter Antikommunismus soll demnach dazu dienen, die westliche Welt mit Deutschland „historisch" (!) zu versöhnen — was doch nur heißen kann, der Welt auch das Abfinden mit der unbewältigten Vergangenheit des Nationalsozialismus nahezulegen, da die Bundesrepublik ja schon wieder „Schutzwall" gegen den Osten ist. Noch vor der nach diesem Fahrplan zwangsläufig sich anschließenden Aufrüstung, allein schon dank ihrer neuen Wirtschaftspotenz. Er-

[7]) Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf — Wien — Frankfurt/M. 1962, S. 171.
[8]) Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 281.
[9]) Ludwig Erhard, Die deutsche Wirtschaftspolitik im Blickfeld europäischer Politik, Rede vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung am 6. 2. 1952 in Zürich.

hard hat in seinem Handeln den Vorstellungen stattgegeben, daß der wirtschaftliche Aufstieg ein neues deutsches Aufgebot gegen den Osten mit „starker Kraftentfaltung" wieder ermöglichen sollte.

Bei der wirtschaftlichen Expansionspolitik folgte Erhard den neoliberalen Theoretikern der Marktwirtschaft, die sich ihrerseits an den Interessen der exportorientierten Industrie und neuentstandener Industriezweige, wie Erdöl, Chemie und Kunststoffe, ausrichteten. Produktionstechnischer Fortschritt und ständig neue Rationalisierungsmaßnahmen als Voraussetzungen für einen steigenden Export bei Mobilisierung aller wirtschaftlichen Potenzen versprach sich die neoliberale Richtung von einem möglichst großen Spielraum für Konkurrenz. Darum bezeichnete Erhard ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das „Kernstück der sozialen Marktwirtschaft".[10]) Bei Kartellen sah er „die Gefahr volkswirtschaftlicher Fehlinvestitionen und die Möglichkeit der Beeinträchtigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts".[11]) Der Grundstoffindustrie wollte er damit die Möglichkeit nehmen, durch ihre Preispolitik die Konkurrenzfähigkeit der exportwichtigen verarbeitenden Industrie zu beschränken. Kartellverbote sollten die Grundstoffindustrie gleichfalls zu gesteigerter Konkurrenz veranlassen, so daß sie auf Strukturveränderungen — zum Beispiel auf dem Energiemarkt — zum Nutzen der Gesamtwirtschaft beweglicher reagierte. Die Scheinkämpfe um das Kartellgesetz freilich vollzogen sich vornehmlich zur Ablenkung der Öffentlichkeit. Das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung" kannte tatsächlich mehr Ausnahmen als Regeln. Zu den „Ausnahmen" zählten u. a. Konditionskartelle, Rabattkartelle, Krisenkartelle, Rationalisierungskartelle, Import- und Exportkartelle, Patentkartelle, die alle erlaubt waren und in ihrer begrifflichen und juristischen Fixierung recht dehnbar erschienen. Hauptsächlich sollte das Kartellgesetz zur Konzentration in der Wirtschaft anregen, zur Bildung von Konzernen. Der Neoliberalismus, so sagt der katholische Sozialwissenschaftler Prof. Oswald von Nell-Breuning rückschauend, sei „in der Phase der begriffenen Chance der Konzernbildung von einem Neufeudalismus abgelöst"[12]) worden. Freilich war der Neoliberalismus in der von Erhard durchgeführten Variante darauf in letzter Konsequenz angelegt. Das zehnjährige Scheingefecht um das Kartellgesetz sah am Ende die angeblichen Kontrahenten in einem gewaltigen Konzentrationsprozeß wirtschaftlicher Macht enger denn je vereint und entschlossen, mit Erhard der effektiven Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsempfänger gemeinsam entschlossenen Widerstand zu leisten. Erhard hatte das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung" im Sinne des schließlichen Ergebnisses bereits mit einem deutlichen Augenzwinkern im Bundestag eingebracht, als er erklärte: „Man muß — das möchte ich deutlich sagen — nicht unversöhnlich sein, wenn man eine klare Konzeption im Kopfe hat".[13]) Die nach neuen Konzernen Ausschau haltenden Schein-Antipoden der deutschen Wirtschaft waren auch gewiß nicht „unversöhnlich". Erhard behielt ihr Vertrauen und wurde hernach ihr Kanzler. Die Liberalen freilich, die zunächst meinten, auf seiner Seite fechten zu können, wurden arg getäuscht.

Ein anderes Macht-Problem sah Erhard gleichfalls zeitweise in einem Schein-Konflikt mit Kräften des wirtschaftlichen und politischen Lebens, die gleich ihm und seinen Hintermännern auf eine neue militante deutsche Position der Stärke hindrängten. Das war die Frage über die wirksame Form der westeuropäischen

[10]) Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 9.
[11]) Ludwig Erhard, a.a.O., Seite 179.
[12]) Interview mit Prof. Oswald von Nell-Breuning, „Echo der Zeit", Recklinghausen, 12. 12. 1965.
[13]) Protokoll des Deutschen Bundestags vom 24. 3. 1955.

Integrationspolitik. Der Historiker Prof. Golo Mann meint aus heutiger Sicht dazu: „Die sogenannte europäische Integration war doch nicht mehr als eine Stimmung. In Wirklichkeit ging es darum, ob die Bundesrepublik und Frankreich zu einer gemeinsamen Form der Konzentration wirtschaftlicher und militärischer Macht im Dienste des westlichen Bündnisses fanden und sich die übrigen vier für diesen Konzentrationsprozeß ausersehenen Länder — Italien, Belgien, Holland, Luxemburg — dazu assoziieren konnten".[14]) Diese Aussichten wurden von der deutschen Industrie unterschiedlich beurteilt. Die Grundstoffindustrie sah in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die 1952 gegründet wurde, und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1958 entstand, ihre Vormachtstellung gegen die atlantische Konkurrenz abgeschirmt. Adenauer verfolgte darüber hinaus, im Trend amerikanischer Politik, die politisch-strategische Integration, welche die Blockbildung des Kalten Krieges langfristig zementieren sollte. Das Scheitern der Projekte Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Europäische Politische Union zeigte aber, daß vor allem Frankreich, später dann auch Italien und Holland, ihr Mißtrauen gegen die Bonner Hegemonie nicht überwinden konnten. So bleiben die Zugeständnisse an die Integrationspolitik Bonns auf den wirtschaftlichen Sektor beschränkt. Erhards Hauptaugenmerk war in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf die Wirtschaftsexpansion gerichtet. Deshalb entsprach ihm mehr das Modell einer europäischen Freihandelszone, in die er auch Großbritannien und die skandinavischen Länder eingefügt wissen wollte. Er war der Sprecher einer über die kleineuropäische Lösung hinausreichenden größeren politischen und wirtschaftlichen Organisierung der antiöstlichen Allianz. Darum sagte er: „Unsere Zeit verlangt den Zusammenschluß aller Kräfte, die aus dem freien Europa eine Einheit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sphäre bilden und so unser gemeinsames Schicksal aufzeigen können."[15]) Die Spaltung Westeuropas in die EWG und die unter britischer Führung erfolgte Gegengründung, die EFTA (Kleine Freihandelszone) sahen Erhards Berater die industrienahen Politologen der CDU, als Schwächung des westlichen politisch-militärischen Bündnisses an. Zudem befürchtete Erhards „atlantische" Richtung, „daß der Gemeinsame Markt in einen europäischen Dirigismus einmündet und in diesem die fortschrittlich expansiven Kräfte bindet und lähmt".[16]) Der Wirtschaftspublizist Rüdiger Altmann, Erhard-Berater und Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, drückte das in seiner Bilanz „Das Erbe Adenauers" 1960 resümierend so aus: „Der Westen wird dem Ostblock und seinem lastenden Druck weiterhin gemeinsam begegnen müssen. Aber es läßt sich auf der anderen Seite gar nicht leugnen, daß das Glacis Westeuropa auf die Dauer gar nicht ausreicht, um diese Politik wirksam zu aktivieren. Resteuropa ist kein Großraum, in dem und von dem aus wir freizügig operieren können. Deshalb ist es so gefährlich, die deutsche Europapolitik kontinental zu verengen. Denn selbst wenn England und Skandinavien daran teilnähmen, würde die europäische Integration allein nicht ausreichen, um aus der Defensive herauszukommen".[17])

Bei Erhard hört sich dieser Gedankengang weniger nüchtern, mehr lamentierend an, wie es seinem Stil entspricht, mit dem er die Meinung der ihn dirigierenden Kräfte popularisierend übersetzt: „Die Bedrohung der freien westlichen Welt durch mannigfache Einschüchterungsversuche hat wohl hinlänglich deutlich gemacht, daß nur die umfassendste Gemeinschaft eines unbeirrbaren Verteidigungswillens ausreicht, um uns ein Leben in Frieden und Freiheit zu sichern, und daß

[14]) Prof. Golo Mann im Podiumsgespräch im Bildungsforum Düsseldorf am 12. 1. 1966.
[15]) Lukomski, a.a.O., S. 177.
[16]) Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 358.
[17]) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, Stuttgart-Degerloch 1960, S. 176.

jede Vorstellung von Europa als einer Dritten Kraft — so große Verteidigungsanstrengungen auch dieses Europa in sich selbst bezeugen muß — vor der nüchternen Wirklichkeit nicht bestehen kann. Auf diesem Felde erweist es sich als unwiderleglich, daß nur eine Atlantische Gemeinschaft, wie sie in dem Verteidigungsbündnis der NATO zum Ausdruck kommt — richtiger gesagt: wie sie hier zunehmend entwickelt werden soll und muß — zur Verteidigung unserer Welt ausreicht".[18])

Freilich war der Versuch, über die Montanunion zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dann zur Europäischen Politischen Union zu kommen, ein Versuch, Bonn auf dem Umweg über die „Integration" eine Vormachtrolle in Westeuropa einzubringen und gleichzeitig den Widerstand gegen die deutsche Wiederaufrüstung mit dem Hinweis auf die Einfügung der westdeutschen Streitkräfte in ein „europäisches Konzept" zu zerstreuen. Dieser Versuch führte zu dem Ziel, daß nach seinem unmittelbaren Scheitern die Bundesrepublik dann als selbständiger Partner in die NATO aufgenommen wurde. Die Bewerbung um die Rolle in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hatte Bonn dazu eine Brücke gebaut. Erhards Ratgeber bereiteten diese Entwicklung vor mit ihrem Drängen nach dem „umfassenderen Verteidigungsbündnis", in das die Bundeswehr zu stellen sei. Außerdem wahrten sie wirtschaftlich — trotz EWG-Integration — gegenüber England und Skandinavien den Anschein, die Bundesrepublik bringe nur der deutsch-französischen Allianz im Rahmen des Bündnisses dieses besondere Opfer. Mit ihrem Herzen sei sie für die größere europäische Wirtschaftseinheit als Waffe gegen die Länder jenseits der West-Ost-Demarkation. Die deutsche Machtpolitik griff gleichsam mit der einen Hand nach dem Integrationsspatz und winkte mit der anderen Hand der Taube auf dem Dach einer NATO-Wirtschaftsallianz zu.

Der Übergang allerdings mußte sich vollziehen von Adenauers autoritär-patriarchalischem Regierungssystem, in dem Vertreter der verschiedensten Interessen und aller Gruppen, die den Regierungskurs stützten, mit materiellen Geschenken bedacht wurden, um den Kurs der außen- und militärpolitischen Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Allianz reibungslos vonstatten gehen zu lassen, zu einer „Formierten Gesellschaft", die straff ausgerichtet ist auf eine neue deutsche Machtpolitik in allen Bereichen. Dieser Übergang wurde für die Öffentlichkeit verdeckt von dem Starrsinn, mit dem Adenauer seine Kanzlerposition verteidigte, als bereits die entscheidenden Kräfte sich auf Erhard geeinigt hatten. Daß Adenauer von Natur aus der härtere Typ ist, aggressiv in den Methoden und scharf in Spott und Hohn über den Gegner, während Erhard bei Machtkämpfen in den eigenen Reihen eher, wie Strauß meinte, einen „Gummilöwen" abgibt und zuwartet, daß seine Freunde ihn durchboxen, gab dem Abschied Adenauers von der Macht den Charakter einer tragikomischen Reinecke-Fuchs-Parodie, wie es ein deutsches Kabarett einmal darstellte. Adenauer brillierte zwar in der List, auf immer neuen Wegen und Umwegen Erhard doch noch zu Fall zu bringen. Aber er konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter ihm ein Hohlraum entstand und seine spektakuläre Abwertung Erhards es den in den Unionsparteien tonangebenden Kreisen der Wirtschaft lediglich ratsam erscheinen ließ, den Wechsel von Adenauer zu Erhard statt 1961 erst 1963 eintreten zu lassen. Adenauer gewann außer der dürftigen Fristverlängerung dabei nur die Belastung mit einigen peinlichen Affären.

Die einzelnen Stationen dieses Ringens Adenauers gegen sein von den politischen Auguren beschlossenes Abtreten als Bundeskanzler sind so bekannt, daß

[18]) Ludwig Erhard, Die atlantische Gemeinschaft in: „Die Zeit", Hamburg, v. 11. 11. 1960.

sie in diesem Rahmen, was Erhards passive Rolle dabei betrifft, nicht nochmals breit aufgerollt werden müssen. 1959 schlug Adenauer vor, Erhard zum Bundespräsidenten zu machen. Als die Fraktion der CDU/CSU, die diesen Vorschlag hätte unterstützen müssen, ihn ablehnte, wollte Adenauer selbst als Bundespräsident kandidieren. Er hoffte, Franz Etzel als seinen Nachfolger und, wie er meinte, als sein Werkzeug, ins Bundeskanzleramt dirigieren zu können. Obwohl Etzel ein Mann des top management der Wirtschaft ist, gab die Fraktion Adenauer zu verstehen, daß sie weiterhin an Erhard als Nachfolger festhielt. Adenauer aber könne ruhig Bundespräsident werden. Darauf zog Adenauer seine Kandidatur zurück. Gerstenmaier machte in der Verlegenheitspause den Vorschlag, Landwirtschaftsminister Lübke zum Präsidenten zu wählen. Dieses Taktieren erbrachte lediglich eine gründliche Abwertung der Position des Bundespräsidenten.

1961 wurde in der Wahlnacht von einer Gruppe, die von Strauß bis Mende reichte, die Ablösung Adenauers durch Erhard geplant, nachdem die CDU/CSU ihre zeitweilige absolute Mehrheit verloren hatte und eine Koalition mit der FDP wieder notwendig wurde. Bevor aber die Koalitionsverhandlungen in Gang kamen, ließ Erhard sich bereden, nicht gegen Adenauer sich zum Kanzler küren zu lassen. Den Gönnern Erhards lag daran, wie es das Prinzip der herrschenden Wirtschaftskreise in der Bundesrepublik ist, gegenüber der Öffentlichkeit jeden Anschein in einer gewaltsamen Veränderung an der Machtspitze des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu vermeiden und weiche, wie selbstverständlich anmutende Übergänge zu schaffen. Der Bundesbürger soll das Bewußtsein behalten, das politische Geschehen laufe gleichsam von selbst und möglichst reibungslos ab, was auch immer die Opposition dagegen einzuwenden habe. Erhard kam es auch von Naturell entgegen, daß ihm die Konfrontation mit Adenauer erspart blieb. Dagegen wurde Adenauer bei der Festlegung der Koalitionsvereinbarungen gleich zum „Kanzler auf Zeit" degradiert und mußte Brief und Siegel geben, daß er sein Kanzleramt nun endgültig nur bis 1963 ausüben werde. So sehr er auch versuchte, durch weitere ständige persönliche Abwertung Erhards diesem Datum zu entgehen oder noch einen Nachfolger seines Geschmacks zu finden, die Zeichen der Macht standen gegen ihn. Man hatte ihm lediglich eine Abgangsfrist gewährt. Er mußte am Ende niemand anderem als Ludwig Erhard weichen.

Inzwischen nämlich hatte sich schon der Stab von Helfern und Beratern für die Kanzlerrolle Erhards gebildet, und Erhard hatte sein Programm der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der Bundesrepublik bereits abgezeichnet. Nach den Wünschen des Managements sollte mit Erhard der „Volkskanzler" inthronisiert werden als Institution, die praktisch der Opposition keine andere Rolle als das Parieren mehr übrig läßt.

„Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik" hieß die Rede, die Ludwig Erhard 1960 auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe hielt. Das war nach dem gescheiterten Versuch Adenauers, ihn zum Bundespräsidenten wegzubefördern. Hier wurde programmatisch das Ende der Ära Adenauer und der Beginn der, wie Erhard es damals noch bescheidener nannte, „zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft" angekündigt. Sie soll in eine Formierte Gesellschaft münden.

In dieser Rede wurde von Erhard ausgedrückt, daß er berufen worden sei, nunmehr die Gesellschaftspolitik insgesamt zu reformieren. Damit überschritte er die Sphäre des Wirtschaftsministers und schickte sich an, alsbald das gesamte Geschick der Bundesrepublik namentlich zu verantworten. Dabei rückte er „von der entarteten Gesinnung derer ab, die in fühllosem Egoismus alle sozialen Maße sprengen, wenden wir uns doch mit Entschiedenheit gegen jene destruktiven Ele-

mente, die den materiellen Gewinn froh genießend, aus einer geistlosen, snobistischen Haltung heraus sich in faden Geistreicheleien über das sogenannte Wirtschaftswunder bzw. die Wirtschaftswunderkinder mokieren zu dürfen glauben".[19]) Erhard hat die Argumentation, die die Unionsparteien als die Retter und die Sozialdemokraten als den „Untergang Deutschlands" hinstellt, die Freund-Feind-Manier Adenauers, der sich gleichzeitig als Kanzler und Parteivorsitzender fühlte, nie akzeptiert. Er wurde ja nicht durch die Partei, sondern durch andere Mächte getragen. Mächte, die sich, über seine Person, mit dem „Volksganzen" identifizieren möchten und alle anderen als „destruktiv", als „Staatsfeinde" zu brandmarken trachten, die wider ihre Interessen demokratisch ankämpfen. Das Abgehen vom parteipolitischen Schwarz-Weiß-Malen führt bei Erhard also keineswegs zu einer liberalen, toleranteren Einstellung zur Opposition. Vielmehr verläßt er den Boden der Demokratie insofern, als er überhaupt nur unterscheidet zwischen Gutwilligen, die der von ihm vorgetragenen Konzeption zu folgen willens sind, und Böswilligen. Die aus der nationalsozialistischen Ära bekannte Vokabel „entartete Gesinnung" taucht bei Erhard neu auf. Damit sieht er sich nicht mehr im Kampf mit der Opposition, sondern betrachtet alle politischen Andersdenkenden als „destruktive Elemente", die wegen ihrer Gesinnung zu verurteilen sind. Das ist das geistige Klima für eine Notstandsverfassung!

Damit ist auch der patriarchalische Herrschaftsanspruch der Adenauer-Ära programmatisch durch einen absoluten, wie Erhard sagt, „sittlichen Anspruch" abgelöst worden und somit der Wille zur totalen Richtungweisung in Staat und Gesellschaft seitens der Regierungsmacht grundsätzlich bekundet.

Den ganzheitlichen Anspruch auf die Regelung aller Lebensverhältnisse habe die Soziale Marktwirtschaft schon immer angestrebt. Nach der ersten Phase des wirtschaftlichen Aufbaus, in der er nicht verwirklicht werden konnte, weil man sich aus vielen Gründen zunächst formal der pluralen Demokratie bedienen mußte, soll er in der zweiten Phase aber erfüllt werden. Erhard sagte darum: „Die Soziale Marktwirtschaft ist von ihren geistigen Begründern (!) seit jeher als eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik gesehen worden. Aber angesichts der heute erreichten Leistungsergiebigkeit unserer Wirtschaft ... wird für die Zukunft immer mehr und Besseres geschehen können, um jene Ganzheitlichkeit in konkreten gesellschaftspolitischen Formen zum Ausdruck kommen zu lassen".[20]) Erhard kündigte an, es werde „also des Einbaus gesellschaftlicher Stabilisatoren bedürfen, die geeignet sind, dem in die Vereinzelung gedrängten Menschen unserer Zeit das Bewußtsein, ja sogar die objektive Sicherung seines Seins in einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Ordnung zu geben".[21]) Das bedeutet, wie Erhard bereits 1960 offenlegte, keineswegs nur eine phraseologische Seelenmassage des Bürgers durch die Regierungssprecher. So versucht man heute noch das Konzept der zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft, beziehungsweise der Formierten Gesellschaft, zu verharmlosen. Das geschieht in Kreisen, die demokratischen Widerstand fürchten, solange die Notstandsgesetze nicht verabschiedet sind.

Erhard hat 1960 bereits klipp und klar gesagt, es gehe ihm nicht um „eine nur pädagogisch-geistige Therapie".[22]) Denn: „Der Strom der Expansion" der deutschen Wirtschaftskraft „ist so stark und trägt uns so schnell fort, daß das entschwindende Bild der alten Ufer die Navigation schwer macht, wenn wir uns

[19]) Ludwig Erhard, Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik, Rede vor dem Bundesparteitag der CDU am 28. 4. 1960 in Karlsruhe in:Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf — Wien — Frankfurt/M. 1960, S. 477.
[20]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 480.
[21]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 481.
[22]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 481.

nicht bewußt auf die Bedingungen der Strömung einstellen".[23]) Das bedeutet auch, daß die Expansion der deutschen Kraft — und Erhard spricht jetzt in Karlsruhe bereits nicht mehr von den Bündnispartnern, sondern nur noch vom deutschen Volk und seiner Wirtschaft — aus sich heraus, mittels Formierung der deutschen Gesellschaft auf dieses Ziel hin, zur das Zeitalter bestimmenden weltpolitischen Größe eigenen Zuschnitts wird. „Aus all dem folgt, daß in der künftigen Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme gleichrangig neben die ökonomischen treten werden. Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung in dieser Richtung ist im Kreise derer, die sich um diese Frage bemühen, schon seit Jahren erkannt worden".[24]) Erhard gibt immerhin, trotz seiner ausgeprägten Selbstherrlichkeit, in allen für seinen Kurs authentischen Äußerungen zu, daß er keineswegs die Konzepte selbst erfunden hat. Diese Hinweise sind sorgsam von seinen Beratern stets in alle seine entscheidenden Texte gleichsam als Markenstempel eingedruckt.

„Was mit alledem erstrebt wird", sagte Erhard in dieser Antrittsvorlesung seiner künftigen Kanzlerära, „ist eine Gesellschaftspolitik, die von dem Willen getragen ist, zu einem klaren Ordnungsbewußtsein hinsichtlich der Gestaltung der Umwelt hinzufinden ... Diese Aufgabe steht im Zeichen einer besseren Überschaubarkeit aller unserer Lebensbereiche".[25]) Dabei appelliert Erhard an einen Vulgär-Idealismus im Grunde autoritärer Machart.

„Es bedarf vielmehr im Sinne der hier angedeuteten Ziele einer qualitativen Umorientierung, die nach einem konkret gefaßten Leitbild (!) neue Dringlichkeiten nach neuen Maßstäben einer ausgewogenen Gesellschaftsstruktur setzt".[26]) Das konkret gefaßte Leitbild einer „ausgewogenen Gesellschaftsstruktur" kann freilich, „neue Dringlichkeiten nach neuen Maßstäben setzend", nicht mehr demokratisch sein. Denn in der Demokratie gibt es den Meinungsstreit um den richtigen Weg, und der wird nicht durch die schlichte leitbildhafte „Ausgewogenheit" — wie gehabt — abgelöst. Erhard ist somit auch der Sprecher einer „qualitativen Umorientierung", die also eine andere Qualität von Staatsform an Stelle der pluralen Demokratie rücken soll. „Wie die Soziale Marktwirtschaft nur aus einem Fundament gemeinsamer Werte und Überzeugungen her möglich war, so bedarf unsere Gegenwart wieder eines idealistischen Realismus, der über die konkreten Verwirklichungsmöglichkeiten möglichst bestimmende Aussagen zuläßt und der alle Gruppen der Gesellschaft zu einem gemeinsamen Wollen zusammenschließt".[27]) Diesem markig-eindeutigen Bekenntnis ist nichts hinzuzufügen außer einer Unterstreichung des Wörtchens „wieder", das gewiß in der richtigen Relation auftaucht. Wer nicht mitmacht ist entartet, ein destruktives Element, ein Staatsfeind. So hatte Erhard die Visitenkarte für seine Kanzlerschaft abgegeben, über deren bisherigen Verlauf und deren Zukunftsperspektive der dritte Teil dieses Porträts handeln soll.

[23]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 481.
[24]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 482.
[25]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 487.
[26]) Ludwig Erhard, a.a.O., S. 491.
[27]) Ludwig Erhard, a.aO., S. 491.

Prof. Dr. Helge Pross

Notizen zur gegenwärtigen Situation der Familie

I.

In der Diskussion über die Zukunft der Familie, die nun seit mehr als hundert Jahren Wissenschaftler und Laien gleichermaßen provoziert, sind lange Zeit die Pessimisten tonangebend gewesen. Die Familie, so sagten sie, löse sich auf, Scheidung, Erwerbstätigkeit der Frau, Abbau der väterlichen Autorität und die Selbständigkeit der Jungen seien Momente eines Verfallsprozesses, der, wenn man ihm nicht von oben steuere, schließlich zum Untergang der Institution überhaupt führen müsse. Annahmen dieser Art werden heute nur noch selten formuliert. Stattdessen breitet sich vorsichtiger Optimismus aus, der darauf verweist, daß es gegenwärtig keinerlei Anzeichen für eine Auflösung der Familie gibt. So richtig diese Deutung ist, besagt sie freilich nicht, die Leistungen die die Familie für die Gesellschaft vollbringt, wären erhaben über Kritik. Neben den Ausgleichsfunktionen hat sie vor allem drei Aufgaben: die biologische Erneuerung des sozialen Ganzen; die materielle Versorgung und die sogenannte Sozialisation der Kinder. Die letztere erfüllt sie unzulänglich und bei der ersten, der biologischen Reproduktion, tauchen neue Probleme auf.

Unter vortechnischen Bedingungen ist jede Gesellschaft um der eigenen Erhaltung willen an einer Vielzahl von Geburten interessiert. Sie muß dafür sorgen, daß möglichst viele Kinder geboren werden, weil gewiß ist, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz das Erwachsenenalter erreicht. Ist das Gesamtinteresse klar, bleibt doch die Frage, wie es umgesetzt wurde in subjektive Motive. Was veranlaßte Individuen tatsächlich, sehr viele Sprößlinge zu haben? Sicher nicht die Einsicht in das Selbsterhaltungsbedürfnis des Ganzen. Man bringt nicht Kinder hervor, weil das Gemeinwesen insgesamt das will. Aber warum dann? Nun — zunächst einmal kamen und kommen Kinder gleichsam blind zustande. Dann spielte auch die religiöse Interpretation eine Rolle, derzufolge viele Nachkommen ein Segen Gottes oder der Götter sind. Diese von allen Weltreligionen verbreitete Auffassung wäre jedoch in der Praxis kaum wirksam geworden, hätten nicht handfeste materielle Zwänge sie unterstützt. Unter vorindustriellen Bedingungen waren Kinder billige Arbeitskräfte, die Söhne bei der Landarbeit oder in der Werkstatt, die Töchter im und ums Haus und bei der Betreuung der Allerjüngsten. In den besitzenden Schichten kam der Wunsch nach einem Erben hinzu; schließlich auch der Umstand, daß Söhne und Töchter gleichsam Mittel zur Herstellung von Schutz- und Beistandsbündnissen mit anderen Familien waren. Wichtig war überdies, daß nur wer Söhne hatte, damit rechnen konnte, im Alter versorgt zu sein. Aus dieser Zeit, in der den Söhnen — nicht so sehr den Töchtern — die wirtschaftliche Versorgung der Alten oblag, und aus der Zeit, in der man als Grundbesitzer, als Handwerker, Bauer oder Unternehmer einen männlichen Erben brauchte zur Erhaltung des Gutes, des Hofes oder des Geschäfts, aus diesen Epochen stammt die heute noch verbreitete Neigung, die Geburt eines Sohnes freu-

diger zu begrüßen. Handfeste materielle Gründe gibt es dafür nicht mehr. Die mit den materiellen unmittelbar verknüpften ideellen, wie der Wunsch, den eigenen Namen zu erhalten, haben objektiv ebenfalls an Bedeutung verloren. Die Sehnsucht nach einem Stammhalter ist anachronistisch, wo der „Stamm": die sich als Einheit vieler Generationen begreifende, ausgezeichnete Familie nicht mehr existiert. Unter diesen Umständen ist nicht einzusehen, warum die Geburt eines Sohnes eine größere Freude sein soll als die einer Tochter. Gleichwohl hält sich die alte Auffassung — ein cultural lag, dessen reales Fundament längst verschwunden ist.

Liegen die Motive zur Erzeugung vieler Kinder in nichtindustriellen Systemen auf der Hand, bleibt doch zu fragen, warum denn die Menschen unter den so völlig verschiedenen Bedingungen der Industriegesellschaft ebenfalls Kinder wünschen und Kinder haben. Gewiß stellt sich der Nachwuchs in vielen Fällen ohne oder gegen die bewußte Absicht der Eltern ein. Das erklärt aber nicht, warum auch solche Paare Kinder haben, die durchaus wissen, wie man dem Zufall begegnen kann. Wirtschaftliche Gründe kommen nicht mehr in Betracht. Längst bedeuten Kinder ökonomisch mehr Belastung als Gewinn. Da die Mehrheit der Erwerbstätigen in abhängiger Stellung arbeitet, entfällt auch der Wunsch nach einem Erben fürs eigene Geschäft. Ebenso wenig braucht man Nachwuchs, um im Alter versorgt zu sein. Wenn nicht aus ökonomischen Gründen, warum hat man ihn dann? Schwerlich aus Rücksicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen. Kaum jemand will Kinder haben, weil er wünscht, daß das soziale Ganze ihn überlebt. Wo solche Motive angegeben werden, handelt es sich meist um nachträgliche Rationalisierung. Die Mehrheit weiß auch nicht, daß sie für ihre Altersversorgung doch auf die ständige biologische Reproduktion des Ganzen angewiesen ist. Man meint, für die Rente sei gesorgt, weil man Versicherungsbeiträge zahlt, und übersieht, daß die künftigen Einkommen immer wieder von den jüngeren Jahrgängen erarbeitet werden müssen. Wenn aber der Zusammenhang zwischen der Altersversorgung der Individuen und der biologischen Erneuerung der Gesellschaft nicht mehr durch die Familie, sondern durch außerfamiliale Einrichtungen hergestellt wird, und wenn die meisten diesen mittelbaren Zusammenhang nicht durchschauen, kann er kein Anlaß der Kindererzeugung sein. Bleibt also die Frage, warum man Kinder hat. Viele werden sagen: „aus Liebe zum Kind." Aber trifft das zu? Und wenn es zutrifft, woher kommt die Liebe? Schwerlich aus einem eingeborenen Fortpflanzungstrieb. Wohl gibt es den Geschlechtstrieb als Merkmal der Gattung, aber einen Fortpflanzungstrieb kennt diese nicht. Kulturanthropologen versichern, ein Vaterinstinkt, d. h. ein eingeborenes Verlangen nach Nachwuchs sei nicht nachweisbar. Mithin hätte der Wunsch nach Kindern zum mindesten bei Männern keine naturale Grundlage. Und bei Frauen? Auch hier handelt es sich kaum um einen biologisch mitgegebenen Trieb. Statt um eine angeborene Sehnsucht handelt es sich bei dem sogenannten Mutterinstinkt eher um eine emotionale Bindung, die erst durch die Schwangerschaft, die Abhängigkeit des Neugeborenen von der Mutter und die langjährige physische Beziehung zwischen beiden entsteht. Wenn weder durch einen Fortpflanzungstrieb noch durch wirtschaftlich-soziale Zweckerwägungen oder durch religiöse Antriebe zur Erzeugung von Kindern bestimmt, dann bleiben als Anlässe eben doch nur der Zufall und die traditionalistische Imitation. Man hat Kinder, weil die Menschen immer schon Kinder hatten und weil man es bei andern sieht.

Gelegentlich wird die Befürchtung geäußert, mit weiterer Verbreitung und Verbesserung von Verhütungsmitteln würden die Menschen nur noch so wenig Kin-

der haben, daß schließlich das Fortbestehen des Volkes ernstlich gefährdet wäre. In der Tat ist ja die Wahrscheinlichkeit groß, daß die sogenannte Antibabypille in den nächsten Jahrzehnten genügend verfeinert und populär wird, um den Zufall auszuschalten. Das braucht jedoch nicht zu einem radikalen Geburtenrückgang zu führen. Schon jetzt beweist ja der amerikanische Babyboom, daß nahezu universale Verwendung von Antikonzeptionsmitteln den Wunsch, Kinder zu haben, keineswegs beeinträchtigt. Nicht die Verfügbarkeit oder die Nichtverfügbarkeit vorbeugender Präparate entscheidet primär, ob und wieviele Kinder ein Ehepaar hat, sondern eher die gesamtwirtschaftliche und die politische Situation. Politische Krisen und ökonomische Depression, Kriegsfurcht und Einkommensrückgang lähmen; niemand bringt gerne Kinder in eine Welt, die ihnen, wie er meinen muß, nur Unsicherheit und Not bescheren wird. Umgekehrt nimmt die Geburtenfreudigkeit in politisch relativ ruhigen Zeiten und bei steigenden Einkünften zu. Statt durch ein Verbot von Verhütungsmitteln, auf das die Gegner persönlicher Freiheit ihre Hoffnung setzen, können Gesetzgeber und Regierung allein durch vernünftige Außen- und Wirtschaftspolitik die Überalterung infolge zu niedriger Geburtenquoten verhindern. Nicht nur ist die Verbreitung vorbeugender Präparate keine Gefahr für das nationale Ganze; sie trägt sogar zu dessen Wohlfahrt, zum Glück der Individuen bei. Wenn Kinder nicht mehr, wie es heute noch so oft der Fall ist, ihr Leben blinden Zufällen verdanken, wenn die Menschen wirklich frei entscheiden können, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß jeder Sohn und jede Tochter in jener Atmosphäre des Urvertrauens aufwächst, die nach Auffassung der Psychologen eine unentbehrliche Voraussetzung für die Heranbildung ausgewogener, ichstarker Charaktere ist. Indes bietet nicht nur die zunehmende Verbreitung von Antikonzeptionsmitteln Aussicht auf mehr Freiheit und mehr Glück. Auch die fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit und die entsprechende Verlängerung wirklich freier Zeit kann auf die Dauer dazu führen, daß man sich Kinder um ihrer selbst willen wünscht, und nicht, wie es in der Armutsgesellschaft unvermeidbar war, in ihnen vornehmlich ein Mittel der Existenzsicherung sieht. Nur wer weder Einkommenssorgen noch bedrückende Arbeit kennt, kann sich ungetrübt seiner Nachkommen freuen und sich frei für die Vergrößerung der Familie entscheiden.

Selbstverständlich vermag niemand zuverlässig zu sagen, wie die Menschen künftig reagieren werden. Immerhin ist aber die Wahrscheinlichkeit groß, daß die technisch-wirtschaftliche Entwicklung, die die Möglichkeiten freiwilliger Familienplanung verbessert und langfristig die Freizeit weiter verlängern wird, die Geburtenzahl eher erhöht. Die Sorge, ein Volk würde wegen zu niedriger Geburtenquote untergehen, scheint daher unbegründet, und unbegründet auch eine Politik, die unter dem Vorwand der Verantwortung fürs Ganze durch ein Verbot von Verhütungsmitteln die Freiheit der Menschen reduziert.

II.

Neben der biologischen Erneuerung fällt der Familie heute wie in früheren Epochen die Sozialisation der Kinder als wichtigste Aufgabe zu. Sozialisation bedeutet hier die Formung des Heranwachsenden. Seine Prägung und Gestaltung im Sinne von Erwartungen, die die Familie von der Gesellschaft übernimmt und als deren Agentur in der erzieherischen Praxis realisiert. Die Vorgänge in der Familie, so beschreibt Horkheimer diesen Sachverhalt, „formen das Kind von

seinem zartesten Alter an und spielen bei der Entfaltung seiner Fähigkeiten eine ausschlaggebende Rolle. So wie im Medium dieses Kreises die Wirklichkeit sich spiegelt, erfährt das Kind, das in ihm aufwächst, ihren Einfluß. Die Familie besorgt, als eine der wichtigsten erzieherischen Mächte, die Reproduktion der menschlichen Charaktere, wie sie das gesellschaftliche Leben erfordert"[1]). Was immer das Gemeinwesen an Charaktereigenschaften, Denk- und Verhaltensweisen, an Talenten und Geschicklichkeiten braucht, die Grundlagen dafür werden in der Familie gelegt. Sie ist gleichsam der Ort, an dem aus dem natürlichen Stoff die „sozial-kulturelle Persönlichkeit" entsteht. Diese entfaltet sich nicht frei aus vorhandenem Keim, gehorsam nur einem ihr eingeborenen Gesetz. Sie bildet sich vielmehr in der Familie und durch sie heraus, ehe sekundäre Erziehungseinrichtungen wie Schule und Lehrwerkstätten sie weiter formen.

Mit der Veränderung gesamtgesellschaftlicher Strukturen und der durch sie bewirkten Wandlungen der Familienverfassung ändert sich auch die Beschaffenheit der Charaktere, die die Familie produziert. Welche Persönlichkeitsstrukturen sie heute typischerweise hervorbringt, wissen wir nicht genau. Zuverlässige Studien darüber fehlen. Das bedeutet, daß wir kaum mehr als bloße Hypothesen geben können. Eine Quelle dafür sind jugendsoziologische Untersuchungen. Sie enthalten wenigstens fragmentarische Hinweise auf die Sozialisationsleistungen, die die Familie heute vollbringt.

Im Gegensatz zu einem heute verbreiteten Vorurteil über die jungen Leute zwischen 14 und 25 Jahren werden diese von Soziologen und Psychologen nicht als aufsässige, sondern eher als fügsame Generation beschrieben. Auffallend sei an ihr vor allem der Zug zur Anpassung, zur widerstandslosen Einordnung im Konsumsystem. Er zeige sich durchgehend bei Sprößlingen aller Schichten einschließlich derer, die sich als bürgerlich verstehen. Deutlich tritt er hervor etwa im Verhalten zur Vergnügungsindustrie. Keine Altersgruppe, so resümiert von Friedeburg[2]), beugt sich so willig deren Druck wie die Jugendlichen. Die Mehrheit geht regelmäßig ins Kino, häufiger als Erwachsene lesen junge Leute Illustrierte, hören sie Schallplatten und Radio. Die Orientierung am Konsum färbt auch die Arbeitsauffassung. Jugendliche werden als fleißig, lernbegierig und zuverlässig beschrieben. Sie begreifen die Arbeit aber nicht in den altbürgerlich-asketischen Kategorien der Bewährung und Tugend oder in den hochbürgerlichen der Selbststeigerung und des Sachdienstes, sondern als Vehikel des Aufstiegs und Mittel des Verbrauchs. Ein spezifisch jugendliches Element enthält diese Einstellung nur, insoweit sie nüchterner und ehrlicher ist als die Selbstdarstellung mancher Erwachsener, die vom andern, gewiß jedenfalls vom jungen Untergebenen Hingabe an öde Tätigkeit verlangen.

Die Bereitschaft und Fähigkeit, das zu tun, was alle tun, drückt sich auch in anderen Verhaltensweisen und Einstellungen aus. So etwa darin, daß Erstwähler überwiegend die gleiche Wahlentscheidung treffen wie ihre Eltern oder ältere Meinungsführer unter ihren Bekannten[3]). Keinesfalls reagieren sie radikaler als die Erwachsenen. Vielmehr nehmen sie durchweg deren politische Urteile an. Auch die Einstellung zum Militär bezeugt eine starke Neigung zur Adaption[4]).

1) M. Horkheimer, in: Studien über Autorität und Familie, Paris 1936, S. 49.
2) Ludwig von Friedeburg, Zum Verhältnis von Jugend und Gesellschaft, in: Zeugnisse, Th. W. Adorno zum 60. Geburtstag, im Auftrag des Instituts für Sozialforschung, hg. von Max Horkheimer, Frankfurt/M., 1963.
3) S. M. Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, Kap. VIII.
4) Friedeburg, a. a. O.

Die Mehrheit der jungen Männer glaubt, es sei gut für sie, eine Zeit lang Soldat zu sein, weil das Militär sie zu Disziplin und Ordnung erziehe. Viele nehmen den Militärdienst nicht bloß als Notwendigkeit hin, sondern verklären ihn zur heilsamen Erziehungsinstanz. Beispiele dieser Bereitschaft zur Einordnung lieferten ja unlängst die Vorgänge in Nagold. Was an diesen so beklemmend wirkt, ist nicht allein die Brutalität der unteren Vorgesetzten und die bängliche Ignoranz der höheren, sondern ebenso die Angst und Hilflosigkeit einer doch relativ großen Zahl von jungen Soldaten, von denen offenbar keiner den Mut hatte, seinen Vorgesetzten in die Schranken zu verweisen. Nebenbei ein fatales Zeugnis für den politischen Unterricht, den diese Jungen in Schulen und anderswo doch sicherlich erhalten haben. Ihr Versagen fällt auf die Erwachsenen zurück. Sie haben nicht bewußt gemacht, daß der einzelne in diesem Staat tatsächlich Rechte gegenüber seinen Oberen besitzt.

Für die Fügsamkeit der Jungen, die wohl weniger Feigheit als eher vage Hilflosigkeit und Desorientiertheit ist, gibt es weitere Indizien. So berichtet Muchow in einer Arbeit über Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend, es falle den einzelnen sehr schwer, eine begonnene Ausbildung abzubrechen, auch wenn sie eindeutig nicht den eigenen Neigungen und Talenten entspricht[5]). Wagemutig in einen neuen Beruf abzuspringen, trauten sie sich nicht. Grundsätzlich ziehe man es vor, eingegangene Bindungen aufrecht zu halten, nachdem sie längst ausgehöhlt sind. Dies Zögern ist nicht Ausdruck von Treue. Hingabe an Menschen und Dinge, leidenschaftliche Zuneigung und passionierter Haß seien den meisten fremd. Sie bleiben in einer Dämmerzone der Halbverbindlichkeiten und vagen Emotion. Wo man, wie bei Halbstarkenkrawallen, Risiken eingeht, sind diese nach dem Urteil Friedeburgs gleich so kalkuliert, daß einem nichts ernsthaft passieren kann. Die Einstellung zur Politik ist ebenfalls — wie abermals Friedeburg betont — bestimmt durch konformistische Indifferenz, durch affektlose und oft kenntnislose Bejahung des demokratischen Systems. Wie bei den erwachsenen Bürgern erfreut es sich bei den jungen gleichgültiger Zustimmung, weil und solange es funktioniert und weil es das offiziell propagierte ist.

Im ganzen also das Bild ungeformter, weicher, konturloser Personen, fügsam, wenig artikuliert, irgendwie amorph. Eigenschaften, die das herkömmliche Vorurteil dem jungen Menschen als natürliche zuschreibt: Wagemut, Übermut, Abenteuerlust, Leichtfertigkeit, Draufgängertum scheinen weithin zu fehlen. Entsprechen die Jungen nicht dem Begriff der autonomen Person, so freilich auch nicht dem des autoritätsgebundenen Charakters alten Stils. Verhinderte Hitlerjungen sind sie nicht. Das Pathos der Superlative ist ihnen fremd. Großkundgebungen und zackige Märsche, autoritäre Führer lehnen sie ab. Will man sie schlagworthaft charakterisieren, so bietet sich David Riesmans Formel des außengelenkten Menschen an.

Eine Ursache jener Ungeformtheit scheint das Verhalten der Eltern zu sein. Aus Umfragen wissen wir, daß Eltern keineswegs durchgehend die Ausgeglichenheit und Verläßlichkeit beweisen, durch die man die Achtung der Heranwachsenden und damit die Möglichkeit gewinnt, sie vernünftig zu lenken. Viele Erwachsene, so scheint es, fühlen sich unsicher. Absorbiert von außerhäuslichen Geschäften werden sie gleichgültig gegen den andern und unkritisch gegen sich selbst. Das hindert sie, vernünftige Anordnungen zu geben. Junge Menschen spüren das.

5) Hans Heinrich Muchow, Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend, rowohlts deutsche enzyklopädie, Bd. 94, 1959.

Sie weichen den Erwachsenen aus, indem sie ihnen gehorchen. Sie gehorchen nicht etwa, weil sie die Anweisungen für sinnvoll halten, sondern weil diese meist nur periphere Angelegenheiten betreffen und weil man — wie es in Interviews heißt — seine Ruhe haben will. An dieser Ruhe, die eher die Ruhe der Indifferenz ist als die der Harmonie, ist beiden Parteien gelegen. Beide, Eltern nicht anders als ihre etwas größeren Kinder, gehen grundsätzlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg. Beide tendieren zum Kompromiß. Dieser Kompromiß ist irrational, insofern er nicht am Ende vernünftiger Diskussionen oder leidenschaftlicher Kämpfe steht, sondern vorweggenommenes Resultat unausgetragener Konflikte ist. Er ist Symptom der Lockerung familialer Bindungen und zugleich ein Arrangement, diese Bindung doch aufrecht zu halten.

Das Versagen der Eltern hat nicht allein individualpsychologische Gründe. Ebenso sehr erklärt es sich aus der Verfassung der außerfamilialen Welt. Diese gibt den Erwachsenen kaum Gelegenheit, sich in jener Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit zu üben, die Voraussetzungen vernünftiger Erziehung und zugleich deren Resultate sind. Zwar baut sich die westdeutsche Gesellschaft nicht mehr nach dem alten autoritären Schema auf. Der Abbau der traditionellen Formen von Gehorsam und Befehl hat jedoch nicht zur Herstellung tatsächlich freier Verhältnisse geführt. Statt wirklich demokratischer bildeten sich oligarchisch-pluralistische Herrschaftsmuster heraus, statt partnerschaftlicher Kooperation die raffinierte Manipulation. Wie sollen Erwachsene, die unter dem Druck der Manipulatoren ihre Lebensziele formulieren und sie nur durch virtuose Anpassung erreichen, ihre Kinder Widerstand lehren gegen die Manipulation? Dazu sind sie um so weniger imstande, als die Familie heute keineswegs ein gegen die außerfamilialen Einflüsse abgeschirmter Schonraum ist, in dem der Heranwachsende sich ungestört entfalten und Resistenzkraft entwickeln kann. Das kapitalistische System hat die ganz aus dem Arbeitsprozeß ausgegliederte und damit scheinbar ganz privatisierte Familie indirekt sozialisiert. Konsumappelle dringen durch mannigfache Kanäle ständig in sie ein. Die Kinder wenigstens in den formativen Jahren dagegen zu isolieren, scheint nur noch ausnahmsweise möglich. Sie lernen Anpassung und Nachgiebigkeit, noch ehe sie eine Chance hatten, anders zu sein.

Indem die Familie statt zu Urteilsvermögen und Selbständigkeit eher zu Adaptionsbereitschaft erzieht, erfüllt sie Bedürfnisse eines autoritär-bürokratischen, aber nicht die des demokratisch-bürokratischen Systems. Jedes bürokratische Gebilde braucht Menschen, die sich willig in das komplizierte Räderwerk einfügen und es nach vorgegebenen Normen statt nach eigenem Ermessen bedienen. Ist Anpassung ein unaufhebbares Gebot industrieller Rationalität, geht sie doch in der in der Familie eingeübten Form weit über das nötige und nützliche Maß hinaus. Damit stützt die Familie die restaurativ-manipulierenden, nicht aber die demokratischen Mächte in der Gesellschaft. Die Demokratie braucht Menschen, die sich nicht bewußtlos einfügen oder gleichgültig mitmachen oder einfach beiseite stehen. Langfristig setzten Erhaltung und Festigung der demokratischen Ordnung voraus, daß die Individuen ihre Rechte kennen und wahrnehmen, daß sie kritisch über die Zwecke der von ihnen geforderten Tätigkeiten nachdenken und gegebenenfalls Sand in das Getriebe streuen. Das ist heute objektiv ein vitaleres Bedürfnis als das nach Ordnung und reibungslosem Funktionieren. Die Gesellschaft, die die Mittel zum kollektiven Mord und kollektiven Selbstmord hervorgebracht hat, kann sich nur durch die Erziehung der Menschen zu Kritik und Widerstandsfähigkeit dagegen schützen. Diese Erziehung leistet die Familie normalerweise nicht.

Obwohl die Familie nur selten die Persönlichkeitsstrukturen hervorbringt, die die Gesellschaft für ihr Überleben braucht, kann diese auf jene nicht verzichten. Es gibt keine Einrichtungen und, was wichtiger ist, es kann keine Einrichtungen geben, die der Familie als Sozialisationsinstanz grundsätzlich überlegen wären. Zwar wären zahlreiche Kinder heute in Heimen besser aufgehoben als bei ihren Eltern. Gleichwohl ist die Heimerziehung im Normalfall der häuslichen unterlegen. Das hat einen einfachen Grund. Pädagogen, sie mögen noch so fähig sein, verrichten ihre Arbeit in erster Linie, um ihren Unterhalt zu verdienen. Stets ist ihr Verhältnis zu den Jüngeren durch Tauschmomente vermittelt. Der Angestellte kann sich nicht so leicht mit dem Kind identifizieren, wie es noch die unaufgeklärte und gering qualifizierte Mutter vermag, eben weil das Kind ihr Kind ist. Das muß sich auf die Behandlung der Betreuten auswirken.

Schließlich ist die Familie auch deshalb schwer entbehrlich, weil sie mehr als andere Institutionen Restbestände nichtökonomischer Wertbegriffe bewahrt: den Begriff der Wahrheit, der gegenseitigen Hilfe, der Zuverlässigkeit, der Solidarität. Diese Kategorien werden, wie unvollkommen auch immer, zuerst in der Intimgruppe in Verhaltensforderungen übersetzt. Das ergibt sich aus dem spezifischen Charakter der Institution. Anders als die Arbeitsgruppe, die Partei oder ein anderer Verband kann die Familie kaum für längere Zeit ganz im Klima der Lüge, des Intrigierens, der individuellen Unzuverlässigkeit und der Unterdrückung bestehen. Der Angestellte, der Karriere machen will, der Generaldirektor, der hohe wie der niedrige Verbandsfunktionär müssen Kollegen und Vorgesetzte immer wieder täuschen. In der Intimgruppe fällt das schwerer, weil sie für jedes Mitglied überschaubar ist und auseinanderfällt, wenn sie Wahrheit und Solidarität ganz preisgibt. Gewiß ist die Familie keine Stätte reiner Wahrhaftigkeit und selbstloser Hilfe. Aber das Maß an Ehrlichkeit und gegenseitiger Förderung übertrifft normalerweise doch das Maß der anderswo praktizierten Solidarität. Daß ungeachtet aller Verstöße innerhalb und außerhalb der Familie Lüge Lüge heißt, Unzuverlässigkeit Unzuverlässigkeit, Korruption Korruption, hat die Gesellschaft vorab der Intimgruppe zu danken. Diese kann das moralisch Fragwürdige zwar nicht besiegen. Gleichwohl ist sie der Ort, an dem am ehesten das Bewußtsein wach bleibt, daß die Verstöße Verstöße sind. Indem sie wenigstens Rudimente von Gewissen erzeugt, leistet sie trotz aller ihrer Defekte der Humanität in der Gesellschaft doch einen, wenn auch bescheidenen, aber immerhin lebenswichtigen Dienst.

Die Untersuchung der Situation, in der sich die Familie heute befindet, hat zu optimistischen und zu kritischen Resultaten geführt. Sicher scheint, daß kein Anlaß besteht, den Niedergang der Institution zu fürchten. Klagen über ihren drohenden Zerfall sind oft nur Vorwand für den Versuch, das Privatdasein durch obrigkeitliche Eingriffe noch mehr zu reglementieren. So wenig wie der autoritäre Pessimismus ist andererseits die blinde Verklärung der Familie gerechtfertigt, die so oft Hand in Hand geht mit der verdächtigen Rede vom Sinken der Moral. Die Familie ist bei uns nicht Keimzelle und Vorschule der Demokratie. Sie muß es aber werden, wenn sie selbst in Freiheit weiter bestehen soll.

Prof. Dr. Max Steenbeck

Wissenschaft und Gesellschaft

Anläßlich der Immatrikulation 1965 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena hielt der 1904 in Kiel geborene Physiker und Direktor des Instituts für Reaktorenbau Prof. Dr. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Max Steenbeck nachfolgenden Festvortrag. Die Rede gewährt einen aufschlußreichen Einblick in seine Vorstellungen von der Rolle des Naturwissenschaftlers in der Gesellschaft.

D. Red.

Eine Immatrikulation ist immer ein wichtiges Ereignis; für die Universität bedeutet sie einen stets sich wiederholenden Verjüngungsprozeß, und für die jungen Kommilitonen eine entscheidend wichtige Weichenstellung für ihren weiteren Lebenslauf. Wir Älteren denken dann wohl 30, 40 oder mehr Jahre zurück in die Zeit, als wir selbst das erstemal die alma mater besuchten, und an das, was dann aus unseren damaligen Plänen und Wünschen geworden ist. Wir versuchen auch, uns um die gleiche Zeitspanne voraus in die Zukunft hineinzudenken, wenn dann Sie, meine jungen Kommilitonen, in unserer Lage sein werden. Solche Gedanken erfüllen uns mit Hoffnung und auch mit etwas Sorge. Die Welt wird dann sehr viel anders sein als unsere heutige Welt, und Sie werden sehr viel mehr wissen müssen, als wir es heute tun, um mit dieser zukünftigen Welt fertig zu werden. Dazu möchten wir Ihnen gerne einige Worte mit auf den Weg geben.

Es läge nun nahe, bei diesem Anlaß einiges zu sagen über die Verantwortung des Wissenschaftlers, der Sie sich werden stellen müssen, oder auch darüber, daß Sie unsere Zukunft sind und wir Sie mit allem unterstützen wollen, in diese Zukunft hineinzuwachsen, nicht nur mit unserem Wissen und Können, sondern auch mit unserem Vertrauen. Ich könnte von dem Wunsch sprechen, daß diese Zukunft friedlich sein möge und noch von vielem mehr dieser Art.

Alles dies wäre wahr und ehrlich gemeint, und trotzdem werde ich nicht so zu Ihnen sprechen.

Es ist zu billig und einfach, den Frieden nur zu wünschen: Man muß etwas dafür tun, und ein Wunsch ist nie schon eine Tat. — Ihnen unser Vertrauen auszusprechen, wäre dann nötig, wenn Sie das zur Steigerung Ihres Selbstvertrauens noch brauchten; aber ich habe durchweg nicht gerade diesen Eindruck. Oh, es kann bei jedem Menschen nötig sein, ihm Mut zuzusprechen, wenn er an einer schweren Aufgabe fast verzweifelt oder an einem Fehler, den er gemacht hat — und das kommt sicher bei jedem Einzelnen vor, der gegen sich selbst ehrlich ist. Aber gerade dazu nützt dann eine summarische Erklärung unseres Vertrauens wenig oder gar nichts; auch das wäre zu billig und einfach. Suchen Sie sich in einer solchen Lage selbst einen Menschen, dem Sie vertrauen, und wir würden glücklich sein, wenn Sie dann auch einmal zu einem von uns Älteren kommen würden; das ist das Ehrlichste, was ich dazu sagen kann. — Ich scheue mich ebenfalls, hier

schon viel von der Verantwortung zu sprechen, der Sie sich werden stellen müssen, von der Pflicht, um der Gesellschaft willen etwas tun zu müssen, was Sie selbst lieber nicht oder anders machen möchten, und von der Bereitschaft, es dann eben doch so zu tun, wie es nötig ist. Selbstverständlich sind Sie dazu grundsätzlich bereit; aber was das im einzelnen erfordert, das werden Sie erst dann wahrhaft begreifen, erleben und bejahen, wenn durch Sie und Ihr Tun etwas entstanden ist, das nicht mehr Sie selbst sind, etwas, was wert ist zu bestehen und das Sie weiter und über sich hinaus wirken lassen möchten — seien es Resultate Ihrer Arbeit oder Mitarbeit, sei es die Bindung an einen geliebten Menschen: Erst wenn Sie Werte mitgeschaffen haben außerhalb Ihres eigenen Ich, werden Sie wirklich wissen, was es heißt, Verantwortung zu tragen, was es heißt, das Weiterleben der Menschen zu sichern und eben dazu den Frieden.

Wenn Sie einmal Ihrem kleinen Kind — oder später auch Ihrem Enkel — in die Augen sehen und dabei ehrlich wagen, ohne Beschönigung an das Unvorstellbare eines modernen Krieges zu denken, in den dieses Kind hineinwachsen könnte — dann geht der Begriff Verantwortung ganz anders unter die Haut, als wenn Sie nur sich selbst sehen. Dann ist der Mensch innerlich wahrhaft bereit, für seine Verantwortung auch jedes persönliche Opfer wirklich zu bringen — und nicht nur grundsätzlich zuzustimmen.

Nein, ich will heute noch nicht sagen, was von Ihrer Generation, die durchweg so sehr viel nüchterner und zur Kritik bereiter denkt, als wir es in Ihrem Alter taten — ich will nichts sagen, was von Ihnen heute vielleicht noch so aufgefaßt werden könnte, als wollte ich Sie nur zu etwas überreden, was Sie selbst noch nicht wollen, als wollte ich Ihnen etwas einreden oder sie gängeln mit „Du mußt, Du sollst".

Ich möchte Ihnen aber einiges sagen, was dazu dienen könnte, daß Sie sich selbst durch eigenes Denken zu einer klaren Überzeugung über sich, über Ihre Bedeutung und Ihre Aufgabe durcharbeiten können. Das können nur Sie selbst in echter Arbeit an sich tun. Ich weiß, daß nicht alle Menschen — und vermutlich auch von Ihnen nicht alle — dazu fähig oder bereit sind; ich spreche aber zu denen, die die Zukunft mit gestalteten und in der kommenden Entwicklung nicht nur Objekt bleiben wollen.

Eine Überzeugung, die standhalten soll, kann man nicht lernen oder von anderen abschreiben. Eine Überzeugung, die standhalten soll, ist kein leichtes Gepäck, das man bequem schnallen kann; eine Überzeugung, die standhält, ist unmöglich ohne echtes Wissen und ohne die Fähigkeit und ehrliche Bereitschaft, dieses Wissen auch anzuwenden, gerade auch dann, wenn dies unbequem ist. Auch dazu — und das nicht zuletzt — wird Ihnen Ihre Arbeit an der Universität helfen — wenn Sie selbst den Kopf und das Herz dazu haben.

Und damit bin ich bei dem Thema, über das ich hier einiges sagen möchte:

Warum erwerben wir Wissen, warum treiben wir Wissenschaft, was ist Wissenschaft?

Die Antwort lautet ganz nüchtern und ohne jedes Pathos: Wissenschaft ist geordnete Erfahrung. Wir treiben Wissenschaft, um uns in einer objektiv vorhandenen, aber nicht um des Menschen willen geschaffenen Welt zurechtzufinden. Jeder Einzelne muß dazu soviel an Wissen erwerben, daß er in seiner Umwelt, von der sein Beruf nur ein Teil ist, sich sinnvoll verhalten und vernünftig handeln kann.

Vielleicht halten Sie diese drei Thesen für selbstverständlich und trivial. Ich würde mich freuen, wenn Sie zu dieser Einstellung auf Grund eigenen Denkens gekommen wären, das bis zu den harten Endkonsequenzen geführt hat. Aber ich glaube nicht, daß das durchweg der Fall ist.

Eine objektiv existierende Welt, das heißt u. a., daß die übrigen Menschen mit ihrem Streben, Mühen, Hoffen und auch Verzweifeln genau so real sind, wie man selbst, und daß man sein eigenes Ich und seinen eigenen Wunsch darum nicht wichtiger nehmen und als für das eigene Tun entscheidend ansehen kann, wenn überhaupt ein Zusammenleben der Menschen möglich sein soll. Die Freiheit des Einzelnen wird dadurch viel weiter eingeschränkt als nur durch die billige Forderung: Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg' auch keinem andern zu. Eine solche Passivität wäre im Grunde genommen nur ein bequemes Sich-Abschließen von der Gesellschaft, sie reicht durchaus nicht als Richtschnur für unser Handeln in einer sich immer mehr verzahnenden Welt. Man muß etwas für die anderen Dienliches tun, nicht etwa um nur das zurückzugeben oder weiterzugeben, was die anderen für einen selbst geleistet haben; denn eine solche Bilanz reicht nicht aus in einer an Zahl und Ansprüchen wachsenden Menschheit. Das gilt genau so für den Wissenschaftler — auch für den Forscher — der in seiner Arbeit nicht einfach das machen kann, was ihn selbst interessiert, was ihm selbst Freude bereitet oder seinen Wissensdrang und seine Neugier befriedigt; auch er muß mit seiner Arbeit etwas leisten, was den anderen, was unserer Gesellschaft nützt, sei es in unmittelbarer praktischer Verwertung, sei es an Erweiterung unserer Erkenntnis, die wir brauchen, um zu wissen, wie wir vernünftig handeln sollen.

Nun, ein extremer Individualismus, bei dem der Mensch nur sich selbst sieht, wird wohl ohnehin von niemandem bei uns als eine mögliche Form für das Zusammenleben der Menschen angesehen. Das ändert aber nichts daran, daß gerade die Jugend ihm stärker, als es schließlich möglich ist, huldigen möchte, und das ist auch ganz selbstverständlich und nur natürlich. Denn Sie, meine jungen Kommilitonen, sind jetzt zum vollen Bewußtsein Ihres Ich, Ihrer Persönlichkeit gelangt, und Sie wollen sich in ihr beweisen und bestätigen, und Sie wollen Sie selbst sein können. Es wäre traurig, wenn es anders wäre; gäbe es nur brave Musterschüler, so würde die Welt ziemlich langweilig und kraftlos sein. Nur eine Bitte habe ich dann an Sie: Seien Sie in Ihrem berechtigten Wunsch, sich selbst zu finden und vor sich zu bestehen, seien Sie in diesem Wunsch nicht zu anspruchslos gegen sich selbst. Wenn Sie schon Sucher des Wertes Ihres Ich sein wollen, dann bleiben Sie nicht beim ersten Teil des Faust stehen oder gar bei der rührenden Gretchen-Tragödie. Es heißt dort zwar schon zu Beginn: Im Anfang war die Tat. In Wirklichkeit aber findet sich die erlösende Tat erst im zweiten Teil des Faust in der Arbeit für die Gesellschaft. Je höher die Ansprüche sind, die Sie an sich selbst stellen, um vor sich zu bestehen, um so eher werden Sie erkennen und um so tiefer werden Sie erleben, wie steril, wie leer ein Leben ist, das nur das eigene Ich als Maßstab kennt, und um so früher werden Sie manche Vorbilder überwinden, von denen Sie heute vielleicht gerade wegen ihrer unbekümmerten Rücksichtslosigkeit noch fasziniert sind.

Soviel zu einer objektiv existierenden und auch außerhalb unseres eigenen Ich vorhandenen Welt, in der wir leben und in der wir uns zurechtfinden müssen. — Nun noch ein paar Worte zu der anderen Prämisse für eine Festlegung dessen, was Wissenschaft ist und soll:

Die Welt ist nicht um der Menschen willen geschaffen. Diese naive Vorstellung haben sich die Menschen zwar überall in der Vergangenheit gebildet, aber sie

hält dem zunehmenden Wissen nicht stand. Sie wird geradezu grotesk, wenn man sich vergegenwärtigt, ein wie kleines Stäubchen im Kosmos unsere Erde ist. Denken wir uns die Welt, so weit sie unserer Sicht bisher zugänglich ist, auf die Größe der Erde verkleinert, so wäre selbst die Sonne auch mit dem stärksten Elektronenmikroskop noch unauffindbar, von der Erde ganz zu schweigen. Ein bißchen zuviel an Aufwand für die Erde, wenn diese das Zentrum, oder gar für den Menschen, wenn er der Sinn einer Schöpfung sein sollte. Wir werden also wohl die überhebliche Anmaßung eines anthropozentrischen Weltbildes wirklich aufgeben müssen, das dem Menschen so schmeichelt, weil es ihn ins Zentrum der Welt setzt. Sie meinen, das hätten wir doch schon längst getan? Gemach, meine sehr verehrten Zuhörer, ich werde Ihnen noch einige Male zeigen, wie sehr, wenn auch unbewußt, diese Vorstellung in unserem Denken noch immer herumgeistert, sogar dort, wo wir es am wenigsten erwarten sollten: in der Wissenschaft selbst und unserer Einstellung zu ihr.

Aber nun möchte ich doch zu der eigentlichen Frage kommen: Was ist Wissenschaft? Die Antwort habe ich vorhin schon gegeben: Geordnete Erfahrung. Aber geordnete Erfahrung übermittelt doch ein Facharbeiter seinem Lehrling auch. Ist Wissenschaft nicht etwas Höheres? — Meine jungen Zuhörer, ich warne hier vor jeder Überheblichkeit; wahre Wissenschaft erzieht den, der sie begreift, viel nachdrücklicher zur Bescheidenheit, als fast alle anderen Bezirke unseres Lebens das können. Die Definition der Wissenschaft als geordnete Erfahrung stimmt schon, aber wir müssen sowohl den Begriff Erfahrung wie auch den der Ordnung viel umfassender wählen, als wir es üblicherweise gewohnt sind. Erfahrung ist hier keineswegs so etwas wie die Summe dessen, was wir erleben, sondern auch das Ergebnis von jeweiligen Experimenten, Beobachtungen und ebenfalls das Resultat von Schlußfolgerungen, die sich bewährt haben. Ordnung ist nicht einfach eine übersichtliche Registrierung dieser Erfahrungen nach Art einer Kartei, sondern der Bau einer logischen Struktur für die Zusammenhänge zwischen den Einzelerscheinungen und Vorgängen.

Ein kleines Beispiel soll das zu illustrieren versuchen. Die Mathematik arbeitet mit imaginären Zahlen, die als Einheit die Quadratwurzel aus — 1 haben; solche Zahlen kommen in der elementaren Erfahrung aber sicher nicht vor. Wieso können sie also geordnete Erfahrung sein?

Bei der Ordnung der Rechenregeln mit den gewöhnlichen Zahlen stieß man auf eine Lücke in den Rechenmöglichkeiten, die nur mit den hierzu konstruierten imaginären Zahlen zu schließen war. Die Erfahrung beim Aufstellen von Ordnungen hat nun immer wieder gezeigt, daß sich das Schließen einer Lücke in unseren Vorstellungen lohnt, auch wenn das eine erst einmal unfaßbare Anforderung an unsere noch am Altgewohnten gewachsenen Begriffe bedeutet. Wenn wir dazu unsere Vorstellungen durch sinnvoll definierte Begriffe erweitern, müssen wir immer auf einem Erfahrungsfundament an schon bewährten Methoden weiterbauen. Dann aber kann der Erfolg eine ungeheure Erleichterung und Erweiterung unserer Möglichkeiten sein, sich in unserer Umwelt zurechtzufinden, und genau das ist ja der Sinn aller Wissenschaft.

Immer wieder müssen dazu Begriffe und Symbole neu geschaffen werden; aber letzten Endes sind sie dennoch immer entstanden oder veranlaßt und werden immer wieder geprüft in ordnender Verarbeitung unserer gesamten Erfahrungen.

Ein uns heute völlig geläufiger Begriff, den die Antike allerdings noch nicht kannte, ist die Null als Zahl, entgegen der sich zunächst aufdrängenden Vorstel-

lung, daß man mit dem Begriff Nichts doch nicht rechnen könne; aber gerade dadurch wurde die arabische Schreibweise der Zahlen mit ihren einfachen Rechenschemata möglich. In der Antike mußten noch für die einfachsten Rechnungen, die heute jeder Klippschüler versteht, besondere wertvolle Rechensklaven gehalten werden. Dieser so schwer faßbare Begriff Nichts hat sich in dem Symbol „Null" also ganz ungewöhnlich bewährt. Andererseits können Begriffe, die nach einem alten Vorstellungsschema geradezu als unbedingt nötig erschienen, sich dann weiterhin als völlig überflüssig und geradezu sinnlos erweisen. Als Beispiel nenne ich den Äther als den Träger des Lichtes, der schließlich nur noch eine sprachliche Funktion hatte, nämlich zu dem Verbum „Schwingen" ein Subjekt zu liefern; so verschwand dieser Äther wieder völlig aus der wissenschaftlichen Welt.

Erfahrungen sammeln und sie ordnen sind sich wechselseitig bedingende Aufgaben jeder Wissenschaft. Erst die Ordnung macht auf mögliche Lücken in unseren Erfahrungen aufmerksam, und neue unerwartete Erfahrungen können andererseits zu einer völligen Umordnung unseres Wissens zwingen. Eben wegen dieses Wechselspiels ist Wissenschaft weit mehr als Empirie. Reiner Denksport andererseits ohne Bezugnahme auf irgendwelche Erfahrungsgrundlagen ist keine Wissenschaft, sondern Leerlauf ohne Substanz und nützt zu nichts.

Die Erfahrung zeigt, daß unser ordnendes Denken es möglich macht, eine ungeheuer große Anzahl von Einzeltatsachen, die voneinander getrennt unübersichtlich bleiben würden, in Form von Gesetzmäßigkeiten zusammenzufassen, so daß die Kenntnis eines einzigen zentralen Satzes die Kenntnis der vielen Einzeltatsachen ersetzt. Letzten Endes ist eine solche Ordnung das Ziel und geradezu das Kennzeichen einer modernen Wissenschaft. Bei den Naturwissenschaften begann die Zusammenfassung der Einzelerscheinungen in Gesetze etwa mit Galiläi, bei den Gesellschaftswissenschaften mit Marx. Die eigentliche Leistung liegt in beiden Fällen nicht nur in der Zusammenfassung von Erfahrungen, sondern in der Aufstellung von Leitgedanken für die Zusammenhänge, als die für die gesellschaftliche Entwicklung Marx die ökonomischen Notwendigkeiten erkannte; dieser Gedanke hat starke Beziehungen zu dem allem Leben in der Natur innewohnenden Willen zur Fortsetzung des Lebens. Er formiert die gesellschaftlichen Klassen und bestimmt ihren Kampf. Trotzdem zeigt sich in der Bereitwilligkeit, die Möglichkeit einer solchen Gesetzmäßigkeit anzuerkennen, bei vielen Menschen ein merkwürdiges Verhalten. Die Möglichkeit, Gesetzmäßigkeiten in der Natur aufzufinden, wird bereitwillig zugegeben; für die Gesellschaftswissenschaften wird diese Möglichkeit aber noch oft genug mit starker innerer Reserve aufgenommen oder überhaupt abgelehnt. Woher kommt das?

Es ist nützlich, sich darüber klar zu werden, daß hier ein anthropozentrisches Relikt wirkt, ein Überbleibsel aus der uns so angenehmen und deswegen so ungeheuer schwer zu überwindenden Auffassung, daß der Mensch eine Sonderstellung im Kosmos habe. Außerdem wirken hierbei auch noch falsche Auffassungen mit über das, was solche Gesetzmäßigkeit tatsächlich bedeutet.

Als Galiläi und später Newton die ersten Naturgesetze aus dem Gebiet der Mechanik auffanden und formulierten, war der Glaube noch unbestritten, daß ein liebender Gottvater die Welt für die Menschen erschaffen habe. Die wunderbare Klarheit der entdeckten Gesetze wurde schließlich geradezu ein Beweis für die Weisheit des Schöpfers, und die Tatsache, daß der Mensch diese Gesetze auffinden und begreifen konnte, war ein Beweis dafür, daß dem Menschengeist ein

Funke dieses großen Schöpferwesens innewohnen müsse. So schmeichelte die Erkenntnis von Naturgesetzen geradezu dem Wunsch des Menschen nach einer Sonderstellung in der Schöpfung; der Mensch will eben immer gerne etwas sein, ohne etwas dafür tun zu müssen.

Andererseits verabsolutierte man aus ähnlichen Beweggründen das erkannte Gesetz als endgültig und so vollkommen wie der Schöpfer, obwohl z. B. Newton selbst von allen hypothetischen Deutungen abrückte und im Grunde nichts anderes behauptete als: Mit den und den Vorstellungen bekommt man nach dem und dem Rechenschema richtige, d. h. mit der Erfahrung übereinstimmende Resultate. Das ist genau auch unsere heutige Einstellung — aber diese Bescheidenheit ging aus den genannten Gründen im Laufe der Zeit wieder verloren und mußte mühsam neu gewonnen werden.

Als sich gegen Ende des vorigen und mit Beginn unseres Jahrhunderts immer mehr Erfahrungen ansammelten, bei denen das Rechenschema der Newtonschen Mechanik nicht zu richtigen Resultaten führte, mußte erst eine große Menge Schutt an eingebildeter Absolutheit unserer Erkenntnisse fortgeräumt und eine große Anzahl nicht mehr ausreichender Begriffe verworfen oder umgeformt werden, bis wieder eine übersichtliche Ordnung aller Erfahrungen, der alten und der neuen, möglich wurde. Relativitätstheorie und Quantentheorie hätten sich viel leichter durchgesetzt, wenn man die Naturgesetze immer nur als eben das angesehen hätte, was sie tatsächlich sind: In großartiger Weise geordnete Erfahrungen, aus deren Kenntnis man Voraussagen über weitere, vorher noch nicht bekannte Erscheinungen und Vorgänge ableiten kann und die oft genug über ihren ursprünglichen Erfahrungsbereich hinaus gewaltig extrapoliert werden können. Daß die dabei verwendeten und neu gebildeten Vorstellungen und Begriffe vielfach weit über die früher gewohnten und selbstverständlich gewordenen hinausgehen mußten, ändert weder etwas an ihrer Brauchbarkeit, noch verhindert diese Tatsache, daß diese neuen Begriffe in einiger Zeit ebenfalls wieder als selbstverständlich angesehen werden können — so, wie uns heute selbstverständlich ist, daß die Antipoden auf der Gegenseite der Erde nicht auf dem Kopf stehen, obwohl sie uns ihre Füße zukehren. Das war früher auch einmal für die meisten Menschen undenkbar.

Vielleicht sollte man noch auf eine Frage kurz eingehen, die sich hier aufdrängt: Wieso kann sich das menschliche Denken so wunderbar weit über die einfache Erfahrung des Alltags hinausschwingen und dabei doch zu richtigen Resultaten kommen? Man kann darauf eine Art Antwort etwa so geben:

Alle Lebewesen haben sich nur erhalten und fortentwickelt, wenn sich ihre ererbten oder erworbenen Fähigkeiten für ihre Weiterexistenz als dienlich erwiesen. Das gilt auch für uns. Wir Menschen sind das geworden, was wir sind, weil eben unsere Denkstruktur, dieses neuartige, erstmals beim Menschen verwirklichte Instrument, sein Leben zu sichern und sich in der Umwelt zu behaupten und durchzusetzen, weil also unsere Denkstruktur sich im Einklang mit der Umwelt entwickelt hat, ebenso wie etwa ein Mövenflügel mit den Regeln der Aerodynamik im Einklang steht. Hätte es in der frühen Urzeit einmal menschenähnliche Anfänge mit einer anderen Denkstruktur, etwa nach Art von Geisteskranken, gegeben, deren Art zu denken dann also nicht zu der Umwelt gepaßt hätte und damit also auch nicht ein brauchbares Instrument gewesen wäre, sich in der Umwelt zu behaupten und durchzusetzen, ja, dann wären diese Wesen heute genauso ausgestorben, wie es eine Möve mit Fledermausflügeln wäre. — Ich weiß selbst genau genug um den unbefriedigenden Rest, den diese Antwort läßt, und

um den Wunsch, in dem Menschen mehr zu sehen als das biologische Lebewesen homo sapiens. Machen Sie sich darüber Bilder, so viel und so farbig Sie wollen; nur überbewerten Sie diese Bilder nicht in der Weise, daß Sie daraus für sich das Recht ableiten, die Lehren der geordneten Erfahrungen der Menschheit als für sich nicht bindend anzusehen; hier endet die persönliche Freiheit unbedingt und endgültig.

Denn die Anrufung eines Weltgeistes hat uns nicht vor dem Schicksal eines Blitzschlages oder der Pest bewahrt; wohl aber hat dies unsere eigene Arbeit vollbracht, die unsere Erfahrungen sinnvoll nutzte und damit zum Blitzableiter und zur Entdeckung der Krankheitserreger führte. Unsere durch eigene Arbeit gewonnene Erkenntnis hat, was vorher als Fügung, als Schicksal erschien, enthüllt als das, was es in Wirklichkeit ist: Als Unwissenheit und oft genug auch als Nicht-Wissen-Wollen, aus den verschiedensten, auch aus böswilligen Beweggründen.

Gibt es denn keine Grenzen für die Erkennbarkeit der Welt durch den Menschen? Können wir erreichen, daß unsere Zweifel und unser Suchen immer eine Antwort finden und die Widersprüche in unserer Umwelt sich entwirren?

Wenn wir die Umwelt meinen, in der wir leben, die unmittelbar auf uns einwirkt, die wir beeinflussen — dann müssen wir allerdings von dem Axiom ausgehen, daß uns hier die Zusammenhänge grundsätzlich verständlich sind, oder wir verzichteten überhaupt auf die einzige Möglichkeit, uns zurechtfinden und sinnvoll handeln zu können. Die Nutzung dieser Möglichkeit erfordert angestrengte wissenschaftliche Arbeit, auch Phantasie; aber Phantasie haben und Phantast sein, ist ein gewaltiger Unterschied —. Wenn wir aber eine These: „Die Welt ist erkennbar", auf den ganzen Kosmos ausdehnen, gelangen wir wieder in gefährliche Nähe eines anthropozentrischen Weltbildes in der Art, daß der Mensch so etwas wie die Krone der Schöpfung sei und es in der ganzen, von uns doch mit allem Ernst als real, auch ohne unser Dasein vorhanden angesehenen Welt nichts gäbe, was für uns so unverständlich sei wie der pythagoreische Lehrsatz für den Affen. Aber wir haben in diesem Vergleich auch schon die Antwort: Der Pythagoras ist für den Affen nicht nur unverständlich, er ist auch ohne jede Bedeutung für ihn. Was für unser Handeln Bedeutung hat, ist für uns erkennbar, und die hierzu jeweils nötige Erkenntnis zu erreichen, ist die eigentliche Aufgabe der Wissenschaft.

Mit der Widersprüchlichkeit in der Welt steht es ähnlich. Sie ist sicher vorhanden in unserer eigentlichen Menschenwelt, in den Beziehungen zwischen den Menschen, und hier kann es möglich sein, sie in These und Antithese konstruktiv zur Synthese zu führen und damit etwas neues, vorher nicht Vorhandenes zu schaffen. Wenn wir eine Widersprüchlichkeit als innerstes Gesetz aber auf den ganzen Kosmos übertragen wollten, so projizierten wir unsere Denkstruktur als Maßstab in die objektive Wirklichkeit und gäben dieser einen anthropozentrischen Inhalt. Das ändert nichts daran, daß auch hier die Klärung von Widersprüchen in unserem Wissen zur Synthese von etwas für uns völlig Neuem führt; aber es ist nur für uns neu, nicht in der auch ohne uns vorhandenen Welt. Als naturwissenschaftliches Beispiel möge der bekannte Dualismus Welle — Korpuskel dienen. Solange wir diesen „inneren Widerspruch" nur beim Licht kannten, störte er. Seitdem wir wissen, daß dieser Dualismus überall auftritt, haben wir ihn als allgemeingültiges Naturgesetz erkannt und haben etwas für uns völlig Neues hinzugelernt; seitdem ist die Frage: Was ist denn nun ein Elektron wirklich: Welle oder Korpuskel, für uns vergleichbar etwa mit der Frage: Welche

Seite eines Markstückes ist eigentlich die wirkliche: Zahl oder Wappen? Eine Fragestellung als sinnlos zu erkennen — auch darin besteht oft genug der Fortschritt unseres Wissens. Es gibt so viele Fragestellungen, die für unser Verhalten hier und heute wichtig sind — denen sollten wir gegenüber Problemen, die zwar die tiefsten Tiefen zu berühren scheinen und die sich dann doch oft genug als sinnlos herausstellen, den Vorrang geben.

Gesetzmäßigkeiten sind also nichts anderes als großartig geordnete Zusammenfassungen menschlicher Erfahrungen. Warum sollte dann das nicht genau so gut im gesellschaftswissenschaftlichen wie im naturwissenschaftlichen Bereich möglich sein? Es ist genau die gleiche Aufgabe.

Allerdings sind im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich die Hemmnisse größer, die die menschliche Eitelkeit zunächst einmal aufrichtet. Wir sahen vorhin, daß die Auffindung naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten dem menschlichen Wunsch geradezu schmeichelte, etwas Besonderes zu sein; wenn aber gesellschaftswissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten aufgestellt werden, die auch für unsere eigene Person und unser eigenes Verhalten gelten sollen, dann meutert unsere menschliche Eitelkeit, die uns ein vollkommenes Bild von persönlicher Willensfreiheit vorgaukelt — das nur eben der objektiven Erfahrung nicht standhält.

Wie weitgehend das Verhalten der Menschen in bestimmten Situationen voraussagbar ist, zeigen schon ganz einfache Erfahrungen: Jeder Psychologe kennt die weitgehende Übereinstimmung im Verhalten der verschiedensten Menschen bei bestimmten Testversuchen; der westliche Werbefachmann weiß seine Texte und Bilder sehr genau so auszuwählen, daß sie bei so gut wie all den Menschen, die er erreichen will, auch „ankommen". Meinungsforschung — sicher oft überschätzt — wäre völlig sinnlos, wenn es nicht weitgehende Gleichheiten der menschlichen Reaktionen gäbe, um so klarer ausgebildet, je größer der einbezogene Personenkreis ist. Die Gesellschaftswissenschaften befassen sich aber wesentlich gerade mit dem Verhalten ganzer Klassen — übrigens nicht oder nicht nur, um zu gesicherten Aussagen zu kommen, die von Zufälligkeiten möglichst frei sind, sondern vor allem, um zu Aussagen über die wirklich geschichtsbildenden Faktoren zu kommen. Die menschliche Eitelkeit ist zwar ein starkes Hemmnis, aber sie ist nun wirklich kein Gegenargument bei der Beurteilung der Möglichkeit auch gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten.

Ich will nur auf einige wenige Beispiele hinweisen, die solche Möglichkeiten aufzeigen. Die in den letzten zwei Generationen erfolgte tiefgreifende Änderung in der gesellschaftlichen Stellung der Frau hat sich sicher nicht zufällig vollzogen, sondern auf Grund objektiver Notwendigkeiten. Kann man etwa nicht den Gründen hierfür nachgehen, die gewonnenen Erfahrungen ordnen und daraus etwas für die Zukunft lernen? Oder: Wir wissen nicht nur, wie und warum Seuchen entstanden sind und entstehen können, sondern auch — und in den meisten Fällen in allen Einzelheiten —, wie und warum Kriege entstanden sind und wieder entstehen können. In beiden Fällen erfordert die Analyse, also das Auffinden der eigentlichen Erreger, ein Maximum an Objektivität in einer Summe von mühevoller Kleinarbeit. Aber die so gewonnene Erkenntnis ist hier wie dort nicht Selbstzweck, sondern eine Anweisung zum Handeln; denn Kriege sind ebensowenig Schicksal, dem man sich fügen muß, wie es Seuchen sind. — Oder ist die geschichtliche Tatsache, daß die Zeit der Sklaven- oder Kolonialherrschaft von dem Augenblick an ihrem Ende entgegengeht, in dem die Unterdrückten zu Kenntnissen und damit zum Bewußtsein ihrer Macht gelangen — ist das nicht als

Erfahrungsgesetz verallgemeinerbar mit allen daraus folgenden Lehren, beispielsweise auch für das Bildungswesen?

Natur- und Gesellschaftswissenschaften entstammen verschiedenen Ursprüngen und haben unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen; aber sie kommen sich immer näher, weil sie sich wechselseitig bedingen.

Das, was die Naturwissenschaften in Zukunft leisten müssen, wird immer mehr von den gesellschaftlichen Bedürfnissen der wachsenden und zusammenwachsenden Menschheit bestimmt. Die Gesellschaftswissenschaft wird andererseits immer mehr ihre Argumente und Methoden aus Naturwissenschaft und Technik entnehmen.

Hier nur ein Beispiel: Es wäre unmöglich, den Assuan-Staudamm privatwirtschaftlich zu betreiben, weil dann die 15 oder 20 Millionen Menschen, die durch ihn, die damit verbundenen Bewässerungs- und die Elektrifizierungs-Anlagen Arbeit und Lebensmöglichkeit finden werden, in einer geradezu unvorstellbaren Abhängigkeit von den Besitzern dieser Anlage würden leben müssen — und das keineswegs auf die Dauer hinnehmen würden. Wenn aber eine solche Anlage dann privatwirtschaftlich nicht betreibbar ist, so wird so etwas eben auf kapitalistischer Wirtschaftsgrundlage ohnehin gar nicht erst zustande kommen. Aber Anlagen dieser Art — und sogar noch viel größere — werden zukünftig notwendig gebaut werden müssen, wenn die wachsende Bevölkerung der Erde überhaupt Existenzmöglichkeiten finden soll. Schon aus diesem Grunde ist der Weg zum Sozialismus und über ihn hinaus zwangsläufig, wenn wir weiterleben wollen; es ist günstigstenfalls töricht, so etwas nicht sehen zu wollen.

Die Probleme, denen sich Ihre Generation wird stellen müssen, sind weitaus größer als die, mit denen wir heute ringen. Andererseits wird dann vieles von den heutigen Streitpunkten verschwunden sein, weil die Antwort inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens wird voraussichtlich noch eine lange Zeit in gefährlicher Nähe einer Katastrophe erfolgen, solange nämlich, bis die Menschen, um überhaupt weiterleben zu können, ihre inzwischen gemachten Erfahrungen ernster nehmen als ihre Wunschvorstellungen. Ich glaube, keine Generation hat je eine wichtigere Aufgabe gehabt als Ihre, meine jungen Kommilitonen. Sie ist weit größer, als die, von denen das Bild[1]) hier in der Aula berichtet, das Sie vor sich sehen. Unser sozialistischer Staat wird einen entscheidend wichtigen Beitrag leisten, die Zukunft für die Menschheit zu sichern, wenn Ihre Generation beweist, wie sehr Lebensmut und Schaffenskraft in der neuen sicheren Ordnung blühen. Wenn Sie dieses Beispiel schaffen, folgen Ihnen auch die Menschen anderer Völker — und die Zukunft ist gewonnen.

Sie, meine jungen Kommilitonen, sollten sich rechtzeitig vorbereiten, diesen Wandel zu erleichtern. Werden Sie bitte nicht nur zu Berufsspezialisten, denen alles andere gleichgültig oder zu unbequem ist.

Dazu wird sich echte Einsicht aus objektivem Wissen immer mehr durchsetzen müssen, auch auf vielen Gebieten, in denen heute noch persönliche Eingebung, persönliche Wertungen oder Intuition vorherrschen. Heißt das nicht, daß die immer sachlicher werdende Welt sich immer mehr entpersönlicht? Daß die Freiheit der Entscheidung für den einzelnen immer mehr eingeengt wird? Eine Gegenfrage: Fühlen Sie sich in der Freiheit Ihrer Entscheidung beengt, wenn Sie nur

[1]) „Auszug der freiwilligen Jenaer Studenten in den Befreiungskrieg 1813" von Hodler.

bei Grün über die Straße gehen dürfen? Ich vermute, nicht, weil Sie die Notwendigkeit dieser Regelung einsehen und anerkennen. Die Generation meiner Großeltern dagegen hätte sich so etwas vermutlich überhaupt nicht vorstellen können, weil die Notwendigkeit damals eben noch nicht bestand. Ganz allgemein gilt: Es ist nie entwürdigend, sich einer nach gesetzlicher Entwicklung als notwendig erkannten Ordnung zu fügen; ja, eine solche Ordnung ist der wirksamste Schutz vor Willkür, dem eigentlichen Feind der Freiheit.

Und glauben Sie nicht, es käme für Sie eine Zeit, die nur Weiß und Schwarz, erlaubt und verboten kennt. Ihre noch nicht gelösten Probleme werden größer und zahlreicher sein als unsere heute, und es wird nach wie vor viel Miterleben fordern, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Sie werden immer wieder vor ganz persönlichen Fragen an Ihr Gewissen stehen: Ist dieses denn wirklich gut und richtig? Es ist ja gar nicht nur ein reines Weiß. Oder auch umgekehrt: Das da kann doch nicht schlecht sein, denn dort sehe ich doch eine weiße Stelle. Wenn Sie nur eine Schwarz-Weiß-Malerei wollen, verschließen Sie sich der vielfarbigen Wirklichkeit, aber sich in dieser wirklichen Welt zurechtzufinden, sich zu entschließen, das Richtige zu tun, hat schon immer den ganzen Kerl gefordert und wird es in aller Zukunft tun. Und oft genug werden nur gerade Sie das tun können, was zu tun ist.

Leer, entpersönlicht wird Ihr Leben nur bleiben, wenn Sie sich auf sich allein zurückziehen; so stark ist kein Mensch, daß er mit sich allein auf die Dauer fertig wird. Wert und Wärme Ihrer Persönlichkeit werden Sie immer beweisen können: es wird immer noch Sorgen, innere und äußere Not geben, bei Ihnen selbst und bei Ihrem Nachbarn, dem Sie helfen können. Leisten Sie etwas, dann werden Sie die Kraft haben, auch dunklen Stunden voller Angst und Zweifel ins Gesicht zu sehen, ohne daran zu zerbrechen.

Genau diese Entwicklung zum Wissenschaftler, zum Menschen, zum mitarbeitenden, mitkämpfenden, seiner selbst bewußten Mitbürger ist es, die unser Staat von Ihnen wünscht und erwartet.

Ich habe wenig von Ihren staatsbürgerlichen Aufgaben direkt gesagt, aber sie haben bei allem, was ich Ihnen vortrug, mitgesprochen. Nichts anderes wünschen wir hier alle, als ehrliches Durchdenken Ihrer Aufgabe, ehrliches Sich-Hineindenken in die großen Möglichkeiten, die sich Ihnen nun erschließen, ein Denken aber mit Ihrem eigenen Kopf. Dann wachsen Sie mit Ihren Leistungen und durch Ihre Leistungen zu einem Mitglied unserer der Zukunft zugewandten Gesellschaft, unserer Deutschen Demokratischen Republik, die beides braucht, Ihren Kopf und Ihr Herz.

Auf diesem Wege wünschen wir Ihnen allen Glück, Erfolg und ein langes tätiges erfülltes Leben.

Heinrich Böll

Literatur — human, sozial

Literatur ist nicht nur ein Dekor unseres Lebens, sondern ein Teil der Gestaltung und Bewältigung der Wirklichkeit. In der Sprache kann die Verbundenheit der Menschen hergestellt oder verfehlt werden, die Sprache ist das erste und ursprünglichste Element der Humanität und Sozialität. Von daher kommt der Literatur eine ungeheure Bedeutung für die Gesellschaft und also für die politische Formung der Gesellschaft zu; schon Konfuzius wußte, daß der Staat nur in Ordnung ist, wenn auch die Begriffe stimmen, und forderte als erste Aufgabe des weisen Staatsmanns die „Richtigstellung der Begriffe". — In der ersten seiner Poetik-Vorlesungen an der Frankfurter Universität, die er uns freundlicherweise zum Erstabdruck zur Verfügung stellte, untersucht Heinrich Böll den humanen und sozialen Aspekt von Sprache und Literatur; die Voraussetzungen einer humanen Ästhetik, in der das Engagement des Schriftstellers zur Theorie seiner Kunst wird, werden abgetastet und damit die Frage nach dem Verhältnis des Autors zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gestellt. Zu einem Zeitpunkt, an dem in West und Ost die politische Verantwortung der Literatur neu und heftig diskutiert wird, scheint uns dieser Beitrag eines der repräsentativen Vertreter der deutschen Literatur von besonderer Wichtigkeit.

D. Red.

Zur Person vorweg nur soviel: obwohl als Einzelner schreibend, ausgestattet nur mit einem Stoß Papier, einem Kasten gespitzter Bleistifte, einer Schreibmaschine —, habe ich mich nie als Einzelnen empfunden, sondern als Gebundenen. Gebunden an Zeit und Zeitgenossenschaft, an das von einem Geschlecht Erlebte, Erfahrene, Gesehene und Gehörte, das autobiographisch nur selten annähernd bezeichnend genug wäre, um in Sprache gefaßt zu werden; gebunden an die Ruhe- und Heimatlosigkeit eines Geschlechts, das sich plötzlich ins Großvateralter versetzt findet und immer noch nicht — wie nennt man das doch — Reife gefunden hat. Was fängt man mit solchen Großvätern an — in die psychiatrische Klinik mit ihnen oder ins Krematorium? Es sieht einer im Auge des andern den Mord: du wärst besser gestorben oder umgebracht worden. Es laufen zu viele Mörder frei und frech in diesem Lande umher, viele, denen man nie einen Mord wird nachweisen können. Schuld, Reue, Buße, Einsicht — sind nicht zu gesellschaftlichen Kategorien geworden, erst recht nicht zu politischen. Auf diesem Hintergrund bildete sich etwas, das man inzwischen — nach zwanzig Jahren mit einem gewissen Abstand — deutsche Nachkriegsliteratur nennen kann. Gebunden also an die Zeit und Zeitgenossenschaft — doch ohne Verbündete — natürlich zählt private Freundschaft, auch Leserschaft, aber sie ersetzt nicht das Bündnis; für einen, der veröffentlicht, ist nur ein Verbündeter, der so öffentlich ist wie er selbst. Das ist die Position hoher Verletzlichkeit — das trifft auch auf alle zu, die vor mir hier gesprochen haben und nach mir hier sprechen werden. Das sei festgestellt, damit annähernd gewußt wird, wie einer hier steht. Natürlich nicht nur verletzlich, gelegentlich auch verletzend, doch für einen Pfeil, der ins Ziel gegangen sein könnte, für einen Stein, der Goliaths Stirn gestreift haben könnte,

kommt es aus hundert Schrotflinten zurück, multipliziert und man weiß ja: mit Schrot trifft man immer und es zeigt sich, daß einer keinen, keiner einen Verbündeten hat. Sie sehen, ich spreche, wie ich gar nicht anders kann, persönlich, doch nicht subjektiv, was bedeutet: obwohl gebunden, nicht unterworfen. Sollte das zu kompliziert sein: einfacher ist es wirklich nicht auszudrücken. Als Gebundener spreche ich, in dieser Einschränkung liegt nicht Bescheidenheit, sondern Anmaßung, denn ich glaube nicht an das ganz und gar Ungebundene. Natürlich gibt es Cliquen, Gruppen, Mannschaften, Kreise, Kränzchen — aber es ist so schwer sich vorzustellen, daß man verbündet sein könnte, ohne Interessen zu vertreten oder zu erwarten. Interest aus dem Englischen übersetzt heißt u. a. Zinsen: das kommt der Sache näher. Wo sich Literatur in Gesellschaft begibt oder, manchmal ohne es zu wollen, in sie hineingerät, wird sie Gegenstand von Interessen, mögen es auch verletzte, möglicherweise gar scheinbar verletzte Interessen sein.

Im Titel zu meinen Vorträgen habe ich das Wort Gesellschaft vermieden. Es ist ein sehr gebräuchliches Wort geworden — das bedeutet noch nicht, es wäre vertraut — es ist modisch, fast schon verschlissen, bevor man anfängt, es zu verstehen. Die Worte sozial-human dagegen werden in unserer Gesellschaft vermieden, unterdrückt, lächerlich gemacht: sie sind gesellschaftsunfähig, asozial, wenn sie ohne Anhängsel auftreten, ohne wissenschaftliche Deckung, wie sie in Worten wie Soziologie und Humanismus vorhanden ist, ohne politische Deckung, wie sie in einem Wort wie Sozialismus geboten wird. Wird außerhalb der genehmigten, durchorganisierten Wohltätigkeit irgendein humaner Zusammenhang zwischen dem Religiösen und Sozialen gesucht und gefunden — ich würde mich nicht wundern, wenn die Kirchen sich mit einer atheistischen Gesellschaft verbünden würden, um jemanden oder eine Gruppe zu tilgen, die in bloßem Gottvertrauen sich nicht in Gesellschaft, sondern ins Humane begäbe. Mag sein, daß ich übertreibe, doch die Begrenztheit meiner Phantasie verweist meine Übertreibung in den Bereich des Möglichen. Es hat viele Versuche dieser Art gegeben, sie haben überlebt, weil sie Genehmigung erlangten, Organisation erfüllten.

Es ist bezeichnend, daß in unserem Land, dem klassischen Land des Vereins, keine Vereine, fast nur noch Gesellschaften gegründet werden, die sich nur notgedrungen — d. h. aus juristischen Gründen — schamhaft ein e. V. anhängen und ein überflüssiges Ritual abrollen lassen müssen. Dieser Drang nach Gesellschaft steckt auch hinter den zahlreichen Tagungen, Treffen, Diskussionen, öffentlichen und privaten, die sich einen Festredner engagieren, der dem Programm Glanz verleiht. Es ist nicht meine Absicht, diesen Drang nach Gesellschaft lächerlich zu machen, ich respektiere die Erwartung, die sich in solcher Versammlung ausdrückt. Das Überraschende ist nur, daß solche Gesellschaften — ob es freigesprochene Lehrlinge sind oder Absolventen eines Kurses für Amtsgerichtsräte — ihre Erwartung nicht auf Schmeichelei, auf Trost, Zuspruch, Bestätigung richten: sie erwarten etwas Freches, etwas Kesses, Gesellschaftskritisches. Sie erwarten Zeitkritik in möglichst schneidender Form, ich möchte fast sagen, sie erwarten — ob es sich nun um selbstsichere Industrielle handelt oder um Kleriker — sie erwarten Prügel, und seitdem mir das bewußt geworden ist, bin ich nicht mehr bereit, Prügel, wenn auch nur scheinbare, auszuteilen.

Die Eigenart solcher Veranstaltung besteht außerdem darin, daß das eigentlich Gesellschaftliche sich außerhalb des Programms oder nach Absolvierung desselben ereignet, während des Essens, beim Trinken am späten Abend; da kommt es zu überraschenden Vertraulichkeiten, es werden Bekenntnisse abgelegt, solche

erwartet — es wird, sobald die Sprache von den Stelzen öffentlicher Eitelkeit herabgestiegen ist, sich ent-wunden hat, manches „Es war doch nicht so gemeint" fällig — stillos ereignet sich Gesellschaft, es zeigt sich, daß es eine öffentliche und eine im trauten Verein gesprochene Sprache gibt, daß jeder zweite Satz ein „Wie meinen Sie das?" notwendig macht, und schon verliert sich einer in einem Dickicht von Definitionen, weit, weit hergeholt, lang ausgeholt, und es offenbart sich, in welches Dunkel unsere Sprache im Lauf ihrer Geschichte geraten ist. Da macht sich Bildungsverletztheit in ihrem ganzen Ausmaß bemerkbar. Ich wiederhole: es ist nicht meine Absicht, diesen Drang nach Gesellschaft lächerlich zu machen, noch weniger: ihn zu diffamieren; es zeigt sich in ihm der Wunsch nach Gebundenheit. Der gemeinsame Wortschaft reicht kaum für eine Stunde, reicht nicht einmal fürs Alltägliche, etwa für ein Gespräch über Schulen — über eine Stunde hinaus wird es geschwätzig, ermdend. Es gibt auch kein Höflichkeitsritual, das uns über eine Stunde hinaus aufrecht, senkrecht erhalten könnte — kaum Brücken zwischen Anbiederung, feindseliger Stummheit, Geschwätz. Sprache haben wir genug, hätten wir genug — aber wo wird sie human, sozial, gebunden und hält gleichzeitig einer noch so bescheidenen Ästhetik stand? Ein Autor aber, der auch nur drei Seiten halbwegs mitteilbarer Prosa schreibt, muß eine, wenn auch noch so bescheidene ästhetische Empfänglichkeit voraussetzen, nehmen wir die allerbescheidenste, die Tatsache, daß ein Roman und ein Leitartikel in der Bildzeitung verschiedene Deutungs- und Interpretationsvoraussetzungen stellen. Ich werde noch bescheidener werden.

Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß Sprache, Liebe, Gebundenheit den Menschen zum Menschen machen, daß sie den Menschen zu sich selbst, zu anderen, zu Gott in Gebundenheit (Gesellschaft) setzt — Monolog, Dialog, Gebet. Es ist hier nicht meine Sache, im Zusammenhang mit dieser Voraussetzung zu ausführlich zu untersuchen, wie sich eine Ästhetik des Humanen in der gesprochenen Sprache darbieten würde — im Wortschatz des Politikers, des Verkäufers, Lehrers, der Ehe, der Liebenden, des Professors, des Chefs — und ihrer jeweiligen Partner; es ist gewöhnlich das Vokabularium der Machtergreifung und Behauptung, des Rechthabens, das sich nicht am Partner bildet, sondern sich vorher in einer Vorstellung von ihm gebildet hat oder durch Schulung erlangt worden ist. Je mehr Macht, desto nichtssagender wird der Wortschatz, wortreich und nichtssagend; ich weigere mich, ihn phrasenhaft zu nennen, eine Phrase ist ja von stilisierter Schönheit, musterhaft, nun ja, auch maniriert, ein Instrument sprachlicher Höflichkeit; sie setzt Konventionen voraus, ist fast wie eine Tanzfigur; unsere Sprache hat diese Höflichkeit, die sich so gut eignet, Achtung wie Verachtung ausdrücken, noch nicht gelernt. Ansätze genug zu philologischer und soziologischer Forschung. Vielleicht dringt durch Übersetzungen einiges an Manieren, notfalls über einen gewissen Manierismus, in unsere Sprache ein. Es ist wahrhaft provinzlerisch, in sogenannten Übersetzungsfluten, eine Bedrohung der deutschen Sprache zu erblicken — jede Übersetzung, auch die eines Kriminalromans, ist eine Bereicherung der eigenen Sprache, sie erweckt Wortbereiche zum Leben, die in der eigenen zu verkümmern drohen, nie vorhanden waren oder nicht mehr vorhanden sind. Bei der Übersetzung einer Kurzgeschichte, in der ein New Yorker Flickschuster vorkam, fiel meiner Frau und mir auf, wie uns Worte entschwunden sind, die uns vor dreißig Jahren noch selbstverständlich waren, als wir, noch Kinder, Schuhe zum Schuster brachten. Mit der rasch fortschreitenden Mechanisierung verschwinden ganze Gruppen von Handwerken, mit ihnen ihr Wortschatz, die Namen für ihr Handwerkszeug, ihre Kleider, ihre Lieder. Vergleichen und sammeln. Arbeit für Germanisten. Politik wird mit Worten

gemacht, schauen Sie sich die Worte an, sammeln und vergleichen. Es wird — ich werde darauf noch zu sprechen kommen — viel zu viel Inhaltsanalyse betrieben. Der Inhalt einer Prosa ist doch ihre Voraussetzung, ist geschenkt; und dem geschenkten Gaul sollte man nicht ins Maul schauen.

Worte sammeln, Syntax studieren, analysieren, Rhythmen ergründen — es würde sich herausstellen, welchen Rhythmus, welche Syntax, welchen Wortschatz das Humane und Soziale in unserem Land heben. Ein Wort wie Sozialpaket müßte schon Gegenstand einer philosophischen Dissertation sein. Wir haben keinWort zu verschenken, keins zu verlieren, so viele Worte haben wir nicht. Ein Staat, der — ich nenne es getrost so: Kultur hätte, wäre schon eilig dabei, zu retten, was noch zu retten ist. Ein nicht sehr wohlhabendes Land wie Irland hat schon seit Jahrzehnten Regierungskommissionen für diesen Zweck, die eine Arbeit leisten, die denen der Brüder Grimm gleichzusetzen ist. Nun ist Irland allerdings ein Land der Dichter, der erste Präsident war Douglas Hyde, ein Sprachforscher — und er war — das in einem so katholischen Land — ein Protestant. Die Abneigung der Deutschen gegen großen Provinzialismus, gegen das Alltägliche, das eigentlich das Soziale und Humane ist — ist eben provinzlerisch. Provinzen werden zu Orten der Weltliteratur, wenn ihnen Sprache zugewachsen ist, zugetragen worden ist: ich nenne nur Dublin und Prag. Wir verlieren zu viele Worte, werfen sie weg. Welt, das ist für uns große Welt, große Welt ist große Gesellschaft und der großen Gesellschaft fehlt die Größe; die Politiker sind sprachlos oder nichtssagend. Es ist eine Art Ausverkauf im Gange — die Sprachwissenschaft, gestützt und finanziert vom Staat, könnte billig einkaufen: Worte, sie sammeln, ordnen. Das sind ein paar Einfälle, Anregungen, möglicherweise verspätet oder überflüssig, ich weiß nicht, was dieser Art schon im Gang oder geschehen ist.

Das Vokabularium der großen Welt ist so nichtssagend wie das der Politik: in eine Ästhetik der gesprochenen Sprache eingeordnet, würden ein Flickschuster und eine Marktfrau König und Königin, verglichen mit den langweiligen, nichtssagenden Worten, die die große Welt anzubieten hat. Man hat mich mit einiger Herablassung oft einen Autor der Kleinen Leute genannt: Peinlicherweise empfinde ich solche Einschränkungen immer als Schmeichelei. Sollte ich bisher nur bei Kleinen Leuten Größe gefunden haben?

Es ist nicht Zufall, nicht von selbst geschehen, daß es keine Kinderbücher, keine Jugendbücher, keinen Kriminalroman hierzulande gibt — in einem Land, dessen Kriminalität keineswegs geringer ist als die der Länder, aus deren Sprache wir Kriminalromane übersetzen. Es scheint weder vertraute Sprache noch vertrautes Gelände zu geben, nicht einmal Vertrautheit mit oder Vertrauen auf die Gesellschaft, auch nicht mit der Welt oder auf sie, schon gar nicht mit der Umwelt. Ich halte es nicht für Zufall, schon gar nicht für beklagenswert, sondern für ein gutes Zeichen, daß Schriftsteller sich selten dazu hergeben, einer Gesellschaft Dekor zu verleihen, zu der sie nicht gehören. In eine Gesellschaft, die ihren Rang durch Verbrauch bestimmt oder gezwungen wird, ihn dadurch zu bestimmen, die keinen Stil hat, nicht einmal maniriert ist, nur snobistisch, gehört ein Schriftsteller nicht hinein. Die Tatsache, daß einer Öffentlichkeit hat, bedeutet nicht, daß er eine öffentliche Person ist. Ich hoffe, ich brauche den Begriff öffentliche Person hier nicht zu definieren. Die Deutschen — und ich mache da keinerlei gesellschaftlichen Unterschied — warten auf Gebundenheit, finden aber nur Gesellschaft, kein Vertrauen — es ist nicht Zufall — ich werde darüber noch sprechen — daß sie so viel reisen, anderswo Humanes und Soziales suchen, Alltag anderer Länder bewundern.

Es fällt der zeitgenössischen Literatur eine Verantwortung zu, der sie nicht gewachsen ist. Nichtssagende Politik, nichtssagende Gesellschaft, eine gewisse Hilflosigkeit der Kirchen, die soziale Wirklichkeit suchen und immer scheuer auf der Verbindlichkeit ihrer Moral bestehen, sich ein wissenschaftliches Alibi suchen, das ihnen nicht zukommt, sich nichtssagend äußern — gelegentlich wie die Gesellschaft, die Politik, schleichende Denunzierungsvokabeln anwenden. Alles das bringt, wie ich sagte, die zeitgenössische Literatur in eine Verantwortlichkeit, wo ihr die erotischen, sexuellen, religiösen und sozialen Probleme sowohl aufgeladen wie deren Behandlung angekreidet werden kann. Wo die Politik versagt oder Niederlagen erleidet — ich erinnere an die hysterische Sucht, Schriftstellern Stellungnahmen gegen die Mauer in Berlin zu erpressen —, wird ausgerechnet den Autoren das Wort, das verbindliche Wort, in den Mund gelegt oder ausgelegt. Man erwartet ein möglichst simpel formuliertes Bekenntnis, wo die Politiker sich auf gegenseitige Denunzierung verlegen dürfen. Es ist kein Zufall, nicht immer nur Bosheit oder Zynismus, wenn man Autoren zu Äußerungen über politische, soziale, religiöse Fragen zu bringen versucht. Es ist eine hohe Ehre, es est — ich möchte sagen, eine zu hohe Ehre und eine Zumutung zugleich, wenn man in dem von mir erwähnten Dschungel von Definitionen jenes direkte Wort verlangt, das Verbindlichkeit schafft. Man fragt nicht die Wissenschaft, nicht die Politiker, nicht die Kirchen — die Autoren sollen aussprechen, was die anderen offenbar nicht aussprechen wollen: daß Verlorenes verloren ist, vielleicht um einen Finderlohn, der auszuhandeln wäre, wiederzuerlangen. Sie sollen das Kind beim Namen nennen. Die Politiker drücken sich, Kirchenmänner sind klug in der Öffentlichkeit — denunziert werden immer die Wehrlosen — das unkluge, das wahre Wort erwartet man vom Autoren, sprechen sie es aber aus, dann heult die demagogische Maschine wie eine Luftschutzsirene. Gefahr ist im Verzug. Sobald ein Wort ausgesprochen wird, das sich über die nichtssagende Selbstverständlichkeit der gängigen öffentlichen Äußerung erhebt. —

Als mehr oder weniger bewußte Bewegung gegen diesen Tatbestand erkläre ich mir die zum Programm proklamierte Literatur, die das Nichtsagende in musterhafter Schönheit ausdrückt, den Menschen der Humanität, Gebundenheit, Sozialität entkleidet, ihn nichts-sagend in nichtsagende Umgebung stellt; die Sprache in ihrem eigenen Leib zu halten, nichts verlauten, nichts nach außen dringen zu lassen; keine Mitteilung, kein Wort, das Alarm auslöst; im Zirkel bleiben, im Kränzchen, keine Bewegung, nur noch den Rhythmus der eigenen Schwingung. Doch selbst den großen Verkündern der Solitude des Dichters — George, Benn, Jünger — ist die Gesellschaft und das Publikum nicht erspart geblieben, und es ist nicht Ironie, sondern Tragik, daß auch Musil nicht davon verschont geblieben ist. Das geschriebene Wort, erst recht das gedruckte, ist in dem Augenblick, wo es geschrieben, gedruckt wird, sozial vorhanden, es ist da — mag einer Publikum, Gesellschaft, Veränderung der Welt wollen oder nicht, und solange es weder eine Philosophie noch eine Theologie des Erfolgs gibt, kann ich die Quantität des Vorhandenseins nicht in meine Überlegungen einbeziehen. Die weihevolle Kultivierung der Kunst, wie sie die großen Verkünder der Solitude betrieben haben, bleibt immer, wenn auch nur um einen Hauch, peinlich: wo solcherart stilisiert, das Handwerk in Weihe vollzogen wird, schlägt Kunstgewerbe ein, etwas fatal Dilettantisches, Albumhaftes entsteht, Literatur wird zur Tapete, und wo Sozietät mit Elitevokabeln abgelehnt wird, dringt die Gesellschaft am tiefsten ein: es entsteht Intimität, etwas Privates, Kränzchenhaftes, schon im Mäzenatentum, das sich um solche Kreise bildet.

Kreis und Kranz haben das Geschlossene gemeinsam; Kultisches dringt in Bezirke, die Kult am wenigsten ertragen. Die Qualität der gesellschaftlichen Wirkung, die sich im Kultischen, in der Anbetung äußert, ist bedrohlicher als Quantität. So anspruchsvoll ist nur Kunstgewerbe. Geschmack, geschmackvoll, Feinschmecker und so weiter — es ist das Vokabularium der Eingeweihten, die ihre Worte aus kulinarischen Bezirken beziehen; durch Eingeweihte wird dann schließlich, was groß gewesen sein mag, in breiten Kolonnen gezüchtet, wird erst mittelmäßig, dann Mode — zu den Köchen treten die Schneider hinzu. Ich glaube zwar, daß Literatur nicht nur Leser, auch Interpreten, daß sie Sozietät und Gebundenheit voraussetzt, ich glaube aber nicht, daß Literatur Einweihung erfordert. Nicht einmal Kafka, der größte, setzt Eingeweihtsein voraus, mag man auch versuchen, ihn in Kränzchen und Kreisen gefangen zu halten. Eine Kirche wird eingeweiht, aber durch diesen Akt der Einweihung nicht geschlossen, sondern geöffnet, für alle übrigens. In einen Kreis wird aufgenommen, es wird aus ihm ausgestoßen — der Begriff des Frevels und des Frevlers tritt hinzu. Ich habe auch meinen Kindern und unserer Hausgehilfin Kafka und Faulkner zu lesen gegeben, nicht mit der anmaßenden Tendenz: die Kunst gehört dem Volk — sondern aus Respekt vor Faulkner und Kafka, ich glaube nicht, daß sie für Eingeweihte schrieben. Und der Begriff „schwer verständlich" ist relativ — die Grimmschen Märchen sind auch schwer verständlich; ein Schriftsteller schließt keine Leser aus, nicht aus Bescheidenheit, sondern aus Hochmut. Die Bescheidung liegt im Kreis.

Ich bringe diese Voraussetzungen, teils Vermutungen, oft nur Beobachtungen hier an, um mir zu erklären, wohin — in welche Gesellschaft sich Geschriebenes begibt, sobald es sozial vorhanden ist. Mit welchen Mächten hat ein Autor zu tun, der sich nicht mit dem Schutzbild „Nur für Eingeweihte" umgibt — der ohnmächtig Worte ausspricht, auslöst, aus dem Kreis heraustritt. Nun, es fällt mir jetzt manchmal wie Schuppen von den Augen. Die bescheidenste Voraussetzung: daß ein Stück erzählender Prosa ein anderes Interpretationsinstrumentarium erfordert als der Leitartikel eines Massenblättchens, diese bescheidene Voraussetzung scheint noch zu unbescheiden. Wenn ich einige Erfahrungen, die ich als Gegenstand der Kritik gesammelt habe, hier an den Mann bringe, dann nur solche, die Allgemeingültigkeit beanspruchen können und sich vom Gegenstand lösen lassen. Ich wähle ein bekanntes Beispiel. Wenn in einem Hörspiel oder in einem Roman ein Schornsteinfeger vom Dach fällt, aus kompositorischen, dramaturgischen, also ästhetischen Gründen vom Dach fallen muß — dann laufen Beschwerden der Schornsteinfegerinnung ein: ein Schornsteinfeger fällt eben nicht vom Dach. Die Proteste, Verärgerungen, Aufregungen gehen eigentlich nie viel tiefer, sind also nicht der Mühe wert, und es ist nicht Sache des Autors, der Schornsteinfegerinnung einen Gesamtüberblick über die abendländische Ästhetik von Aristoteles bis Brecht zu geben. Es fehlen die minimalen Voraussetzungen, auch da, wo aus irgendeinem Grund einer über den gestürzten Schornsteinfeger triumphieren mag. Ein Autor kann diese Voraussetzungen nicht noch mitschaffen, liefern: die Schornsteinfeger als solche sind ihm auf eine tödliche Weise gleichgültig. Er ist nie ganz das, als was er anderswo erfaßt sein mag, er ist nie ganz Schornsteinfeger, katholisch, Kommunist usw. — Das alles ist er außerdem. Seine Gebundenheit ist immer zwei-drei-vierfach. Er sucht sogar möglicherweise etwas wie Mitte, aber die da draußen denken bei Mitte immer gleich an die Mitte eines Kreises, der so rund wie ästhetisch unbrauchbar ist. Es gibt auch die Mitte von Drei-, Acht-, Siebenundfünfzig-Ecken. Es kann tausend Notwendigkeiten haben, gerade diesen Schornsteinfeger abstürzen zu lassen: vielleicht weiß der Autor, daß eine hübsche Glasmurmel seit zwanzig Jahren in der Dachrinne auf menschliche Gesellschaft wartet, genau die Glasmurmel, die

der Schornsteinfeger entdeckt, wenn er sich an der Dachrinne festhält, während die Feuerwehr zu seiner Rettung herbeieilt. Es kann ihm — dem Autor — auch daran liegen, den Schornsteinfeger auf dem Umweg über Absturz, Festhalten, Fußfassen — via Fensterbank in das Kranken- oder Studierzimmer einer jungen Dame zu befördern, die sich in Liebe nach ihm verzehrt; es mag auch sein, daß er — der Autor — jenes Geräusch braucht, das Turnschuhe verursachen, wenn mit ihnen über Dachziegel gerutscht wird; genau dieses Geräusch; es kann ihm auch daran liegen, den Abgestürzten an einer sich lösenden Dachrinne wippen zu lassen — sagen wir, er braucht einen schwebenden Menschen, um ihm allerlei innere Monologe und Lyrisches anzuheften. Lauter respektable Gründe, so harmlos wie kalt, Gründe, die so abstrakt wie human, töricht wie inhuman sein können. Kürzer gesagt: die Parteien, Interessengruppen, Kirchen entdecken das Engagement fast immer in der falschen Ecke: sie interessieren sich nicht für Glasmurmeln, in Liebe sich verzehrende junge Damen, die Möglichkeit gar, der Abstürzende könne ein verkleideter Casanova oder Don Juan sein, woraus sich wieder zwei völlig verschiedene ästhetische Aspekte ergäben — all das interessiert sie nicht. Es ist tatsächlich wie mit den Fluggesellschaften: sie haben es nicht gern, wenn Flugzeuge abstürzen, und vermuten gleich, der Autor stehe im Sold der Eisenbahngesellschaften oder sei von der Fahrradindustrie bestochen. Viel mehr ist nicht zu den Gereiztheiten, Gekränktheiten, Protesten zu sagen. Natürlich: so ein Autor hat seine Absichten: er will vielleicht, indem er die Dachrinne zum Wippen bringt, die Murmel wie mit einer Schleuder fünfhundert Meter weit in hohem Bogen an den Helm eines Gendarmen befördern: es geht ihm möglicherweise um rein Physikalisches, er möchte ausprobieren, ob eine Murmel, derart geschleudert, durch Pappe, Glas, vielleicht gar Eisen dringt; er hat Ballistisches im Sinn, wo ihm Geschäftsschädigung, Politisches unterstellt wird. Mehr nicht darüber. Ich versuche nur, einige Optiken für eine Ästhetik des Sozialen oder Religiösen, des Erotischen anzubieten — denn es kann natürlich geschehen, daß der Autor Ballistik und Ästhetik nicht übereinanderbringt, die Murmel nicht nur ins falsche Ziel, sondern ins Auge geht, oder der Schornsteinfeger zu früh seinen Fuß auf die Fensterbank setzt, während die junge Dame, noch im Negligé, sich vor dem Spiegel, der Reinheit ihres Teints, des Glanzes ihrer Augen vergewissert.

Mit fortschreitendem Alter sehe ich einen Verdacht bestätigt, den ich bisher vor lauter Eile mir nie so recht bewußt gemacht habe: daß der Leser — und ich meine damit auch den Kritiker, den ich mir als einen Leser vorstelle, der einzuordnen und sich zu artikulieren verstehen müßte — nichts *lassen* kann, daß er darauf aus ist, zu erfahren, was der Autor gemeint haben könnte — und so entsteht dann das schon erwähnte Dickicht von Definitionen, das durch Gekränktheiten, Gereiztheiten, Proteste uns allerlei Torheiten noch mehr verdunkelt wird, als es ohnehin schon ist. Offenbar ist es schon unzumutbar, das Minimum vorauszusetzen: die jeweils gewählte Optik zu erkennen, sie anzunehmen, innerhalb dieser allerdings Verbindlichkeiten zu finden; kürzer gesagt: sogar ein vergleichsweise realistischer Roman hat eine komplizierte Dämonie, die manchen Leser und Kritiker in einen unfreiwilligen Komiker verwandelt, wenn er die freiwillige, die professionelle Komik der gesetzten (möglicherweise mißlungenen) Optik nicht erkennt, anders gesagt: wenn in einem Hörspiel der Schornsteinfeger vom Dach fällt und eine menschenfreundliche und naive Hörerin käme auf die Idee, sofort den Krankenwagen zu alarmieren und — wohin? — sagen wir ins Funkhaus zu beordern, so verhält sie sich ästhetisch korrekter als der Obermeister der Innung, der sofort den Sendeleiter, dann den Vertreter des Mittelstands im Rundfunkrat

anruft und Protest anmeldet. Ich wiederhole: es fällt mir jetzt manchmal wie Schuppen von den Augen: ist es unmöglich vorauszusetzen, daß etwas leicht und ernst zugleich, mit einem musikalischen Terminus benannt: ernst und heiter zugleich sein kann; daß Heiterkeit nicht feixende Dummheit ist, Humor und Satire verschiedene Kategorien sind, Satire niemals Spott. Es ist nicht Sache eines Autors, Voraussetzungen zu schaffen — das ist Sache derer, die sich, in derselben Sprache wie er, lehrend, lernend, interpretierend, kritisierend, kurz gesagt: Voraussetzungen schaffend, mit Geschriebenem befassen.

Es ist in dieser Stadt (von Theodor W. Adorno) ein große Wort gesagt worden: man kann nach Auschwitz keine Gedichte mehr schreiben. Ich moduliere das Wort: man kann nach Auschwitz nicht mehr atmen, essen, lieben, lesen — wer den ersten Atemzug getan hat, sich nur eine Zigarette ansteckt, hat sich entschlossen, zu überleben — zu lesen, zu schreiben, zu essen, zu lieben. Ein Überlebender, als solcher spreche ich zu Ihnen, der mehr vertrautes Gelände, Sprachgelände voraussetzte, als offenbar vorauszusetzen war. Als einer, der liest und schreibt, geheiratet hat, viel Zigaretten geraucht, Mozart hört und gehört hat; der seinen Aufenthalt verlängert hat, nicht weiß, was bleiben wird. Er lebt mit der Bombe wie Sie, wir haben sie alle in der Tasche, neben den Zündhölzern und den Zigaretten, mit ihr, der Bombe, hat die Zeit eine andere Dimension gewonnen, die Dauer fast ausschließt. Ernst und leicht wird alles, nichts will bleiben, schon gar nicht Wurzel schlagen, und am wenigsten mit Blei an den Füßen monumentiert werden; verlorene Heimat, verlorene Zusammenhänge, kein vertrautes Gelände. Humanes, Soziales, Gebundenes, so glaube ich, ist ohne Heimat nicht möglich, Heimat, deren Name den Begriff der Nachbarschaft, des Vertraunes, Sichverlassens einschließt, ohne daß die Urstufe der Gesellschaft, die Familie, nur zu einer feindseligen, vergifteten Festung wird, zum Kreis, zum Kränzchen, das Nichteingeweihte ausschließt, abstößt — Kreise, Kränzchen, geschlossene Gesellschaften, Geheimbünde sind Erscheinungsformen einer totalitären Gesellschaft, sie erinnern mich auf fatale Art an die ersten Jahre nach der Machtergreifung 1933 — auch damals Kreise, Gruppen, privat, geheim — meistens waren sie dilettantisch abgesichert — wer hatte schon Erfahrung im Umgang und im Zusammenleben mit Spitzeln und Geheimdiensten?, rasch drangen Spitzel ein: Verhaftungen, Verhöre, schon, wenn einer, ohne organisiert zu sein, mit ein paar Jungen Fußball spielen ging. Manchmal blieb es bei Verwarnungen, manchmal ging es böser aus, die Diktatur hatte noch ihre Zufälligkeiten; heute, die geschlossene Macht der Wissenschaft, Geheimbünde, die sich als Institute, Universitäten, Verlage, Gruppen, Funkanstalten nicht tarnen, sondern sich um diese herum, in ihnen bilden; lauter vereinzelte taktische Einheiten — nirgendwo Strategie, oder findet sie im Verborgenen statt? Da gerät die offene Literatur ins Getümmel zwischen den taktischen Einheiten. In ihrer Offenheit wird sie zum Gegenstand einer Erwartung, einer Aufmerksamkeit, die unangemessen ist: sie kann nicht Religion und Sozietät ersetzen, gewiß nicht, wenn die Distanz nicht gemessen wird. Es wird zu perversen Frontverwechslungen und -verschiebungen kommen, weil es sinnlos ist, über Abgründe von Mißverständnissen hinweg Freundschaft zu schließen oder Feindschaft zu erkennen. Es geht nicht darum, und es wird immer weniger gehen, einen Autor, der ein religiöses Thema gewählt hat — eine Glaubens-, keine Wissens-Sache — auf irgendwelchen Fehlern zu ertappen (ich sage das nicht pro domo, oder pro ecolesie und will keine Orden dafür) — gemeint ist: es herrschen merkwürdige Vorstellungen von Realismus in diesem Land, als wäre ein Wort so platt und so gängig wie ein Groschen, wo doch jedes Kind spätestens am ersten Schultag erfährt, daß es kein vertrautes

Gelände der Sprache gibt, daß es nicht einmal das Wort Gottes so nehmen darf, wie es ist; Politik wird mit Worten gemacht, Wissenschaft drückt sich in Worten aus, Religion verkündet sich in Worten, von denen keins so platt und so gängig genommen wird wie der Groschen, der in den nächstbesten Schlitz paßt. Der Verletzung ausgesetzt, in Gefahr, plattgehauen zu werden, auf daß die Worte rund und gängig werden, ist Geschriebenes, das gleichzeitig in Masse und für Massen gedruckt wird; in diesem Land sind in den letzten vergangenen zehn Jahren viele Millionen Taschenbücher gekauft worden; in dieser Ziffer sind nur die Titel enthalten, die man gemeinhin unter Literatur oder Belletristik zählt. Fast die gesamte zeitgenössische Literatur ist auf diese Weise populär geworden, soweit noch nicht, wird sie es in wenigen Jahren sein, auch die Literatur für Eingeweihte. Ein Buch in jedermanns Tasche, eigentlich geschenkt, was für den niedrigsten Stundenlohn zu haben ist — sogar fürs Krankenkassenrezept zahlt einer ja fünfzig Pfennige Gebühr, achtmal soviel wie ein Autor für ein Taschenbuch als Honorar bekommt. Eine Massenliteratur bedarf eines Masseninstrumentariums, in dem sich ästhetische Voraussetzungen artikulieren; auch die Universitäten sind Masseninstitutionen, sie werden noch an Masse zunehmen. Als Autor fürchte ich nicht die Massenpublikation, ich fürchte nicht gebildete Interpretation, von Gegnern nicht und nicht von Anhänger — ich fürchte mich vor einem Bildungsanspruch, der ohne Voraussetzung an die Interpretation eines Textes geht, der Voraussetzungen hat: religiöse, soziale, geschichtliche.

Der Teil der Welt, den man den östlichen nennt, hat trotz aller recht plumpen, oft gewaltsam administrierten Versuche, eine Ästhetik des Humanen und Sozialen in platter Münze zu schaffen — sich in seinen Lesern eine bemerkenswerte Sensibilität erhalten, die es noch möglich macht, im Sozialen das Geistige, das Religiöse zu erkennen. Mir scheint, daß in unserem Teil der Welt, der sich der westliche nennt, eine selbstmörderische Verleugnung des Humanen und Sozialen praktiziert und propagiert wird.

Die absurde Verkehrung hoher technischer Intelligenz, die sich darauf eingelassen hat oder sich darauf wird einlassen müssen, für Gebrauchsgegenstände, die unverschleißbar sein könnten, die Verschleißdauer so genau zu berechnen, daß der Thron der Konsumwirtschaft nicht ins Wanken gerät — es ist noch nicht heraus, ob diese hohe wissenschaftliche Intelligenz sich nicht darauf eingelassen hat, den Menschen mitzuverschleißen, eine Art gigantisches Auschwitz zu schaffen, über dessen Tor das Schild hängen könnte: „Verbrauch macht frei."

Es hat mir nie eingeleuchtet, daß es Standes-, Bildungs-Reserven geben soll in sozialen Bezirken, die von der Natur ihres Anspruchs oder nach ihrer Selbstdeutung solche Reserven ausschließen: etwa innerhalb einer Religionsgemeinschaft, wenn sie eine Sprache für Eingeweihte und eine für Nicht-Eingeweihte hat. Es hat mir auch nie eingeleuchtet — erfahren habe ich es allerdings auf bittere Weise, aber nie die Notwendigkeit dazu eingesehen —, daß Bildung nicht Sozietät schafft, sondern diese verletzt, wo Bildung für alle proklamiert ist. Es gab und gibt immer noch Eltern, die sich weigern, ihre Kinder auf eine höhere Schule zu schicken, auch wenn ihnen deren Begabung und Intelligenz amtlich bescheinigt wird; sie weigern sich, nicht, weil sie das finanzielle Opfer und die Anstrengung fürchten, sondern weil sie die schmerzliche Trennung fürchten, die in dem Augenblick fällig werden könnte, wenn ihr Kind den Status des Akademikers erreicht hat. In einem solchen Verhalten spricht sich die bittere Erfahrung einiger Generationen, spricht sich auch die Anmaßung der gebildeten Stände aus. Ich nenne nur dieses eine Beispiel, es schließt viele andere ein.

Die Deutschen sind ein bildungsverletztes Volk, diese Verletztheit schafft die günstigsten Voraussetzungen für Demagogie, Sie schafft Bildungsstände, Reserven, Gereiztheiten. Es braucht sich einer nur die Bildungs-Viten führender Nationalsozialisten anzusehen: Gescheiterte, Verletzte — und informiert er sich darüber, wie diese Gescheiterten und Verletzten die Macht über die deutsche Universität ergriffen haben, so entsteht ein peinliches Bild. Die Gebildeten in ihrer für die Deutschen reinsten Inkarnation, die Professoren, sind dieser Machtergreifung gegenüber nicht etwa machtlos gewesen, sie haben von ihrer Macht keinen Gebrauch gemacht, sind angesichts der Gewalt gewichen. Ich brauche die Ausnahme nicht zu erwähnen, die Regel war zu peinlich. Es hat an Größe gefehlt. Das heftigste, mit demagogischen Vokabeln geführte Gefecht gegen die Intellektuellen, das heute stattfindet, hat seine Ursache in derselben Bildungsverletztheit, die vor dreißig Jahren Macht ergriff. Mischt sich in diese Bildungsverletztheit hohe Intelligenz, die ihren Gegenstand, ihre Bildung, nicht gefunden hat, entsteht eine lebensgefährliche demagogische Potenz.

Eine neue Machtergreifung allerdings würde die Universitäten nicht mehr gefährden. Sie sind in ihrer eigenen, im eigentlichen Sinn des Wortes mittelalterlichen Freiheit privilegiert, immun, unangrefbar und außerdem für jeden Staat ungefährlich.

Wo Wissenschaft als solche auftritt, mit dem Pomp, der ihr gewährt ist, ist sie unangreifbar, und da sie außerdem über die Naturwissenschaften, die Medizin und die Sozialwissenschaften nicht nur mit der Industrie verbündet, manchmal fast ein Teil von ihr ist, droht ihr keine Gefahr mehr. Wie die Wissenschaft diese ihre eigentliche, von nun an permanente Krise — (daß ihr *geglaubt* wird) — überstehen wird, ist wohl meine Sorge, aber nicht mein Problem. Neu an dem Auschwitzprozeß, der in dieser Stadt stattgefunden hat, war das Sichberufen einiger Angeklagter nicht mehr auf den Gehorsam, sondern auf den Wissenschaftler, den Akademiker im Hintergrund, bezeichnend der Wunsch eines Angeklagten, sich durch einen weißen Kittel wissenschaftlichen Nimbus zu geben. Wenn ich den Begriff der Ästhetik des Humanen noch weiter fassen würde, als ich ihn fasse, dürfte die Injektionsnadel so wenig fehlen wie der weiße Kittel, dessen Werbewirksamkeit bei der Anpreisung von kosmetischen Mitteln und Medikamenten unbestritten ist. In solchen Einzelheiten kündigt sich an, daß die Bildung in ihrer Vollendung, der Wissenschaft, eine Macht geworden ist. Man schuldet ihr Gehorsam, Unterordnung, und wo die Wissenschaft in ihrer Korporation, der Universität ihre eigene Gesetzlichkeit, eigene Gerichtsbarkeit besitzt, durch zahlreiche geschriebene und ungeschriebene Ehrenkodices gestützt, kann ihr von außen keine Gefahr mehr drohen. Eine solche Position in einem Volk, das in seiner Bildung verletzt ist, kommt einer Inthronisation gleich. Damit fällt auch der Wissenschaft die Rolle der Reaktion zu, und da Gehorsam, Unterordnung die einzige bisher im Verlauf der Geschichte erkennbare soziale Wirklichkeit für die Deutschen sind, potenziert sich die Macht. In diesem Augenblick erst hat Galilei wirklich gesiegt. Er ist an der Macht, ist an der Reihe zu zeigen, was er damit anfängt. Gewiß sind die Kirchen noch in Machtpositionen, in Gremien, haben Einfluß, erwirken sich gelegentlich neuen — das sind Gefechte, denen vergleichbar, wie sie japanische Soldaten im Dschungel noch zwei, drei und mehr Jahre nach der Kapitulation geführt haben. Der Kampf ist entschieden, es wird noch zu überraschend perversen Frontverwechslungen und -verschiebungen kommen. Die Religion als solche, in allen ihren gesellschaftlichen Erscheinungsformen, ist nicht mehr im Angriff, nur noch in der Defensive. Noch ist sie verstrickt, vielleicht wird sie bald verfolgt sein, oder in den Zustand geraten, in dem sie sich im öst-

lichen Teil Europas befindet, in den Zustand der Verstrickung und Verfolgung zugleich. Es wird sich zeigen müssen, ob dann die Atheisten denen, die keine sind, aber mit für ihre Freiheit gesorgt, für diese gekämpft haben, Treue und Vertrauen zu halten vermögen.

In diesem von mir angedeuteten Stadium wächst jedem Autor zwischen Bildungsverletztheit und Wissenschaft eine ungeheure Verantwortung zu, die durch gesellschaftliche Wirkung allein weder gerechtfertigt noch gestärkt wird. Stärkung aber braucht er. Er ist gebildet, ohne daß er irgendeinen der Bildungswege absolviert haben muß — er muß es sein, und käme er noch so naiv aus Moor oder Heide daher, aus Slum oder Dschungel: sich ausdrücken können in einer fast ausdruckslosen Welt, diese Tatsache erhebt ihn, ohne daß er gefragt wäre, in den Stand der Bildung: sich ein Bild machen können, ist ja der höchste Stand der Bildung, der ihn noch über die Wissenschaft erhebt. Als Autor aber hat er nicht, was die Wissenschaft hat: er hat keinen Apparat, keine Hilfstruppen, keine Leser, er kann die Voraussetzungen nicht kontrollieren, kann sie auch nicht schaffen.

Neuerscheinungen in der Reihe ‚Stimmen zur Zeit'

PACEM IN TERRIS

Enzyklika PACEM IN TERRIS
von Papst Johannes XXIII.

Rede vor der Generalversammlung der UNO
von Papst Paul VI.

Geleitwort zur Enzyklika
von Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Geleitwort zur UNO-Ansprache
von D. Martin Niemöller

96 S., glanzkart., DM 4,20

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder

Notstand '66

Überarbeitete und erweiterte
Fassung des Artikels
‚Neujahrspanorama
der Notstandsgesetzgebung'
aus Heft 1/1966 der
‚Blätter für deutsche und
internationale Politik'

47 S., glanzkart., DM 2,70

im Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Fernseh-Spalte

FERNSEHEN ODER TV-LESEZIRKEL?

Wenn sich das Rundfunkwesen der Bundesrepublik innerhalb seiner juristisch dokumentierten Möglichkeiten entfaltet hätte, dann könnte man von einem freien pluralistischen Programm sprechen. Es besteht aber ein ausgeprägtes Mißverhältnis zwischen seinen verbrieften Rechten und seiner Programm-Praxis. „Die Veranstalter von Rundfunkdarbietungen (wozu auch das Fernsehen zählt, der Verf.) müssen ... so organisiert werden, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können ...", heißt es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961. Was die genannten Organe anbelangt, wird von „Repräsentanten aller bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen" gesprochen. Wir wollen nicht darüber befinden, welche „bedeutsamen" Gruppen in den Aufsichtsinstanzen und sonstigen einflußreichen Gremien noch immer kein Mitspracherecht haben. Aber daß es, trotz der tatsächlich pluralistischen Zusammensetzung der bestehenden Gremien, keine entschiedene demokratische Exekutive (oder zumindest Opposition) gibt, das sei doch einmal mit Nachdruck festgestellt. Über die Zustände beim NDR hat der „Spiegel" (Nr. 4/1966) einige beängstigende Details enthüllt. Dabei erscheint es uns unwesentlich, ob der NDR-Chef Gerhard Schröder (SPD) Telefongespräche seiner leitenden Mitarbeiter auf Tonband festhält oder „nur" mithört. Seit Jahren werden dem NDR-Intendanten unglaubliche Praktiken vorgeworfen. Man erinnere sich an die (erzwungene?) Verschiebung der Fernsehsendung „Ein Jahr Bundeskanzler Erhard — die Opposition nimmt Stellung", 1964, an die verschiedenen Kürzungen oder Streichungen von „Hallo, Nachbarn!" — Szenen (etwa im Juli 1964), an den Zwangsurlaub des „Hallo-Nachbarn!"-Kabaretts Monate vor der Wahl, an die Machenschaften gegen das Heidelberger Kabarett „Das Bügelbrett" (Juli 1964), an die ganze Jammergeschichte von „Panorama". Aber Schröder ist immer noch Intendant. Nun gut, auch Franz Mai ist noch immer Intendant des Saarländischen Rundfunks, wiewohl er seine reaktionäre Gesinnung kaum verbirgt. Seine Äußerung: „An meinem Sender dulde ich keinen Kommentar gegen de Gaulle" wurde wenigstens vom Rundfunkrat mißbilligt. „Es ist an der Saar ein offenes Geheimnis, daß Franz Josef Strauß und Baron zu Guttenberg gern gesehene Ehrengäste auf Schloß Halberg sind, in Mais ‚Hotel mit Funkbetrieb und Fontänen', wie der Volksmund die kostspielige, waldumrahmte Residenz des Rundfunks zu nennen pflegt ... An der Saar spricht man allerdings auch davon, daß Dr. Mai nicht abgeneigt sei, auch mal den Intendantenposten beim Bayerischen Rundfunk zu übernehmen ..." So schrieb die Münchener „Abendzeitung" am 22. 12. 65. — Das sind nicht nur Streiflichter auf die Situation des Rundfunks in der Bundesrepublik. Das sind Hinweise auf Mängel, denen wir wohl auch die miserabelsten Programme der letzten Jahre zu verdanken haben. Wer das letzte „Panorama" gesehen hat, mußte sich fragen, ob da noch Rettung möglich ist. Vom ZDF ist die erneute Verfälschung eines Dokumentarfilms zu vermelden: „Erde und Himmel", ein Vietnam-Streifen des berühmten holländischen Regisseurs Joris Ivens. Aus pro wurde contra, aus contra pro, wie vor nicht allzulanger Zeit bei Chris Markers „Cuba si". Das „Handelsblatt" vom 18. 1. 66 schrieb im Zusammenhang mit Fernsehkrimis: „Das deutsche Fernsehen leistet ganz offenbar der gesellschaftlichen Verlogenheit Vorschub ..." Man füttert uns seit Wochen mit dem letzten Filmkitsch, mit Unterhaltungssendungen, gegen die der UFA-Schund Klasse war, mit Bildungslangeweile, mit aufdringlichstem Personenkult (Geburtstagssendung für Adenauer etwa). Das Fernsehen der Bundesrepublik ist auf dem Wege zum TV-Lesezirkel. Fortsetzung folgt.

E. H. Wahl

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Logik

Immer wieder ist in der Öffentlichkeit beklagt worden, unsere Jugend engagiere sich nicht, sie habe keinen Mut zum Bekenntnis. Freilich: Eine Jugend, die Kennedy zujubelte, war genehm, eine, die gegen den Krieg in Vietnam protestiert, ist das nicht. Das ist die Logik der Diktatoren, nicht aber einer Demokratie.

„Kölner Stadt-Anzeiger" vom 8. II. 1966

Gewissensfrage

Monsignore Rodhain, Internationaler Direktor der „Caritas internationalis", der als Leiter einer umfangreichen Hilfsaktion für Vietnam von Papst Paul VI. fünfzig Millionen Lire — bestimmt für Nord- und Südvietnam — erhalten hatte, erklärte auf einer Konferenz: „Jedes Mal, wenn eine Flugstaffel, geführt von Christen mit weißer Haut, ein vietnamesisches Dorf mit Frauen und Kindern zerstört, erschüttert die gleiche Staffel im gleichen Zug die schönsten Worte und Schemata des Konzils."

Erklärung

Der „Spiegel" (Nr. 3 vom 10. Januar 1966) brachte ein Gespräch seines Moskau-Korrespondenten mit dem sowjetischen Geheimdienst-Oberst Karpow über die sogenannten Penkowski-Papiere. Im letzten Teil dieser Unterhaltung bin ich, wenn auch nicht namentlich, von Karpow erwähnt worden.

Es fiel dem „Spiegel" nicht schwer, mich zu identifizieren und seine Veröffentlichung entsprechend zu ergänzen. Dankenswerterweise hat er gleichzeitig die nicht gerade korrekte Darstellung des nunmehr zehn Jahre zurückliegenden Geschehens durch Oberst Karpow in einer besonderen Stellungnahme von berufener Seite berichtigen und das Bild der damaligen Vorgänge so vervollständigen lassen, daß sich jede Erläuterung meinerseits erübrigt.

Auf weitere Gespräche dieser Art, die für mich nur den einen Sinn haben konnten, der anderen Seite wenigstens den Willen zur Verständigung zu zeigen und vielleicht zu einer bescheidenen Verbesserung des politischen Klimas beizutragen, mußte ich seinerzeit leider verzichten.

Sie paßten offenbar nicht in die Linie des Kalten Krieges und einer Deutschland-Politik, die schon damals wenig oder gar nicht an einem einigermaßen guten Verhältnis zu Moskau interessiert war.

Das Ergebnis einer solchen Intransigenz konnte niemals zweifelhaft sein: Es mußte verheerend für die deutsche Sache ausfallen. Der endgültige Beweis für die Richtigkeit dieser Prognose ist heute mit den Händen zu greifen.

Oberst i. GenSt. a. D.
Bogislav v. Bonin

Eine so pittoreske kleine Stadt . . .

Reiseführer haben im Vergleich mit Geschichtsbüchern einen Vorteil: sie können bewußt außer acht lassen, daß sich mit der Idylle eines Ortes bisweilen unangenehme Erinnerungen verbinden. Im Laufe einer Reise, Ende des Sommers, konnte ich in dem Reiseführer Grieben (französische Ausgabe 1958, Seite 57) folgende Beschreibung lesen: „Dachau, kleine pittoreske Stadt, an den hohen Ufern der Amper. Sehr beliebter Ausflugsort der Münchner. Sehenswürdigkeiten: das alte Schloß der Wittelsbacher und sein schöner Garten mit herrlichem Blick auf die bayerischen Alpen und die Berge von Salzburg bis zum Allgäu." Das konnte ungefähr ein Tourist im Baedecker um das Jahr 1907 lesen . . .

Sicher ein unfreiwilliges Vergessen, das Männer und Frauen nicht hindert, täglich

hinter dem Stacheldraht des Lagers die Schatten der zweihunderttausend Gefangenen von achtunddreißig verschiedenen Nationen zu suchen, die zwischen 1933 und 1945 in Dachau starben. Diesen angstbeladenen Besuchern (denn viele von ihnen wissen, was das Ende eines Verwandten oder eines Freundes in dieser Konzentrations-Sommerfrische gewesen war) erscheint Dachau geschminkt wie eine Furie, die harmlos aussehen will.

Die Verwaltungsgebäude, wo sich die Folterkammern befanden, sind neu angestrichen. Der Appellplatz, wo soviele Menschen vor Erschöpfung im Schlamm versanken, ist heute mit feinem Kies bedeckt. Das Krematorium und seine unheimlichen Nebenstellen sind hinter Zypressen und hübsch geschnittenen Hecken verborgen. Die Baracken sind beseitigt und werden bald von blumengeschmückten Hügeln ersetzt sein. Die Sühnekapelle befindet sich am Ende einer schönen Baumallee, die die Deportierten als fatale Lagerstraße kannten. Ein friedlicher Karmel, vor einem Jahr eingeweiht usw. Alles nahm das freundliche Aussehen einer unschuldigen Erde an.

Gewiß, im Museum, das sich in den Gebäuden befindet, wo damals SS und Gestapo-Polizisten Dienst taten, kann man große Fotos und Dokumente sehen. Sie zeigen, was die Folterkammer Dachau war. Aber der begleitende Text ist nur in deutscher Sprache abgefaßt, „aus technischen Gründen", wie ein Schild erläutert. Der Ochsenziemer und der Bock der Ausgepeitschten, wo soviele Menschen zu Tode geschlagen wurden, sind den Blicken nicht entzogen. Das sind vielleicht die einzigen Überbleibsel, die die schändliche Wirklichkeit einer trostlosen Vergangenheit sind.

Später, in Berlin, konnten wir die „Fahrt an die Mauer" unternehmen, wo jeder tote, an der Grenze zwischen zwei Welten gefallene Deutsche seinen Kranz und seine Inschrift hat. Die Berliner Grenzmauer stört eher die Vernunft als das Herz. Trotz der frischen Farbe und dem hübschen Baumwuchs fährt Dachau fort, was man auch tue, die Seele zu berühren, denn man fühlt, daß die Schatten der Geopferten „diese kleine pittoreske Stadt an den hohen Ufern der Amper" nie verlassen werden.

Maurice Denuzière
Aus „Le Monde" vom 28. IX. 1965

Bücher

Deutschlands eigene Situation

Ludwig Pesch, Die west-östliche Nation, 12 Lektionen für die Deutschen. Seewald Verlag, Stuttgart, 192 S., DM 14,80.

Alle „Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage ... sind wertlos, solange sie nicht zur Kenntnis nehmen, daß Sowjetrußland zu den Siegern des Zweiten Weltkriegs gehört und gewichtige Gründe hat, die DDR nicht aus ihrem Machtbereich zu entlassen." Dennoch bietet „die gegenwärtige Lage, so beklagenswert sie ist, Chancen ..., größer als sie seit Napoleon je bestanden haben; Chancen, die auf der Anerkennung der Lage und der Tatsachen beruhen, auf dem Gegenteil also der bisher gemachten westlichen Vorschläge" (S. 9).

Das sind für die Mehrzahl der Bundesbürger gewiß provozierende Thesen, aber vielleicht werden sie weniger schockieren, wenn man dem Verfasser, Historiker und Publizist, auf seiner Wanderung durch die deutsche Geschichte, beginnend mit dem „fränkischen Erbe" bis zu dem „triumphierenden preußischen Machtstaat", gefolgt ist, „der im kleindeutschen Reich Bismarcks den deutschen Nationalismus hervorbrachte" und damit „den Bruch mit der mehr als tausendjährigen Vergangenheit der Deutschen in Europa" bedeutete (S. 148). Halten wir hier nur einige der wichtigsten Ergebnisse dieser Wanderung fest:

„Nur zwei Lösungen der deutschen Frage sind realisierbar, und beide sind keine Wiedervereinigung: 1. Die Konföderation der Bundesrepublik und der DDR; 2. Aufnahme

zwischenstaatlicher Beziehungen unter gleichzeitiger Normalisierung aller dabei möglichen Kontakte ... In beiden Fällen, dem einer Konföderation wie dem der Normalisierung der Beziehungen, ist es notwendig, die DDR de jure et de facto anzuerkennen" (S. 164).

„1. Deutschland ist historisch, politisch und kulturell so stark mit Frankreich verbunden — in der Einheit und wechselseitigen Abhängigkeit von These und Antithese —, daß sich die Synthese geradezu aufzwingt. Deutschland ist historisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich ein westeuropäischer Staat, mit einer historisch wie geistig starken Bindung an den Süden, Italien.

2. Deutschland hat sich viele Jahrhunderte bis zum heutigen Tage mit dem europäischen Osten und Südosten auseinandergesetzt. Die Auseinandersetzung hatte, im Gegensatz zu der mit Frankreich, ein tragisches Ende. Das Problem ist ungelöst und verlangt gebieterisch den friedlichen Ausgleich. Deutschland ist daher ein osteuropäischer Staat. Seine eigene Situation zwingt es, Vermittler, Bindeglied zwischen West- und Osteuropa in den Bemühungen um die gesamteuropäische Einigung und Gemeinschaft zu sein. Es ist, in seiner europäischen Lage und Bestimmung, die westöstliche Nation in Europa.

3. Deutschland ist stets eine Föderation von Ländern gewesen. Es kann nicht als Einheitsstaat erstehen. Die Sonderentwicklung Niederdeutschlands (einschließlich Preußens), Österreichs und Bayerns läßt in Zukunft nur noch einen deutschen Staatenbund zu ... Der überwiegende Teil der Bevölkerung Österreichs fühlt deutsch und bekennt sich deutsch, und zwischen Bayern und Österreich gibt es weder ethnische noch kulturelle Grenzen.

4. Eine ‚Wiedervereinigung' mit den unter sowjetrussischem Einfluß stehenden Ländern des ehemaligen Preußen, Sachsen und Thüringen, also der Deutschen Demokratischen Republik ... ist nur durch Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und bestenfalls in der Form einer Konföderation möglich" (S. 175/6).

„Spekulationen auf engere Kontakte Westeuropas mit osteuropäischen Ländern o h n e die Sowjetunion sind absurd. Die Sowjetunion wird ihre Satelliten niemals in eine von Westeuropa geführte Gemeinschaft entgleiten lassen" (S. 178). „Im Dialog mit Sowjetrußland aber werden die Deutschen sich bewähren müssen, hier werden sie zeigen, ob sie kühn im Denken und Handeln zu sein vermögen" (S. 192).

Man wird kaum hoffen dürfen, daß unsere amtlich gewählten und bestellten Politiker diese Gedanken schon bald akzeptieren werden. Wenn sie sie wenigstens zur Kenntnis nähmen, wäre schon viel gewonnen.

Harold Rasch

„Eine Wirtschaftspolitik, die keine war"

Herbert Ehrenberg, Die Erhard-Saga. Analyse einer Wirtschaftspolitik, die keine war. Seewald Verlag, Stuttgart, 272 S. Leinen DM 18,50.

Die Überzeugung des alten Adenauer, daß sein langjähriger Wirtschaftsminister ein völlig ungeeigneter Bundeskanzler sein würde, wurde schon 1963 von vielen Prominenten der CDU geteilt. Aber man glaubte, den Mann des bundesdeutschen Wirtschaftswunders als Wahllokomotive für 1965 nicht entbehren zu können, und so wurde er tatsächlich Kanzler. Seine Leistung in den vergangenen beiden Jahren war gleich Null, aber das hat die Wähler am 19. September offenbar nicht beeindruckt. Sein Ruf als der große Wunderdoktor blieb intakt.

Mit diesem Ruf nun sucht Ehrenberg, ein Mitarbeiter Georg Lebers in der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, aufzuräumen, wobei er seiner Analyse allerdings leider nur die Zeit seit 1961 zu Grunde legt.

Im Anfang stand auch nach Ehrenberg „ein großartiges Konzept". „Es bleibt Professor Erhards unbestreitbares Verdienst, nach dem 20. Juni 1948 die neue freiheitliche Wirtschaftsordnung, die vor allem im Zusammenhang mit der Korea-Krise zahlreichen Belastungen ausgesetzt war, gegenüber allen ‚planwirtschaftlichen Rückfällen' verteidigt zu haben" (S. 11). Dennoch ist das Ergebnis von vier Jahren „Wirtschaftspolitik, die keine war" durchaus unbefriedigend. In folgenden Punkten hat die Bun-

desregierung, d. h. Ludwig Erhard, nach Ansicht des Autors versagt:

1. Es ist der Bundesregierung nicht gelungen, für eine Stabilität des Preisniveaus zu sorgen. Außerdem haben die jährlichen Preissteigerungen von 2,5 bis 3,5 % die Bezieher kleiner Einkommen erheblich stärker getroffen als die mittlerer und hoher Einkommen, weil die Preissteigerungen bei den Gütern des unelastischen Bedarfs am stärksten waren.

2. Die 1961 sichtbar gewordenen Tendenzen einer Ausweitung des Anteils der Arbeitnehmer am Volkseinkommen sind 1964 zum Stillstand gekommen. Die Bundesregierung hat nichts getan, um die Fortsetzung jener Tendenzen zu fördern.

3. Grundlage jeder sozialen Marktwirtschaft müßte ein funktionierender Wettbewerb sein. Eine Neufassung des unzulänglichen Kartellgesetzes ist zwar bei Regierung und Bundestag beraten worden, aber bisher ohne Erfolg. Die bis jetzt bekannt gewordenen Änderungen deuten auf eine weitere Einschränkung und nicht auf eine Ausweitung des Wettbewerbs hin.

4. Die außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung sind immer noch betont exportfördernd. Der starke Einfuhranstieg wird bereits als besorgniserregend angesehen. Von dem Votum des Sachverständigenrates, daß nach mehr als 10 Jahren Überschußsituation eine leichte Passivierungstendenz der Zahlungsbilanz zu begrüßen wäre, hat die Regierung keine Kenntnis genommen (S. 219/20).

Diese Kritik ist insofern überholt, als der 4. Bundestag tatsächlich noch eine Novelle des Kartellgesetzes — wenngleich kaum eine solche von wesentlicher Bedeutung — verabschiedet hat. Auch mag das erweiterte 312-DM-Gesetz die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in Zukunft verstärken. Aber der Vorwurf, die Erhardsche Wirtschaftspolitik habe den Interessenten einen viel zu starken, der Wirtschaftswissenschaft einen zu geringen Einfluß eingeräumt (S. 218 ff.), ist voll berechtigt. Auch der These: „Die vier Ziele der Wirtschaftspolitik einer sozialen Marktwirtschaft: Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus, stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und gerechte Vermögensverteilung können über den Marktmechanismus allein nicht erreicht werden und auch nicht durch offizielle Beschwörungen zum allgemeinen Wohlverhalten" (S. 233/234) stimme ich durchaus zu. Ludwig Erhard hat sich große Verdienste um die deutsche Wirtschaftspolitik erworben, aber schon in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister hat er in den letzten Jahren — nach meiner Ansicht sogar bereits seit etwa 1957 — weitgehend versagt. Seine Leistung liegt lange, lange zurück, was die Mehrheit des Volkes freilich noch nicht gemerkt hat. Indessen wäre es gewiß ungerecht, ihn für unzählige Versäumnisse unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik allein verantwortlich zu machen.

Harold Rasch

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Ästhetik. Nach der zweiten Ausgabe Heinrich Gustav Hothos (1842) redigiert und mit einem ausführlichen Register versehen von Friedrich Bassenge. Mit einer Einführung von Georg Lukács. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt. Zwei Bände, 590 u. 697 S., Ln. 32,— DM.

Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Nachwort von Herbert Marcuse. Insel Verlag, Frankfurt, 164 S. mit 1 Faks., Ln. 6,— DM (Sammlung Insel, Bd. 9).

Peter Gilg, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, VI, 280 S., 36,— DM (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd. 37).

Fritz Bauer, Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 77 S., Paperback 5,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 43).

Zur Soziologie der Wahl. Herausgegeben von Erwin K. Scheuch und Rudolf Wilde-

Reihe „Argumente zur Zeit"*

1	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Das Problem der Todesstrafe	DM —,50
2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden – Eine politische Betrachtung zur Nostandsgesetzgebung	DM —,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM —,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube – Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM 1,—
5	Wolfgang Piepenstock	Das Verbot politischer Vereinigungen und die freiheitliche Demokratie	DM —,75
6	Dr. Hermann Etzel	Die Stunde Europas	DM —,50
7	Horst Heiden	Vorwärtsverteidigung – eine Strategie für die Allianz?	DM —,75
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM 1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM —,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM —,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM 1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM —,75
14	Dr. Günther Schreiber	Die CDU geht aufs Ganze	DM 1,—
15	Dr. Anton Reithinger	Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	DM 2,—
16	Felix Rexhausen	Der Linkische auf dem Weg zum Rechts-Staat	DM 1,—
17	Reinhard Opitz	Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"	DM 1,50
18	Hans Heinz Holz	Entscheidende Jahre – Zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers	DM 1,—
19	Prof. Dr. Marcel Reding	Gewerkschaft im freiheitlichen Staat	DM 1,—

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM 2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM 1,—
S 3	Präses D. Ernst Wilm	Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland	DM —,50
S 5	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Staatsschutz im Rechtsstaat	DM 1,—
S 6	Dr. Hermann Rauschning	Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan	DM 1,—
S 8	RA Heinrich, Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM 1,—
S 12	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Die veruntreute Freiheit	DM —,20
S 14	Prof. Dr. jur. Friedrich Klein	Grundgesetz und unmittelbarer Wechsel vom Mitglied der Bundesregierung zum Bundespräsidenten	DM 2,50

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

mann. Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen, 380 S., kart. 24,— DM (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9).

Hildegard Hamm-Brücher, Auf Kosten unserer Kinder? Wer tut was für unsere Schulen — Reisen durch die pädagogischen Provinzen der Bundesrepublik und Berlin. Verlag die Zeit, Hamburg, 144 S., Paperback 7,80 DM (Die Zeit Bücher).

Josef Müller, Ländliche Schul- und Bildungspolitik im Zeichen der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Verlag Schule und Nation, Schwelm i. Westf., 190 S., br. 9,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung. Oldenbourg Verlag, München, 229 S., br. 14,80 DM.

Hans Kühner, Neues Papstlexikon. Von Petrus bis Paul VI. Fischer Bücherei, Frankfurt, 189 S., kart. 2,60 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 682). — Mit einem Index theologischer und kirchengeschichtlicher Begriffe, Bibliographie und Register.

H. A. Clement, Die Geschichte Europas seit 1870. Eine Darstellung aus englischer Sicht. Georg Westermann Verlag, Braunschweig, 319 S., kart. 9,80 DM (Westermann Taschenbuch).

Der Berliner Antisemitismusstreit. Herausgegeben von Walter Boehlich. Insel Verlag, Frankfurt, 267 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 6). — Dokumente aus den Jahren 1879/80.

José Antonio Primo de Revera, Der Troubadur der spanischen Falange. Auswahl und Kommentar seiner Reden und Schriften von Bernd Nellessen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 117 S., Paperback 9,80 DM (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 11).

Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934. Bericht der historischen Kommission des Reichsführers SS. Europa Verlag, Wien / Frankfurt / Zürich, 320 S., mit zahlr. Abb., Paperback 13,80 DM (Reihe „Europäische Perspektiven"). — Die wichtigste Vorlage zu diesem Band, die Akten der von Himmler im April 1938 eingesetzten „Kommission zur geschichtlichen Feststellung über die Erhebung vom 25. Juli 1934 in Österreich", entstammen einem überraschenden Fund, den die tschechoslowakischen Behörden im September 1964 in dem im Böhmerwald gelegenen Schwarzen See machten. Die Österreich betreffenden Stücke gelangten durch Vermittlung der Akademie der Wissenschaften in Prag an zwei mit Zeitgeschichte befaßte Institute in Wien und werden hier, ergänzt mit zeitgenössischen Stimmen und Berichten von Augenzeugen, erstmalig veröffentlicht.

Friedrich Hossbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler. Zweite, durchgesehene Auflage. Verlag Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen, 189 S., Ln. 16,80 DM.

Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland. Aus dem Englischen von Ruth Beitl. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 248 S., Paperback 9,80 DM (Reihe „Politische Paperbacks"). — Der Schwerpunkt des Buches liegt in der Darstellung der inneren Entwicklung in den drei Westzonen und der Arbeit des Parlamentarischen Rates bei der Vorbereitung des Grundgesetzes. Mit einer „Chronologie zur Gründung der Bundesrepublik" und einer umfangreichen Bibliographie.

Aktuelle Themen

Louis J. Zimmermann, Arme und reiche Länder. Aus dem Holländischen von W. A. Hankel. Bund-Verlag, Köln, 199 S., Ln. 25,80 DM. — Eine Untersuchung der wirtschaftlichen Wachstumsprobleme der Entwicklungsländer auf der Grundlage umfangreichen statistischen Materials.

Hans Joachim Orth, Polen — Partner von Morgen. Auf dem Wege zur europäischen Wirtschaftsmacht. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg/Hamburg, 248 S., mit 27 Fotos, 2 Graphiken und 1 Karte, Ln. 19,80 DM.

Ernst Eisendrath, Die chemische Industrie der Sowjetunion und die „Chemisierung der Sowjetwirtschaft". Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 38 S. und 9 Tabellen, br. 7,60 DM (Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 73).

David E. Mark, Die Einstellung der Kernwaffenversuche. Probleme und Ergebnisse

der bisherigen Verhandlungen. Mit einer Einführung von Fritz Erler und einer ausgewählten Dokumentation. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt, 436 S., br. 34,— DM; Ln. 39,50 DM.

Georg W. Rehm, Rüstungskontrolle im Weltraum. Siegler & Co. — Verlag für Zeitarchive, Bonn / Wien / Zürich, 129 S., Paperback 35,— DM. — Teil I: Analyse; Teil II: Dokumente.

Horst Lambrecht, Die Entwicklung des Interzonenhandels von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 68 S. mit 25 Tab., br. 11,80 DM (Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 72).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zum Ostermarsch 1966

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!"

Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter. Neue Mächte streben nach Besitz oder Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen. In allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Anteil der Volkseinkommen für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen.

Die Steigerung der Rüstung und die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Gebieten erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme, an den Berührungspunkten der Machtblöcke liegen. Der Krieg in Vietnam zeigt, welche Folgen eine Politik militärischer Stärke in Gebieten politischer Spannungen hat.

Angesichts dessen wird heute, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung gestellt, in begrenzten Räumen Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau zu schaffen. Regionale Rüstungsbeschränkung kann Wege zur politischen Lösung bestehender Konflikte ebnen und Möglichkeiten einer allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen, ohne dieser oder jener Seite einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dies trifft insbesondere für Mitteleuropa und für Deutschland zu. Hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandelns, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine

Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; sie hat zugleich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert.

Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Wir stimmen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchlichen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und jenen deutschen Politikern zu, die fordern, daß die Bundesregierung eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt. Die Kampagne für Abrüstung hat mit ihrem „Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa" beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten. Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein. Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen

— Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.

Stopp der Rüstung auf beiden Seiten

— Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
— Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
— Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

Herabsetzung der Rüstung auf beiden Seiten — Atomwaffenfreie Zone

— Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
— Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
— Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.

Mitarbeit an der Strategie des Friedens — Forschung und Erziehung für Abrüstung

— Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.

— Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

— Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung instandsetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorbereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.

— Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich international für die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954 einzusetzen und keine Hilfe für den Krieg in Vietnam zu gewähren.

Mit diesen Vorschlägen der Kampagne für Abrüstung ist eine realistische Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung beschrieben. Diese Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet. Es liegt im Interesse der Demokratie, zusätzliche Notstandsgesetze zu vermeiden und die bereits beschlossenen Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger:

— Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung.

— Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung.

— Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist.

— Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.

Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschuß

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth — Inge Aicher-Scholl — Ilse Aichinger — Carl Amery — Dr. Günther Anders — Prof. Dr. Fritz Baade — Georg Benz — Elisabeth Bergner — Prof. Dr. Ernst Bloch — Hedwig Born — Walter Buckpesch — Prof. D. Carsten Colpe — Prof. D. Hans Conzelmann — Heinz von Cramer — Walter Dirks — Siegfried Einstein — Günter Eich — Landesjugendpfarrer Eitel — Hans Magnus Enzensberger — Prof. D. Martin Fischer — Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim — Gerhard Gebauer (Präsident des Landessozialgerichts Niedersachsen) — Christian Geissler — Prof. Theodor Gläss — Prof. Gerhard Gollwitzer — Prof. D. Helmut Gollwitzer — Henry Hermann Gowa — Max von der Grün — Prof. Johannes Harder — Prof. Dr. Gustav Heckmann — Dr. Friedrich Heer — Botschafter a. D. Dr. Werner-Otto von Hentig — Trude Hesterberg — Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn — Wolfgang Hildesheimer — Prof. Dr. Walter Jens — Prof. Johannes Kaân — Prof. Wilhelm Kempff — Alma Kettig — Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg — Walter Kolbenhoff — Prof. Dr. Walter Kreck — James Krüss — Dr. Bodo Manstein — Prof. Dr. Alfred von Martin — Frans Masereel — Prof. Dr. Heinz Maus — Max Melzer — Pastor Herbert Mochalski — Jochen Müller — Rudi Müller — Richard Münch — Prof. Dr. Anton Neuhäusler — Prof. Ernst Niekisch — D. Martin Niemöller — Hans A. Nikel — Hans Erich Nossack — Hinrich Oetjen — Philipp Pleß — Dr. Fritz J. Raddatz — Heinz Raspini — Stefan Reisner — Prof. Dr. Hans Rheinfelder — Prof. Dr. Renate Riemeck — Ursula Rütt — Paul Schallück — Bundesvorsitzender des SDS Helmut Schauer — Alexander Spoerl — Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Kurt Sprenger — Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer Herbert Stubenrauch — Pfarrer Horst Symanowski — Gösta von Uexküll — Hans Peter Vogt — Dr. Martin Walser — CVJM-Sekretär Gerhard Weber — Günther Weisenborn — Bundesgeschäftsführer der Internationale der Kriegsdienstgegner Klaus Wellhardt — Liesel Winkelsräter — Prof. D. Ernst Friedrich Wolf — Hans Joachim Zeuner.

Mainzer Theologen zur Notstandsgesetzgebung

Erklärung der Evangelisch-theologischen Fachschaft der Universität Mainz und der unterzeichneten Professoren, Dozenten und Assistenten der Evangelisch-theologischen Fakultät zur Notstandsgesetzgebung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages:

In großer Sorge um die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland übergeben wir im Bewußtsein unserer politischen Verantwortung den Abgeordneten folgende Erklärung:

I. Es verletzt demokratische Grundsätze, eine einschneidende Verfassungsänderung hinter verschlossenen Türen auszuhandeln und damit der betroffenen Öffentlichkeit die zur politischen Willensbildung notwendigen Informationen vorzuenthalten.

Wir fordern als mündige Bürger unserer Demokratie die Offenlegung des bisherigen Verhandlungsganges, seiner Ergebnisse und seines weiteren Verlaufes.

II. Das gültige Grundgesetz enthält Verfassungsbestimmungen, die

a) dem Notstandsfall vorbeugen (Art. 9, Abs. 2; 18; 21, Abs. 2),

b) im Falle des allgemeinen (inneren) Notstandes der Exekutive wie der Legislative eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Schutz der Staatsordnung bieten (Art. 37; 81; 91),

c) im Falle des äußeren Notstandes (Verteidigungsfall) wirksam werden (Art. 17 a; 59 a; 65 a).

Diese Verfassungsbestimmungen werden darüber hinaus ergänzt durch Notstandsartikel fast aller Länderverfassungen und eine Reihe von Bundes- und Ländergesetzen.

Angesichts dieser weitreichenden Vorsorge des Gesetzgebers muß für den Fall einer weiterführenden, grundgesetzändernden Notstandsverfassung eine einsichtige Begründung gegeben werden. Tendenz (nicht ausreichend begrenzter und kontrollierter Machtzuwachs der Exekutive) und Perfektion (keine Parallele im vergleichbaren internationalen Rahmen) auch des letzten Entwurfes vom 26. Mai 1965 gefährden Fundament und Substanz unserer Demokratie.

III. Wir erklären unsere entschiedenen Einwände auch gegen die „einfachen" (nicht verfassungsändernden) Notstandsgesetze:

a) Sie gefährden die verfassungsmäßige Garantie unaufgebbarer Grundrechte und das Streikrecht;

b) sie schaffen ein straff durchorganisiertes System, das schon zu ruhigen Zeiten die Verplanung der Menschen bewirkt;

c) sie fördern die Illusion, als sei im Kriegsfall angesichts moderner Waffen ein hinreireichender Schutz der Bevölkerung möglich.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Zusammenfassend ist zu sagen: Im Interesse einer stetigen Weiterentwicklung unserer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie lehnen wir den vorliegenden Entwurf zu einer Notstandsverfassung ab. Wir bedauern auch, daß bereits einige von den „einfachen" Notstandsgesetzen überstürzt verabschiedet wurden, und erwarten ihre Revision. Wir erinnern die Abgeordneten aus diesem Anlaß an ihre im Grundgesetz verankerte Gewissensbindung und fordern sie auf, auch in der fünften Legislaturperiode mit aller Entschiedenheit jeder Gefährdung unserer verfassungsmäßigen Ordnung entgegenzuwirken.

Mainz, Mitte Januar 1966

gez. Jörg Heidelberger · Roswitha Bernius
(Fachschaftssprecher)

Prof. Dr. K. Otto, Dekan — Prof. Dr. D. theol. M. Mezger — Prof. Dr. W. Pannenberg — Prof. D. theol. A. Kuschke — Prof. Dr. D. theol. W. Loew — Priv.-Doz. Dr. W. Schmidt — Priv.-Doz. Dr. E. Kamlah — Dr. T. Koch — Dr. L. Schottroff — Dr. Dr. O. Böcher — wiss. Ass. Verw. M. Ferckel — wiss. Ass. Verw. F. E. Wilde — Prof. D. theol. E. L. Rapp — Prof. D. theol. H. Braun — Prof. D. theol. H. W. Wolff — Prof. Dr. D. theol. G. Stählin — Prof. D. Hellmann — Priv.-Doz. Dr. H. Fischer — Dr. J. Schreiber (o. Prof. in Bochum) — Dr. W. Schottroff — Dr. E. Lessing — Dr. J. Jeremias — Dr. L. Perlitt — wiss. Ass. Verw. H. Ihmig — wiss.Ass. Verw. F. Crüsemann.

Wortlaut der Deklaration von Taschkent

Nach ihrer Zusammenkunft in Taschkent und nach der Erörterung der bestehenden Beziehungen zwischen Indien und Pakistan erklären der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans hiermit ihren festen Entschluß, die normalen und friedlichen Beziehungen zwischen ihren Ländern wiederherzustellen sowie die Verständigung und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern zu fördern. Sie betrachten es als lebenswichtig für das Wohlergehen des 600 000 000-Volkes Indiens und Pakistans, daß diese Ziele erreicht werden.

1. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans sind sich darin einig, daß die beiden Seiten alle Anstrengungen zur Herbeiführung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Indien und Pakistan gemäß der Charta der Organisation der Vereinten Nationen machen müssen. Sie bekräftigen ihre Verpflichtung, im Einklang mit der Charta nicht zu Gewalt zu greifen und ihre Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Sie gaben der Auffassung Ausdruck, daß eine Fortsetzung der Spannungen zwischen den beiden Ländern den Interessen des Friedens in diesem Raum und im besonderen auf dem indisch-pakistanischen Subkontinent sowie den Belangen der Völker Indiens und Pakistans nicht entspricht. Eben unter Berücksichtigung dessen wurde Dschammu und Kaschmir erörtert, und jede der Seiten legte ihren Standpunkt dazu dar.

2. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß das gesamte bewaffnete Personal beider Länder spätestens am 25. Februar 1966 in die Stellungen, die es vor dem 5. Auggust 1965 bezog, zurückgeführt wird, und daß beide Seiten die Bedingungen der Waffenruhe an der Linie der Feuereinstellung respektieren werden.

3. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen aufzubauen.

4. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß beide Seiten keine Propaganda gegen das andere Land ermutigen und die Propaganda fördern werden, die der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern dienlich ist.

5. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß der Hochkommissar Indiens in Pakistan bzw. der Hochkommissar Pakistans in Indien auf ihre Posten zurückkehren und daß die diplomatischen Vertretungen beider Länder ihre normalen Funktionen wieder aufnehmen. Beide Regierungen werden die Wiener Konvention von 1961 über die diplomatischen Beziehungen einhalten.

6. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wirtschafts- und Handelsverbindungen, der Kommunikationen und des Kulturaustausches zwischen Indien und Pakistan ins Auge zu fassen sowie Ausführungsmaßnahmen der zwischen Indien und Pakistan bestehenden Abkommen zu treffen.

7. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß sie den entsprechenden Amtsstellen Anweisung geben werden, die Rückführung der Kriegsgefangenen vorzunehmen.

8. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß die Seiten der Erörterung der Fragen fortsetzen werden, die mit den Flüchtlings- und den Aussiedlungsproblemen (nicht legale Immigration) in Verbindung stehen. Sie kamen ferner überein, daß die beiden Seiten Bedingungen zur Verhütung einer Abwanderung der Bevölkerung schaffen werden. Sie vereinbarten ferner, die Frage der Rückgabe von Eigentum und Aktiva, die im Zusammenhang mit dem Konflikt in die Hand der anderen Seite geraten sind, zu prüfen.

9. Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans kamen überein, daß Zusammenkünfte zwischen den Seiten sowohl auf höchster Ebene als auch auf anderen Ebenen über Fragen, welche die beiden Länder unmittelbar betreffen, fortgesetzt werden. Die beiden Seiten erachten es für notwendig, gemeinsame indisch-pakistanische Organe zu schaffen, die ihren Regierungen Berichte vorlegen werden zwecks Beschlußfassung darüber, welche weiteren Schritte getan werden sollen.

Der Ministerpräsident Indiens und der Präsident Pakistans sprechen den leitenden Staatsmännern der Sowjetunion, der Sowjetregierung und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR persönlich tiefempfundenen Dank und Erkenntlichkeit für ihre konstruktive, freundschaftliche und hochsinnige Rolle bei der Organisation dieser Zusammenkunft, die zu gegenseitig zufriedenstellenden Resultaten geführt hat, aus. Sie statten ferner der Regierung und dem befreundeten Volk Usbekistans ihren aufrichtigen Dank für die herzliche Aufnahme und großzügige Gastfreundschaft ab.

Sie ersuchen den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, die vorliegende Deklaration zu beglaubigen.

Lal Bahadur Shastri
Ministerpräsident von Indien

Mohammad Ayub Khan
Präsident von Pakistan

Taschkent, 10. Januar 1966

Bemerkungen

Frau Prof. Dr. Helge Pross, geb. 1927 in Düsseldorf, studierte Soziologie, Staatslehre und Geschichte in Heidelberg und promovierte 1950 zum Dr. phil. Von 1952 bis 1954 studierte sie politische Wissenschaften in den USA und war anschließend bis 1959 Assistentin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. 1963 Habilitation an der Universität Frankfurt. Seit 1965 Ordentlicher Professor für Soziologie an der Justus Liebig-Universität in Gießen. Veröffentlichungen: Die akademische deutsche Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933—1941, Berlin 1955. Manager und Aktionäre in Deutschland — Untersuchung zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt, Frankfurt 1965.

Der im Januarheft veröffentlichte Beitrag von Prof. Dr. jur. Helmut Ridder ‚Neujahrspanorama der Notstandsgesetzgebung' erscheint in überarbeiteter und erweiterter Fassung als Broschüre in der Reihe ‚Stimmen zur Zeit' unter dem Titel ‚Notstand '66' (vgl. auch Anzeige in diesem Heft).

Diesem Heft liegt das Jahresregister 1965 der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik' bei.

Dieser Ausgabe liegt eine Subskriptionseinladung des Kindler Verlags GmbH. bei, die wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

15 - Dr. med. Hans Bärtle, Hegetorwall 1 B

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann, Wien
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Oswald A. Kohut
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wyne Morse, Portland/USA
Kalixte Mukendi
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin, Brüssel
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann, Hempstead/USA
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. Dr. Todor Vladigerov, Sofia
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg. New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill, Straßburg
Günther Weisenborn
Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Frau Prof. Dr. Helge Pross, geb. 1927 in Düsseldorf, studierte Soziologie, Staatslehre und Geschichte in Heidelberg und promovierte 1950 zum Dr. phil. Von 1952 bis 1954 studierte sie politische Wissenschaften in den USA und war anschließend bis 1959 Assistentin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. 1963 Habilitation an der Universität Frankfurt. Seit 1965 Ordentlicher Professor für Soziologie an der Justus Liebig-Universität in Gießen. Veröffentlichungen: Die akademische deutsche Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933—1941, Berlin 1955. Manager und Aktionäre in Deutschland — Untersuchung zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt, Frankfurt 1965.

Der im Januarheft veröffentlichte Beitrag von Prof. Dr. jur. Helmut Ridder ‚Neujahrspanorama der Notstandsgesetzgebung' erscheint in überarbeiteter und erweiterter Fassung als Broschüre in der Reihe ‚Stimmen zur Zeit' unter dem Titel ‚Notstand '66' (vgl. auch Anzeige in diesem Heft).

Diesem Heft liegt das Jahresregister 1965 der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik' bei.

Dieser Ausgabe liegt eine Subskriptionseinladung des Kindler Verlags GmbH. bei, die wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.